

Bezugspreis: Vierteljährlich 7,50 M., monatlich 2,50 M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 M., zzgl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 M., für das übrige Ausland 9,75 M., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Ungarn, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zweifach 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 30 Pfg., Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 1,20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 17. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinsplatz, Nr. 11753-54.

Ueberreichung der Antwort.

Gestern abend 1/27 Uhr.

Versailles, 16. Juni. Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brockdorff-Rausan um 1/27 Uhr abends übergeben worden.

Fünf Tage — mit der Uhr in der Hand.

Versailles, 15. Juni. Wie „Petit Journal“ erfährt, wird die Empfangsbefähigung, die Graf Brockdorff bei Ueberreichung der Antwort der Alliierten zu unterzeichnen hat, die Stunde der Ueberreichung enthalten. Die fünfjährige Frist wird vom Augenblick dieser offiziell so festgestellten Stunde an laufen.

Abreise Brockdorff-Rausan von Paris.

Versailles, 16. Juni. Dem Vernehmen nach wird Graf Brockdorff-Rausan nach Empfang der Schriftstücke noch in der Nacht mit der eigentlichen Delegation nach Weimar abreisen, wo er morgen nachmittags ankommen dürfte. Die übrigen Friedensdelegierten werden nach Berlin reisen. Einige Kommissare bleiben in Versailles. Auf der Reise bereits wird die Ueberreichung der überreichten Schriftstücke beginnen.

Versailles, 16. Juni. „Matin“ berichtet, daß Clemenceau in dem heute stattfindenden Ministerrat im Ellysée den Inhalt der Antwort der Alliierten an Deutschland bekanntgeben wird. Sodann wird die letzte Zusammenkunft des Vierertrats stattfinden. Der Druck des Dokuments kann nicht so schnell beendet sein, daß die Ueberreichung bereits 12 Uhr mittags erfolgen könnte. Oberst Henry wurde telefonisch gebeten, Brockdorff-Rausan mitzuteilen, daß er heute vormittag über die Stunde benachrichtigt werden würde, an welcher Dutasta sich nach Versailles begeben wird. „Matin“ rechnet damit, daß die Ueberreichung an Legationsrat Freiherrn von Verdner und Ministerialdirektor Simons zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends erfolgen werde. Der Druck der Denkschrift wird im Laufe des Nachmittags beendet sein, sodas Dutasta der deutschen Delegation eine Anzahl Exemplare wird überreichen können. Dagegen wird der Druck des revidierten korrigierten Vertrages selbst in diesem Augenblick noch nicht beendet sein. Brockdorff-Rausan wird somit den Vertragentwurf vom 7. Mai mit den handschriftlichen Korrekturen mit roter Tinte erhalten. Die von der deutschen Delegation verlangten 200 Exemplare des revidierten Vertrages werden am späten Abend übergeben werden.

Vorbereitung der Zwangsmittel gegen Deutschland.

Paris, 15. Juni. Der Oberste Blockaderat ist zusammengetreten, um die letzten Maßnahmen zu besprechen, die erforderlich wären, wenn Deutschland die Friedensbedingungen nicht unterzeichnet.

Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Berlin, 16. Juni. (Z. R.) Die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Führern der Bergarbeiter sind gescheitert. Heute früh ist in ganz Frankreich der Generalstreik der Bergarbeiter ausgebrochen. Im Departement du Nord haben sich die Elektrizitätsarbeiter mit den streikenden Bergarbeitern solidarisch erklärt und gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Durch die Auslandsbewegung ist das Wirtschaftsleben in den nördlichen Provinzen völlig gelähmt.

In Toulouse sind fast alle Arbeitertypen in den Ausstand getreten. Auch die Elektrizitäts- und Gaswerke feiern; die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt; alle Theater und Vergnügungsorte sind geschlossen.

Italien noch immer in Opposition.

Ministerrat in Rom.

Lugano, 16. Juni. (Z. R.) Ministerpräsident Orlando, der aus Furcht vor gegen die Regierung gerichteten Kundgebungen drei Stunden früher in Rom eintraf als erwartet wurde, rief unmittelbar nach seiner Ankunft einen Ministerrat zusammen, der vier Stunden tagte. Orlando erklärte, daß es kein anderes Mittel mehr gäbe, um die Ansprüche Italiens zu befriedigen, als die Forderung auf genaue Einhaltung des Londoner Vertrages. Der Ministerpräsident machte sodann die aufsehenerregende Mitteilung, daß er vor seiner Abreise aus Paris an Clemenceau, Lloyd George und Wilson eine Note gerichtet habe, in der er die Einhaltung des Londoner Vertrages verlangt habe.

Ueber die innerpolitische Lage Italiens zeigte sich der Ministerpräsident weniger beunruhigt als die übrigen Kabinettsmitglieder. Er begründete seinen Standpunkt damit, daß die innerpolitische Situation in den anderen alliierten Ländern noch kritischer sei als in Italien.

Die voraussichtlichen neuen Bedingungen.

„Echo“ glaubt befähigen zu können, daß die Abänderungen folgendes betreffen:

1. Die Wiedergutmachung: Deutschland wird eine viermonatliche Frist eingeräumt, um den Alliierten Vorschläge sowohl über die Gesamtheit seiner Schuld wie über die Zahlungsweise unterbreiten zu können. Deutschland wird der Entente Waren und Arbeitskräfte anbieten können. Die Entente wird zwei Monate zur Beantwortung haben.

2. Die polnischen Grenzen: Innerhalb sechs bis achtzehn Monaten wird in den an Polen abzutretenden Teilen Oberschlesiens eine Volksabstimmung stattfinden. Abmachungen über die Lieferung schlesischer Kohlen und ein finanzielles Abkommen ergänzen diese Festsetzungen.

3. Die Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen: Es ist die Absicht der Mächte, daß sie bald erfolgt. Die Prüfung der deutsch-wirtschaftlichen Vorschläge, welche im Gegensatz zum Originalvertrag für Deutschland Gegenstands der Behandlung festsetzen, wird bis zu dieser Zulassung verschoben.

4. Allgemeine Herabsetzung der Rüstungen. Die Mächte beabsichtigen unverzüglich Unterhandlungen im Hinblick auf die Durchführung dieser Herabsetzung zu beginnen.

5. Schutz der deutschen Minderheiten in den Deutschland weggenommenen Landesteilen durch die Gesellschaft der Nationen.

6. Festsetzung des Effektivbestandes des deutschen Heeres auf 200.000 Mann für drei Jahre (andere Blätter schreiben bis zum 31. Dezember 1920).

7. Das Verwaltungsregime des von den alliierten Truppen besetzten linken Rheinufer: Ein interalliiertes Zivilaufsicht wird eingesetzt, welchem alle bestehenden militärischen Ausschüsse untergeordnet sind.

„Echo“ hebt hervor, daß weder Foch noch General Wilson dies Projekt unterschrieben haben.

Falls Deutschland nicht unterzeichnet, soll der Vormarsch der alliierten Truppen nach Ablauf einer fünfjährigen Frist beginnen.

Versailles, 16. Juni. Die Blätter veröffentlichen heute nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Alliierten sowie einen Auszug aus den deutschen Gegenentwürfen. „Le Journal“ stellt den ursprünglichen Vertragentwurf der Alliierten den deutschen Gegenentwürfen und endgültigen heute zu überreichenden Vertragentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal“: Die Volksabstimmung in Südschleswig ist entsprechend dem Wunsch der Dänen aufgegeben worden. Dagegen werden die Beschlüsse für Ostpreußen (Volksabstimmung im Bezirk Allenstein) für Westpreußen (teilweise Abtretung) für Danzig und Memel (internationalisierte Zonen) vollständig beibehalten. Die deutschen Vorschläge betreffend Elbafischerei und die belgischen Bezirke werden abgelehnt.

Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, dem zufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten soll und wonach aller öffentliche und private Besitz völlig liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten annehmen, seine Handelsmarine und Teile seiner Fischereischiffe und Fischschiffe aufzulösen soll und demzufolge Ober und Elbe internationalisiert, die Telegraphenlabel konfisziert werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Revision dieser Abmachungen bedingen würde. — Die ursprüngliche Fassung über Wiedergutmachung und finanzielle Fragen ist beibehalten, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über welche diskutiert werden wird. — Die Bedingungen über Strafmaßnahmen bleiben unverändert.

In einer Zusammenfassung erklärt dann noch „Journal“: Abgesehen von dem Zugeständnis in Oberschlesien ist das territoriale Statut beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen. Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedroht den Vertrag mit völliger Umwälzung.

Noch immer Einkreisungspolitik.

Ein östlicher Block gegen Deutschland.

Genf, 16. Juni. (Z. R.) Nach einer Information des „Temps“ haben die Alliierten die Regierung Admiral Koltz als anerkannt, weil sie einen Zusammenbruch Rußlands, Polens und Rumäniens nach dem Muster der Entente anstrebte, um dadurch einen östlichen Block gegen Deutschland zustande zu bringen.

Der Parteitag von Weimar.

Weimar, 15. Juni.

Zur Beurteilung eines Parteitags gibt es für Gegner zwei äußerst bequeme Schablonen, die auf jeden Fall passen wie der Handschuh zur Hand. Verläuft der Parteitag in voller Einmütigkeit, dann war er gewiß ein „katholischer Tag“, von schlauen Regisseuren geschickt geleitet, und seine Teilnehmer waren stumpfe Parteimameluken, die gegen den Führerfischel nicht mehr zu lösen wagen. So war der Parteitag gewiß nur ein neues Symptom für den sicheren Verfall der Partei. Blähen aber die Meinungsgegensätze heftig aufeinander, gibt es scharfe Auseinandersetzungen, dramatische Zwischenfälle, dann bedarf es erst recht keines Beweises mehr, daß sich die Partei im Zustande völliger Verwirrung und Auflösung befindet, daß ihr Zerfall mit der Uhr in der Hand abgewartet werden könne wie ein astronomisches Ereignis.

Der Parteitag von Weimar bietet nun der gegnerischen — aber auch der parteigenössischen — Beurteilung Schwierigkeiten, weil er ein Doppelgesicht zeigt. Bis zum Freitagabend macht er den Eindruck einer geradezu prachtvollen Geschlossenheit, und alle Beurteiler sind sich einig darin, daß er als ein wahrer Glücksparteritag zu einer wesentlichen Festigung unserer politischen Stellung führen muß. Am Sonnabend öffnen sich plötzlich die Klappen. In scharfem Kampf stehen vor aller Öffentlichkeit gegeneinander nicht nur Genosse und Genosse, sondern auch Minister gegen Minister und Ressort gegen Ressort. Noch nie hat man es erlebt, daß Streitigkeiten innerhalb einer Regierung in solcher Weise auf einem Parteitag ausgetragen worden sind. Und während sich ein Teil der Versammlung durch das Vorgehen des Genossen Wissell, der diesen Streit entzündet hat, offenbar stark befreundet fühlt, jubelt ihm ein anderer Teil, der nun plötzlich Führer und Hahn geworden zu haben glaubt, laut zu.

Wo es in der Welt soviel unverduldeter Unglück und soviel berechtigte Unzufriedenheit gibt, wäre es ein blankes Wunder, wenn der sozialdemokratische Parteitag aus lauter Zufriedenen und Glücklichen bestünde. Das ist nun freilich nicht der Fall, aber den Unzufriedenen aller Art fehlt die Gemeinamkeit der Gruppierung und die einigende Idee. Darum begrüßen sie den Vorstoß Wissells, weniger vielleicht aus dem Bewußtsein einer entdeckten Gefinnungsgemeinschaft als aus der Hoffnung heraus, daß sich ein Führer angeben habe, der aus bedrückender Verwirrung den Weg ins Freie weist.

Die ersten drei Tage hatten gezeigt, daß das Verständnis für reale Notwendigkeiten in der Partei kräftig entwickelt ist. In Berlin glaubt selbst manches Mitglied der S. P. D. den Namen Roske nicht aussprechen zu dürfen, ohne sich dreimal zu bekreuzen. Der Parteitag hat keinen Augenblick geschwankt, sich zu Roske und den andern Ministern zu bekennen und ihnen, deren Ausschluß von einigen oppositionellen Selbstgruppen gefordert worden war, das Vertrauen auszusprechen. Niemand ist mit allem Einverständnis, was geschehen ist, aber alle, bis auf eine kleine Minderheit, sind einig in der Ueberzeugung, daß die Partei im großen ganzen gar nicht anders handeln konnte, als sie gehandelt hat.

Da tritt nun am Sonnabend plötzlich Wissell auf, ein Mann mit großen Gesichtspunkten und ein ehrlich Entflammter. Seine Rede und die ihm folgende Debatte macht uns klar, daß auch die stärkste faktische Geschlossenheit, die im Augenblick notwendig ist, nichts an der Tatsache ändern kann, daß sich der Sozialismus in einer kühnen Krise befindet. Ueber die Maßnahmen der Wirtschaftsreform, die augenblicklich möglich und nützlich sind, bestehen unter den sozialistischen Ministern selbst Meinungsverschiedenheiten, und die Gegensätze prallen heftig aufeinander. Am schärfsten ist der Gegensatz zwischen Wissell und Robert Schmidt, dem Ernährungsminister, der die verfügbaren Gelder zur Beschaffung von Lebensmitteln verwenden will, während der Wirtschaftsminister auf Ankauf von industriellen Rohstoffen drängt. Zwei Männer, die beide das Beste wollen, die jahrelang freundschaftlich miteinander gearbeitet haben und nun durch die strenge Auffassung ihres Pflichtenkreises gegeneinander getrieben werden.

Die Gegensätze sind aufgedeckt — es bleibt nun nichts anderes übrig, als sie in kameradschaftlicher Weise auszutragen, ohne daß die Partei und der nächste Mittelträger, das Reich, Schaden leiden. Die bürgerliche Presse spricht schon von einer Krise der Reichsregierung. Diese in einem Augenblick zu vermeiden, in dem die größten Schicksalsfragen des Volkes im Spiel stehen, ist Gebot der Klugheit. Der schwere Weg zum Frieden, von dem heute noch niemand weiß, wie lang er ist, muß erst zu Ende gegangen sein, dann wird es Zeit sein, die Fragen des wirtschaftlichen Innenaufbaus zum Austrag zu bringen.

Es bleibt eine Tatsache von entscheidender Bedeutung, daß der Parteitag nahezu einmütig die bisherige auswärtige Politik der Partei gebilligt hat. Noch einmal hat er in schärfer Form den uns von der Entente angebotenen Gewaltfrieden zurückgewiesen. Ueber die Taktik, die im fernern Kampf um einen gerechten Frieden anzuwenden ist, hat er sich wohlweislich nicht ausgesprochen, sie zu bestimmen wird Sache des Kabinetts und der Nationalversammlung sein, sobald die Antwort der Entente eingetroffen ist. Sollten jedoch unsere Genossen in der Regierung in der Ueberzeugung kommen, daß auch der abgeordnete Friedensvertrag der Entente nicht unterzeichnet werden könne, so werden sie durch den Beschluß des Parteitags gedeckt sein.

Die Debatte über die Kätefrage hat dann zum Schluß gezeigt, daß die Partei noch wie vor jetzt auf dem Boden der Demokratie steht. Sie will den Arbeiterräten einen breiten Spielraum auf wirtschaftlichem Gebiet einräumen, lehnt aber das politische Käteystem ab und kann sich auch mit dem berufsständischen Zweikammerystem des Genossen Cohen-Reuß nicht befreunden. Diefem bleibt nun der Trost, daß eine Idee nicht schlecht sein muß, weil der Parteitag sie verwirft. Wichtig, sie muß aber deswegen noch lange nicht gut sein.

Das Referat Einzheimers war neben dem Scheidemanns einer der Höhepunkte des Parteitags. Einzheimer ist doch mit einem Schrei nach mehr Theorie, mehr Wissenschaftlichkeit, mehr geistige Durchdringung der Arbeiterbewegung. Das ist berechtigt in doppeltem Sinn, denn einmal brauchen wir mehr Theorie, um die Krise des Sozialismus in kräftigem Vorwärtsschritt überwinden zu können, dann aber braucht die ganze Arbeiterbewegung mehr Wissen und mehr Achtung vor dem Wissen, um nur erst einmal die Schwierigkeiten zu begreifen, die sich der Lösung brennender Gegenwartsfragen entgegenstellen. Und das ist vielleicht der wichtigste Gewinn des Parteitags, daß sich die Partei wieder fühlen gelernt hat als die berufene politische Führerin der Arbeiterbewegung, daß sie sich der Verantwortung, die sie als solche zu tragen hat, klar bewußt ist. Sein Ergebnis wird dazu beitragen, das Vertrauen der Arbeiter in sie zu festigen, erschüttertes wiederherzustellen, verlorenes wiederzugewinnen. Auch hier werden nicht alle Früchte auf einmal reifen — an Sturm und Hagelschlag wirds nicht fehlen —, aber wir sind stark genug, warten zu können!

Die polnische Gefahr.

Der Reichskommissar für Schlessen gegen die Umtriebe.

Kattowitz, 15. Juni. (Telunion.) Der Reichs- und Staatskommissar für Schlessen und Westpreußen Hürsing richtete an den Reichsministerpräsidenten Scheidemann in Weimar nachfolgende Drahtung:

„Die einwandfrei feststeht, stehen an der ober-schlessischen Grenze Hallertruppen. Oberschlessische bestohene und gekaufte Polen sprengen Eisenbahnbrücken und beschädigen die Bahnhöfe, wodurch die Abfuhr der Kohlen und die Zufuhr von Lebensmittel gefährdet ist. Polnische und sozialistische Agenten organisieren Unruhen und Aufstände in Oberschlessen sowie den Industriegebieten und Städten Schlessens und Westpreußens. Diese mit ausländischem Gelde angeführten Verbrechern finden ihren Rückhalt daran, daß täglich Bände mit Hallertruppen, wie ich es dieser Tage selbst gesehen habe, durch Deutschland nach Polen rücken und so die feindliche Heeresmacht im Osten verstärken. Wenn auch eine direkte Gefahr von außen wie von innen dank der Tüchtigkeit unserer Truppen und ihrer Führer sowie des größten Teiles der Beamten und Bevölkerung nicht zu befürchten ist, so ist es nicht ausgeschlossen, daß Putsch versucht werden in dem Glauben, von jenseits der Grenze Hilfe zu bekommen. Bei diesen Putsch, die ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde, kann Menschen- und besonders Arbeiterblut fließen und zwar Blut der Unschuldigen, die von den Putschisten auf die Straße gebracht sind, während diese selbst verschwinden. Die Hoffnung auf die Armee Haller, die dem Heinen polnischen Teil der ober-schlessischen Bevöl-

kung täglich eingeliefert wird, damit man sie zu Putsch aufstellt, muß aber so schnell als möglich verschwinden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Truppentransporte der Armee Haller eingestellt werden. Ich weiß, daß Sie und die Regierung nur gezwungenerweise den Truppentransporten zugestimmt haben. Da aber die Polen täglich die Ruhe üben, die Demarkationslinie nicht achten, so dürfte die Regierung ihrer übernommenen Verpflichtungen enthoben sein. Im Interesse unseres Orients und zwar des Friedens nach außen, der Ruhe und Ordnung im Innern, bitte ich wohl unter Zustimmung von 90 Proz. der Bevölkerung des mir unterstellten Gebietes die Truppentransporte der Armee Haller sofort einzustellen und mir Nachricht zugehen zu lassen.

Zu gleicher Zeit richtete der Staatskommissar an die ober-schlessische Bevölkerung einen Aufruf, in dem er 100000 Mark Belohnung für diejenigen aussetzt, die dazu beitragen: 1. die Verbrecher zu ermitteln, die Eisenbahnbrücken und -Sprengungen oder Sprengungen vorbereiten; 2. die zu Putsch mit oder ohne Waffen auffordern; 3. die für gewalttätige Lossetzung schlessischer Gebietsteile arbeiten und agitieren; 4. die den Feind von außen begünstigen oder ihm Nachrichten zukommen lassen, also Spionage treiben und 5. die ihm angeben, bei welchen Personen Waffen wie Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten, Sprengstoffe aller Art, Revolver, Pistolen, Munition aller Art usw. verborgen gehalten werden, so daß deren gerichtliche Verhaftung erfolgen kann.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die Polen-transporte durch Deutschland ihr Ende erreicht.

Blutiger Putschversuch in Wien.

Wien, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Schon seit einigen Tagen herrschte infolge einer anonymen Flugblatt- und Plakatagitation für die Räterepublik große Aufregung. Auf Sonntag vormittag war von den Kommunisten eine Versammlung vor dem Rathaus einberufen. Während die Hoffen der Kommunisten die Absicht hatte, diese Kundgebung friedlich durchzuführen, hatte das sogenannte Direktorium des Reichsrats gefügt, gewalttätig die Räterepublik einzusetzen. Es war ein vollständiger Plan zur Befehlsung aller Ämter ausgearbeitet. Der ungarische Gesandte hatte sich direkt an Polizeibeamte gewandt und ihnen größere Geldsummen angeboten für den Fall, daß sie sich der Bewegung anschließen; er wandte sich nur an Unterbeamte, und es wurde dabei erklärt, auf hunderttausend Kronen für einen einzelnen Polizeibeamten läme es gar nicht an.

Von all diesen Dingen war die Polizei informiert, und sie verhaftete in der Nacht zum Sonntag in der Redaktion der Zeitung „Die soziale Revolution“ sämtliche Kommunistenführer, etwa 115 Mann. Es sollte dadurch festgesetzt werden, aus wem das Direktorium bestehe, und es sollten die Ungarn aus Wien entfernt werden. Das Haupt des Direktoriums, der Ungar Bettelheim, war nicht anwesend. Im Laufe des Sonntags wurden sie nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten allmählich freigelassen.

Die Versammlung war von etwa 5000 bis 10000 Menschen besucht, darunter ziemlich viel Reugierige. Als sie zu Ende war, zogen die Kommunisten zum Landesgericht, um die verhafteten Führer zu befreien. Einer Deputation wurde vom Präsidenten erklärt, daß die Verhafteten nicht dort seien, was auch der Menge vom Balkon mitgeteilt wurde. Darauf wurde die Parole ausgegeben, zum Polizeigefangenenhaus zu ziehen. An der Ecke Hölzergasse stellte sich dem Zuge ein Polizeifordon entgegen, den man zu durchbrechen versuchte. Es fiel ein Schuß. Der Schuß kam offenbar aus der Menge, und es fiel sogleich ein Jünger, der einen britischen Polizeioffizier in den Unterleib traf. Nun gab die Stadtschutzwache eine Salve ab, durch die etwa 18 bis 20 Menschen getroffen wurden. Die Menge floh auseinander, sammelte sich aber wieder und beschloß die Polizei, die auch mit schweren Eisenjüden beworfen wurde. An der Kollingasse wurde die Stadtschutzwache wiederum angegriffen, sie schoß, aber zum größten Teil in die Luft. Es gab auch noch weitere Zusammenstöße. Im ganzen sind 12 Personen getötet und 80 schwer verletzt, darunter eine ganze Reihe Polizisten. Am Nachmittag bildeten sich noch Gruppen, am Abend herrschte vollkommene Ruhe.

maligen Jirlus Schumann. Durch die Gründung dieses Theaters gewinnt eine neue Bühnenform Gestalt, mit deren Studium sich Max Reinhardt länger als ein Jahrzehnt beschäftigt. Die ersten Versuche waren die Aufführungen geistlicher Dramen und mittelalterlicher Mysterienstücke, die in ziemlich ungeeigneten Jirlusgebäuden stattfanden. Ebenso aber auch Darstellungen Schiller'scher, Goethe'scher und Strindberg'scher Werke im Deutschen Theater, bei denen eine Vorderbühne zur Verwendung kam.

Die Idee, die dem neuen Bühnen-Typ zugrunde liegt, geht dahin, einen engern Kontakt zwischen Spieler und Hörer zu erreichen. Dies wird durch die Anlage des Hauses ermöglicht, die auf das Trennende des Vorhanges verzichtet, und durch die dem antiken Theater entnommene Orchester- die Szene in den Zuschauerraum hineinrückt.

Die künstlerische Leitung des Hauses liegt in den Händen von Prof. Hans Poelzig. Das Gebäude wird mehr als 8000 Zuschauern Raum geben. Seine Größe ermöglichte, auf der Basis eines Abonnements, eine durchgreifende Reformierung der Eintrittspreise, die im Rahmen eines — sechs Vorstellungen umfassenden — Abonnements Eintrittspreise selbst von einer und zwei Mark für den Abend ermöglichen.

Der Spielplan wird die großen klassischen Werke der Weltliteratur, aber auch Werke von Dichtern unserer Tage umfassen. Dazu bemerken wir: Ein Anschlag, der aus Vertretern der Volksbühnen, beider sozialistischer Parteien und der Gewerkschaften bestand, hat mit Reinhardt wegen Beteiligung der organisierten Konsumenten verhandelt. Es hat sich dabei ergeben, daß für die erste Spielzeit, über deren Beginn sich übrigens noch nichts Bestimmtes sagen läßt, eine solche Beteiligung unter den von den Organisationen geforderten Bedingungen, des Einflusses auf den Spielplan und der Verteilung der Plätze (nach den Volksbühnen-grundlagen) nicht ermöglichen läßt. Sie wird aber für spätere Zeiten im Auge behalten. Vorherhand bleibt das große Schauspielhaus ein Unternehmen, worin die Arbeiterorganisationen weder Einfluß auf Spielplan, Preise, Wagnerteilung noch Garantien für die Verlegung, über die ja in der Reinhardt'schen Theater seit langem Beschwerte geführt wird, geltend machen können.

Die organisierten Theaterkonsumenten werden in Zukunft ihre Macht rechtzeitig ausüben müssen. Es darf sein auf den Besuch der Arbeitermassen reichendes Theater wird geben, in dem die künstlerischen und sonstigen Interessen der Besucher nicht vernachlässigt sind. Der einzelne Konsument ist ohnmächtig, erst der organisierte kann den ihm gebührenden Einfluß ausüben.

Volksbühne: „Der Schwarzkünstler“.

Übermalls erfüllt die Volksbühnenleitung an Emil Götli, dem 1908 gestorbenen Dichter, studierten Bauer und Kunstgenie, eine Ehrenpflicht. Er war ja keineswegs der einzige, der in der jüngstdeutschen Literaturbewegung zwischen 1888/93 fast unerkannt dahinging. Es lag auch in seiner Talentrichtung, wenn er gerade von den „Modernen“ als „Epigone“ abgelehnt wurde, nur weil er nicht direkt aus frischem Gegenwartsquellen schöpfte. Heute nun,

Deutschböhmen Protest.

Wien, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die zu Pfingsten geplante Kundgebung Deutschböhmen für seine nationale Freiheit war von den Tschechen, die solange um ihr Selbstbestimmungsrecht behendhaft gekämpft haben, um es jetzt brutal und tödlich zu verweigern, verboten worden. Es fand deshalb in ganz Deutschböhmen am Sonnabend ein Generalfreitag statt, dessen imponenten Verlauf auch die überall aufbotenen tschechischen Soldaten nicht hindern konnten.

Jetzt haben die Gemeindevätern gezeigt, daß Deutschböhmen deutsch ist und nur ganz verschwindende tschechische Minderheiten hat und daß unter den deutschen Parteien die Sozialdemokratie weitaus die stärkste ist.

Bethmann-Hollwegs „Kniefall“.

Eine Zuschrift Lidnowskys.

Fürst Lidnowsky überliefert uns die folgenden Zeilen: „Nach der in Ihrem Blatte erschienenen Wiedergabe der Rede des Herrn Eduard Bernstein auf dem Parteitag, deren Inhalt auch ich lebhaft bedauere, weil er geeignet ist, gewiß ganz gegen den Wunsch des Genannten unsere Interessen im Auslande aufschweren zu schädigen, beruft sich Herr Bernstein auch auf mich für die Behauptung, Herr von Bethmann-Hollweg habe am 31. Juli 1911 den Kaiser kniefällig gebeten, vom Kriege abzusehen. Diese Angabe beruht auf einem Irrtum, da ich niemals etwas Ähnliches gesagt oder geschrieben habe. Ich weiß vielmehr, daß der Kaiser den Krieg nicht gewollt hat und glaube, daß es nur eines Wortes des Reichskanzlers bedurft hätte, um den Kaiser zu bestimmen, durch Annahme der von mir dringend befürworteten britischen Vermittlung oder durch einen eigenen Vermittlungsvorschlag die Katastrophe abzuwenden, was umso leichter war, als Graf Berchtold sich bekanntermaßen gerade zum Einlenken anstrebte. Im übrigen kann ich mich auf die Schilderung berufen, die Herr von Bethmann-Hollweg selbst in seinem soeben erschienenen Buche (S. 156) von dem Hergang entwirft: „Der Chef des Generalstabes, General von Moltke, war dagegen für die Kriegserklärung, weil unfer für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilisierungsplan die sofortige Vornahme kriegerischer Handlungen vorsch, und weil unsere Chancen in dem Kriege gegen eine gewaltige zahlenmäßige Uebermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhängen. Seiner Ansicht habe ich mich angegeschlossen.“

Hiernach ist die Kriegserklärung an Rußland, die den Weltkrieg entfesselte, mit voller Zustimmung des Herrn von Bethmann-Hollweg erfolgt.“

Die bayerischen Gemeinderatswahlen.

Sozialistische Mehrheiten in München und Nürnberg.

In ganz Bayern wurden am vergangenen Sonntag Gemeinderatswahlen abgehalten. Bei den Münchener Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen erhielten die Unabhängigen 16 Sitze, bayerische Volkspartei (Zentrum) 15 Sitze, Mehrheitssozialisten 10, Deutsch-Demokraten 7, Hausbesitzervereingung 1 und liberale Bürgerpartei 1 Sitze. Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben also im neugewählten Stadtrat die absolute Mehrheit. Die endgültige Bürgermeisterwahl muß durch die Stadträte vorgenommen werden, da keiner der vier Bürgermeisterkandidaten die absolute Mehrheit erhalten hat.

Bei den Stadtratswahlen in Nürnberg wurden bis 10 Uhr abends gezählt: Mehrheitssozialisten 53000, II. S. 31000, Deutsch-Demokraten 30000, Mittelpartei 8000, bayerische Volkspartei 12000, alte demokratische Partei 2000 Stimmen. Es erhalten demnach die Mehrheitssozialisten 15 bis 19 Sitze, II. S. 3.

Albert Dull.

Wieder ein Hundertjähriger aus der Schar derer, die in verflochtenen Jahrzehnten ihren fadenlosen Namen einsetzten, um der aufstrebenden Sozialdemokratie gegen den Andrang feindlicher Verleumdung zu helfen! Albert Dull, geboren zu Königsberg am 17. Juni 1819 und gestorben in Stuttgart am 30. Oktober 1884, war ein fühner Kopf der vierziger Jahre, ein Mensch von eisernem Willen, der sich von den höchsten geistigen Kräften seiner Zeit die Sterne weisen ließ, die seinem Weg die Richtung und seiner Tat den Inhalt gegeben haben.

Er war ein echter Nachfahre des Zeitalters der Aufklärung, das in Deutschland seinen hellen hohen Gipfel in den Zielen der Humanität hatte. Die Pflicht des einzelnen, sich selbst zu bilden, um der menschheitlichen Gesamtheit willen, hat sein Leben, wie es in den denkerischen und dichterischen Werken Ausdruck gefunden, bestimmt. Die große Bewegung, die von Feuerbach, Strauß und der neuen Naturwissenschaft her sich in der breiten Welt des Freiheitskamps ergoß, hatte in ihm einen schöpferisch-tätigen Förderer. Als der Kapitalismus in Deutschland seinen Machtlauf begann, die idealistischen Anschauungen der letzten Vergangenheit zum alten Eisen warf, und schließlich die deutsche Reichsvereingung mit seinem geldmaterialistisch-selbstsüchtigen Geiste erfüllte, sah Dull in der jungen Sozialdemokratie die Rettung seiner humanitären, weltläutlichen Ideale. Das Wissen war ihm die Quelle einer neuen Religion, eines neuen Gottesdienstes, und alles was er dachte, hat er mit dem Blute seines Herzens durchlebt. Das gab seinem geistigen Handeln die Kraft der Andacht und kennzeichnet auch sein Wirkschaffen auf politischem Felde. Es spiegelt seine Art, daß er sich zu Helmen seines dramatischen Dichtens einen Trobrieten wie Sinfon und einen feillich geheimnisvoll Gemaltigen wie Jesus erlor.

Er selber, immer ein starker, eigener, gütiger Mensch, setzte als politischer Kämpfer seine Kraft in stürmischen Augenblicken opferbereit ein. Wie im Vormärz, der ihn, den Redner am Grabe der 1845 in Leipzig niedergeschossenen Ströbendemonstranten, zum Verfolgten und von jedem Lehramt an Universitäten Abgewiesenen werden ließ, so gehörte er zu den ersten Märtyrern, als 1878 das Gesetz gegen die Sozialdemokratie losgelassen wurde. Wegen eines Flugblattes verurteilt, sah er vierzehn Monate lang im Heilbronner Zellengefängnis. Die Sozialdemokratie denkt seiner dankbar, denn er hat ihr mit dem Glauben seines Lebens gedient.

Das „Große Schauspielhaus“.

Aus dem Bureau des Deutschen Theaters wird uns geschrieben: Im Herbst d. J. eröffnet das Deutsche Theater eine neue Bühne: Das „Große Schauspielhaus“, im ehe-

wo die Forderungen von daumal überholt, mindestens modernisiert sind, dürfen wir uns an Götli und seinem „Schwarzkünstler“ aufrichtig freuen. Wir wärlern sind diesem nach einer Abenteuerer-tournee des „Cervantes“ sehr frei geformten Lustspiel, allerdings unter anderem Titel und etwas anderer Gestalt, schon vor 25 Jahren auf der Münchener und Berliner Schauspielbühne begegnet. Es handelt sich um die Ausgestaltung des im Mittelalter äußerst gangbaren Motifs der Eifersucht des Mannes auf seine jüngere schöne Frau. Ein Vorbedelmann, Grommelard mit Namen, muß verreisen. Seine Abwesenheit will sich die Gattin zunutze machen. Ihr Verehrer ist aber ein alter, gesenkter Lölpel und soldatischer Grobian. Sie hätte keine Antreue begangen, auch wenn ihr Gatte nicht infolge eines Meutereisfalls unversehrt rasch zurückgekehrt wäre. Doch das Blütendauer verfühlich verläuft, wird einem fahrenden Schüler verdankt, der dort von un-gesähr Herberge gefunden hat und sich jetzt auch als „Schwarz-künstler“ produziert.

Alles dem Stoffe anhaftende Substantielle und mathematische Formale ist zu warmvollstündem Leben gebracht, aller Humor aus der Situation gewonnen. Die Aufführung gestaltete sich zu einem köstlichen Ereignis. Ueberwältigend semisch wirkt Erhard Siedel als fahrender Schüler. Man muß ihn sehen. In der Ueberredungs-szene im Schlafsaufzuge wäre vielleicht weniger Witzigkeit rätlich. Den immer gleich einer Granate vor Eiferlust platzen den Landedelmann bringt Eugen Eisenlohr, Johanna Zimmermann die murtere stürmische Frau Wilson und Ida Diebisch die verliebte Jofe mit vollem Weltgen. Die beiden Liebhaber sind gut bei Julius Sachs und Harry Berber aufgehoben.

Paul Apel: „Der Häuptling.“

Theater in der Königsgräber Straße. Paul Apel dürfte die Nachricht von dem lauten Erfolge seiner Komödie vermutlich mit ähnlichen Empfindungen angenommen haben, wie sie sein Zwillingbruder in dem Drama, der Schriftsteller Schütte, bei den Vegetationsstürmen äußert, die sein auf jeden letzten Rest von Menschlichkeit verdrängender „Häuptling“ dem Publikum entlockt. Das Ganze nennt sich ein Satirspiel und will eine Verfassung auf jene krassen Bildhner-schwänke sein, die in dem Weltlauf tantumsträchtiger Verrentungsmittel oft den Neckord gewinnen.

Inbes der Uebermut des Spottes nimmt sich dabei nicht Allzu glaubhaft aus. Man hat den Eindruck, daß Apel mit nicht geringem saurem Fleiß als die Kollege in dem Stück auf Postentzids gewonnen und sich nur hinterher dann selber über die Magerkeit der eigenen Einfälle lustig macht. Der Parodie fehlt die Distanz zum parodierten Handwert: eine Laune, die wirklich aus dem Hellen lächelt. Eine Dauer von drei Stunden stellt bei der Spärlichkeit der Ueberrassungen, die Geduld auf eine harte Probe.

Der Held, der seinem projektierten Schwanz durch Einfügung eines Schampannen und Galpierung auf offener Bühne die letzten Reichen der Verrücktheit giebt, wächt trotzdem seine Hände in Un-schuld. Ein Oberlehrer-Schwiegervater aus den ältesten Jahrgängen

Parteitag, Sozialisierung und Käsefrage.

(Schluß aus der Freitagabendnummer.)

Angenommen werden eine große Anzahl von Anträgen, die den Parteitag auffordern, über alle wichtigen politischen Fragen...

Es folgt der Bericht der Organisationskommission. König-Dortmund: Seit 1912 haben wir keine wesentlichen Änderungen am Statut vorgenommen.

Die Grundlage der Organisation wird jetzt der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt werden soll.

Nebenfalls muß in der Parteioorganisation der Einheitsgedanke der Republik verwirklicht werden. Der erzwungene tatsächliche Einfluß der Partei auf Gemeinde und Kreis wird in einer viel härteren Behandlung der Kommunalfragen seinen Ausdruck finden.

Dringend abzurufen ist von einem besonderen Frauenbeirat. Hoffentlich gelingt es unserer Organisation, das ganze Parteileben freistillig zusammenzufassen und wirksam vorwärts zu bringen.

Nachmittagsführung

In der Aussprache über den neuen Organisationsentwurf werden eine Reihe von Einzelwünschen vorgetragen. So werden die Wünsche, die Sonderorganisation der Jugendlichen zu beschränken auf die Zeit vom 14. bis 18. Lebensjahre, wiederholt.

Bestgeh-Trier fordert die Errichtung eines sozialdemokratischen Bauernvereins. Der Redner überbrachte sodann dem Parteitag die Grüße der Genossen des besetzten Gebietes und erbat inständige Unterstützung in der Abweisung der Losrennungsbestrebungen der Zentrumspartei.

Wir erklären vor aller Welt, daß wir deutsch sind und deutsch bleiben wollen.

(Stürmischer Beifall.) Wir lehnen ein für allemal förmliche Sondergründungen ab. Wir lehnen ein für allemal förmliche Sondergründungen ab. Wir lehnen ein für allemal förmliche Sondergründungen ab.

Grün-Brandenburg warnte vor einer zu starken Erhöhung der Beiträge, die sich in den ländlichen Bezirken als ein Hindernis für die Gewinnung neuer Mitglieder erweisen könnten.

Vorsitzender Vöhr: Diese Ausführungen gehörten nicht zur Sache, aber ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil leider die Gefahr besteht, daß die Genossen aus Westpreußen das letzte Mal bei uns sind.

Frau Egg-Krausfuß a. R. begründet den Antrag, einen besonderen Parteiauschuß der Frauen einzusetzen. Wir haben 21 Millionen weibliche Wähler und nur 207 000 weibliche Mitglieder.

Weser-Karlruhe: Eine besondere Nebenorganisation der Frauen und der erwachsenen Jugend können wir nicht brauchen. Die Jugendlichen gehören mindestens vom 18. Jahre an in die Partei.

Frau Köhler-Berlin: Der Frauenbeirat ist sicherlich kein Mittelmittel für die Frauenbewegung. Die Frauen sollten doch nicht nur technische Hilfskräfte sein, sondern die Frauenorganisation und -Agitation betreiben.

Eng-Barmen: Die Jugendlichen über 17 Jahre sind politisch lebhaft interessiert. Nennen wir sie in die Parteioorganisation, dann bekommen wir eine jungsozialistische Bewegung.

Beihilmswahl innerhalb der Partei sind einfach verrückt. (Weiterkeit und Sehr gut!)

Nachdem sich noch Frau Hoppe-Berlin der Genossin Köhler angeschlossen hatte, wird mit überwältigender Mehrheit ein Schlußantrag angenommen.

Das Schlusswort hat König-Dortmund: Die Wochenbeiträge sollen möglichst zwingend sein. Ueber die Zahlungsgrenze im Statut läßt sich immerhin streiten, aber ich sehe keinen Grund, von unseren Vorschlägen abzuweichen.

Es folgt die Abstimmung über die zahllosen Anträge. Durchweg werden die Vorschläge der Organisationskommission angenommen. Abweichend davon wird nur bestimmt, daß in rheinländischen Bezirken der Bezirksverband den 15 Pf.-Wochenbeitrag für Männer und 10 Pf.-Beitrag für Frauen zulassen kann.

Unter den Beisitzern im Vorstände sollen mindestens zwei Frauen sein.

Parteioorganisationen mit mehr als 10 000 weiblichen Mitgliedern dürfen eine Frau in den Parteiauschuß senden. Der Jugendorganisation gehören die Jugendlichen bis zum 18. Jahre an, dann der Parteioorganisation.

Es liegt noch ein Antrag vor: „Zur Partei kann nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell oder moralisch unterstützt.“ — Der erste Teil des Antrages wird einstimmig, der zweite gegen die Stimme Hoch-Sonan angenommen.

Bräunle-Lübeck macht dabei darauf aufmerksam, daß der alte Genosse Schwan-Lübeck zwar der Fraktion der U. S. V. angehöre, aber noch immer Parteimitglied bei uns bleiben müsse.

In der Gesamtabstimmung wird das neue Statut einstimmig angenommen. Es folgt nunmehr der Bericht der Fraktion der Nationalversammlung.

Berichterstatter Löbe: Ein großer Teil dieser Frage ist bereits bei der politischen Aussprache erledigt. Die uns zugehenden Briefe haben meistens schon andere Ansätze bekommen. Der Rest wird für mittlere Bedürfnisse der Fraktion wohl noch genügen.

die Art an die unfeilige Kleinstaaterei zu legen. (Beifallige Zustimmung.) Es ist ein Jammer, daß die Revolution nicht wenigstens damit aufgeräumt hat.

die Einheitsrepublik in Deutschland durchzuführen. (Beifalliger Beifall.) Wenn das geschehen sein wird, wird sich auch die Frage der Mitarbeiterlöhne leichter lösen lassen.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

die Nachtentwicklung des Proletariats durchsetzen wollen. (Hört, hört!) Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Organisation militärischer Macht, aber die reaktionären Freikorps sind für uns eine Gefahr in dem entscheidenden Moment.

Dr. Gering-Böhlen: Die Opposition auf diesem Parteitag ist zahlenmäßig nur klein, aber ich beantrage dennoch abwechselnd einen Redner der Mehrheit und einen der Opposition zu Wort kommen zu lassen. (Anruhe.)

Löbe-Breslau: Wir waren oft verschiedener Meinung. Aber von einer organisierten Opposition, einer dauernden Scheidung der Fraktionen ist mir nichts bekannt. Einige Neulinge scheinen den Parteitag dazu mißbrauchen zu wollen, ein solches Bild der Uneinigkeit nach außen zu werfen.

Schiller-Darmstadt: Ich gehöre gewissermaßen auch zur Opposition. Aber noch fehlt jeder Beweis für eine tatsächliche organisierte Fraktionsmacht der Minderheit.

Davidsohn: Die Feststellungen Löbes treffen nur zu für die gute alte Zeit bis vor etwa 3 Tagen. Jetzt sind Dinge geschehen und geschehen täglich mehr, die den Bund nahelegen, Mehrheit und Opposition einander offen gegenüber zu stellen.

Rosenstein hält es für unklar, der Minderheit die Redezeit zu bestreiten. Löbe-Breslau: Sehen wir über dieses Verbot zur Tagesordnung über. (Beifall.)

Kühn-Regensburg: Ich bitte den Vorsitzenden festzustellen, wer denn eigentlich zu dieser organisierten Opposition gehört. Davidsohn: Sie kennen die 20 Namen der Unterschriften unter unseren Anträgen. (Jurist: Es sind nur 10! Große Weiterkeit.)

Vorsitzender Schulz: Anträge sind nicht gestellt; wir verhandeln demnach selbstverständlich nach der Reihenfolge der Rednerliste. Es wird in die

Debatte über den Fraktionsbericht eingetreten. Mit zur Beratung stehen zahlreiche Anträge, vor allem über die Einheitsrepublik, die Beamtenfrage, die Frage der Doppelmandate, der Ernährung, der Sozialisierung, der Sozialgesetzgebung usw.

Schäfers-Darmstadt: Ein großer Teil unserer Mitglieder ist über die ungenügenden Resultate der Arbeiterfraktion außerordentlich verärgert. Fraktion und Regierung sind zu zerschlagen. Die bürgerlichen Parteien werden die Koalition nicht leichten Herzens aufheben.

Winkel-Helmstedt: Mit der deutschen Einheitsrepublik hätten wir der Organisationsfrage jede Auskunft genommen. Das fiskalische Diebstahlverbrechen müssen in der Allgemeinheit übergeben werden. Diester-Darmstadt: Man hat mir, dem Organisator der Opposition, vorgeworfen, ich sei im November d. J.

in die verlorene Partei gekommen. (Sehr wahr!) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

Winkel-Helmstedt: Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten. (Winkel-Helmstedt.) Ich gehöre aber der Partei seit 1912 an, und damals war es noch gefährlich, für die Partei zu arbeiten.

ist ein auf das Materielle gerichtete Denken unseres Volkes zurückzuführen, gehen wir schärfer und bitterer Zeiten entgegen. (Lebhafter Beifall.) Bisher hat das Profitstreben allein unser soziales wirtschaftliches Leben beherrscht. Jetzt wehren sich die Kräfte, die auch in Zukunft Erwerbsstreben und Eigenwohl entscheidend sein lassen wollen. Die Anhänger der alten Wirtschaftsweise sind zöger wie nie zuvor. Hinter den Kulissen tobt ein Kampf, von dem nur die wenigsten etwas ahnen. (Zuruf: Hört, hört! und Bewegung.) Nicht die private Meinungsverschiedenheit einzelner über wirtschaftliche Dinge spiegelt sich darin, sondern der immer höher emporschlängelnde Gegensatz zwischen Gemeinwirtschaft und der alten Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte. Wir allen Mitteln suchen die bürgerlichen Kreise diesen Kampf zur Entscheidung zu bringen. Jetzt oder nie. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns nicht über unsere Macht und das, was wir erreichen können.

Nur unter dem Einbruch der Berliner Straßenlampen haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgedrückt.

(Hört, hört! und Unruhe.) Jetzt nach dem Zusammenbruch der Münchener Regierung rufen die Anhänger der alten Wirtschaftsweise auf einen neuen entscheidenden Vorstoß. Und dieser Kampf wird ihnen erleichtert, weil auch breite Massen der Arbeiterschaft vom Profitstreben angezogen sind, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Verbesserung erblicken. (Lebhafter Beifall.) Auch daran sind wir mit Schuld, weil wir in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebkräfte des Sozialismus betont haben und nicht die tiefen sittlichen Prinzipien, die in ihm stecken. Wir leiden unter dem Fluch der Moral mit doppeltem Boden, die in der Kriegszeit Regierungsmaxime war, wo es um Leid und Leben ging. Da herrschte der Sozialismus, er forderte die Gesamtheit, daß der einzelne für sie eintrat, — aber wo es um Geld und Gut ging, herrschte der Individualismus. Da glaubte man dem einzelnen, daß hohe Gewinne zur Pflichterfüllung anzuregen müssen. Der Krieg, der so viele Hunderttausende in den Tod geführt hat, wurde für die andere zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur. (Wiesaches Sehe wohl!) Wer will es den Arbeitern heute verübeln, wenn sie tun, was die Unternehmer in der ganzen Kriegszeit getrieben haben, wenn Profit und Gewinnzwecken während der Kriegszeit die sorgsam gehütete Triebfeder wirtschaftlichen Handelns war? Warum sollte es heute bei den Arbeitern anders sein? Und doch glaube ich an den guten Kern im deutschen Volke. Wenden Sie nach dem Rheinland. Die Arbeiter üben deutsche Solidarität.

nur die Kapitalisten schmieden Verrat!

(Sehr wahr! und Bewegung.) Hinter dem dumpfen Groll der Massen muß der Trieb nach höheren Lebensformen stehen, da wirken Ideen, die noch nicht ausgesprochen sind, geistige Kräfte, die selbst noch unklar einem höheren Menschentum zustreben.

Und meine Ohren hören bereits, was dormalst und demnächst kommen muß: Die neue wirtschaftliche und geistige Revolution!

(Lebhafter Beifall und Bewegung.) Wer die Formulierung dafür findet, wer neben den bei keinem Menschen auszusprechenden materiellen und egoistischen Triebkräften auch die geistigen und sittlichen Kräfte bei einem ganzen Volke wirksam macht, der stellt es für alle Zukunft in seine Fahne. (Lebhafter Beifall.) Die breite Masse wird nach links getrieben, nicht etwa weil man dort die Formulierung gefunden hätte, sondern weil man dort der Masse blump nur schwerlich und ihr vordringend, mit der Diktatur des Proletariats all die übrigen Kräfte überwinden zu können. (Lebhafter Beifall.) Aber die Unabhängigen können den Massen nicht die Erfüllung ihres Sehens bringen. Diesen Aufgaben sind sie nicht gewachsen, denn sie haben niemals den Mut, dem Volke zu sagen, daß es

nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegen die Allgemeinheit gibt.

(Stürmischer Beifall.) Und trotzdem liegt die Schuld für die Erfolge der Unabhängigen auch an uns. So wenig wir ein Land, das durchschüttelt ist, die Ursache des Verhängnisses nur außerhalb seiner selbst suchen darf, so wenig darf eine Partei und deren Anhänger in immer größerer Unzufriedenheit und Parteiverdroffenheit hineintragen und die Ursache des Verhängnisses nur bei den äußeren Umständen finden wollen. (Sehr wahr! Große Bewegung.)

Wir haben das Verhältnis der Massen noch tieferem Lebensinhalt noch nicht befriedigt.

Alle Demoralisation des Volkes darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Volk selbst, je unerschütterlicher die sittlichen Zustände werden, mit um so größerem Verlangen nach dem Banner ausschaut, das den Weg aus dem Wirrwarr weist. Wer dieses Banner entrollt, hinter dem wird das Volk mit allen seinen inneren und guten starken Elementen treten. (Lebhafter Beifall.) Das innere Programm dieser Regierung muß nicht nur eine politische Ordnung umfassen, sondern auch neue soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, bei denen jeder einzelne an der Bildung des Gesamtwillens organisch mitarbeitet und zu seinem Teil an der Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes teilnimmt. Es muß klar und deutlich zum Ausdruck kommen, daß unser Leben künftig nur in dem Geist der Unterordnung unter das Ganze möglich ist. Das Volk vergißt

den Geist sozialistischer Gerechtigkeit,

den Geist planmäßiger Einordnung der Persönlichkeit in das Ganze. Und darum bedauere ich, daß wir bisher nicht über jeden Zweifel hinaus haben klarstellen können, welche Wirtschaftsführung für uns in der Zukunft gelten soll. (Sehr wahr!) Der laute Lärm der Anhänger des freien Spiels der Kräfte läßt in den Massen die Befürchtung hochkommen, daß es uns nicht ernst ist mit der Verwirklichung der sozialistischen Grundzüge. (Beifall und andauernde tiefe Bewegung.) Freilich, die Massen erwarten von uns viel mehr, als wir erfüllen können. Das Wirtschaftsleben kann nicht gleich sozialisiert werden. Die Volkswirtschaft ist jetzt dort nicht möglich, wo ideinbar die Voraussetzungen gegeben sind. Man sagt mir, das Kohlegeschäft sei doch keine Sozialisierung, wie wir sie meinen. Die Produktionsmittel seien doch in den Händen der Privatbesitzer geblieben. (Sehr wahr!) Ich sehe ganz davon ab, es es möglich gewesen wäre, mehr durchzusetzen. Aber ich habe die Frage nach allen Richtungen hin verstandesgemäß überlegt und festgelegt.

daß wir dem Gedanken des Sozialismus mit der heute zu erfolgenden Sozialisierung des Bergbaus den schwersten Schaden zugefügt hätten.

(Wiesaches Hört, hört!) Der Wert der Kohlen, die in Deutschland gefördert wurden, betrug am 30. September 1918 für das Jahr 3335 Milliarden Mark. Im Mai dieses Jahres 7548 Milliarden Mark. Die Preissteigerung übersteigt bei weitem 4000 Milliarden innerhalb 7 Monaten, hat den Wert der deutschen Kohlenproduktion vor der Revolution weit mehr als verdoppelt und die Bewegung geht fort. Die Kohlensteuer allein bringt jetzt eine Milliarde Mark. Hätte sich diese unvermeidliche Entwicklung nach der Sozialisierung vollzogen, so hätte diese den Gegnern des Sozialismus die allerwertvollsten Argumente gegeben. Im Staatsbetriebe hätten wir noch höhere Löhne geben müssen; denn vom Staate glaubt man ja alles fordern zu können, und von Pflichten gegen den Staat spricht man nicht. (Sehr wahr!) Bei der Volkswirtschaft, der Übernahme der ganzen wirtschaftlichen Unternehmungen in das Eigentum des Volkes müssen wir heute Mittel aufwenden, die feiner, der an verantwortlichen Stellen steht, verantworten kann. Die extremsten Sozialisten übernehmen die Pflicht, bei der Einziehung einzelner Betriebszweige

Entschädigung zu zahlen.

Das wir aber heute kaufen oder entschädigen, müssen wir bei der Entwertung unserer papiernen Zahlungsmittel dreimal so hoch bezahlen wie vor der Revolution.

Wir können gegenwärtig nicht den Unternehmern für ihre Waren geringwertige Zahlungsmittel in ungeheurer Menge zahlen und sie nach Jahren, wenn sie viel wertvoller geworden sind, wieder einlösen. Das mag der Klasse schwer begreiflich zu machen sein.

Aber wir sind eben unter ganz anderen Voraussetzungen zur Macht gelangt, als unsere Theorie es annahm. (Sehr wahr!) Wie ist das Wirtschaftsministerium von den Professoren der Sozialisationskommission angegriffen worden, und jetzt schreibt Professor Ledebur nach seinen praktischen Erfahrungen mit der Sozialisierung in Deutschland:

„Je schwieriger die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, desto schwerer ist auch die Sozialisierung.“

Jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung kann uns in den Abgrund stürzen. Es ist weit besser, wenn sich einige Sozialisten in den Augen ungeduldiger Massen oder feindsüchtiger Literaten diskreditieren, als wenn Pflanzfolge die Idee diskreditieren. Ein Mißerfolg aber könnte nicht ausbleiben, wenn mehr geschieht, als wirtschaftlich möglich ist.“ Wir haben die Idee nicht diskreditiert und keine Schritte getan, die zum Verhängnis für unser Land geführt hätten. (Hört, hört! Beifall.) Wir haben heute keine Heberfülle der Güter, die den kapitalistischen Wirtschaftspraktiken sprungen, sondern sind verarmt, wie noch kaum einer weiß.

Nach gut unabhägare Zeit wird Schmalhans in Deutschland Rädenmeister bleiben, Alcuin zur Verzinsung der innerten Schuld brauchen wir pro Familie 1500 Mark im Jahre.

Dazu die ungeheure Verschuldung an das Ausland. Bezahlen können wir diese Schulden nur mit den Produkten unserer Arbeit. Wir gehen heute schon von dem, was wir in den nächsten Jahren produzieren sollen. Was Robert Schmidt, mein größtes Sorgenkind (Heiterkeit), heute auf Kredit einführt, müssen wir mit Waren bezahlen, die wir im nächsten Jahre erst erzeugen sollen. (Zurufe.) Ich mache ja Robert Schmidt gewiß keinen Vorwurf. Er kann gar nicht anders, aber man kann den Massen nicht oft genug sagen, daß wir schon geessen haben, was wir erst erarbeiten sollen. Wer glaubt, daß es durch Abschluß des Friedens besser wird, wird blüht enttäuscht werden. Was müssen wir tun, um unter diesen Umständen die Produktivität der Arbeit auf das höchste Maß zu steigern? Soll heute noch jeder auf eigene Faust halten und wahren, wie er es für notwendig hält? Wir können nur existieren, wenn wir die Wirtschaft planmäßig organisieren, wenn nicht das Privatinteresse, sondern das allgemeine Interesse den Ausschlag gibt. (Sehr wahr!)

Nicht Privatwirtschaft, sondern Gemeinwirtschaft müssen wir treiben.

(Lebhafter Beifall.) Die Wirtschaft muß durchdrungen von sozialistischen Prinzipien sein. Die Gemeinwirtschaft, die ich erhebe, ermöglicht in organischer Zusammenfassung aller Kräfte des Wirtschaftens ein gleichmäßiges allmähliches Fortschreiten zum Sozialismus.

Der Sturm gegen diese Gemeinwirtschaft

hört heftiger als gegen die Volkswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige. Mit den häßlichsten persönlichen Unterstellungen wird gegen uns gearbeitet. Bahawirtschaft soll diese Planwirtschaft sein. Daran ist etwas Wahres. Schon der Plan hat den Wahn zertrübt, es könnte sich nach der Revolution jeder Beliebige wie in der Vorkriegszeit die Zeichen auf Kosten der Gesamtheit fällen. (Sehr gut.) Es wird uns vorgeworfen, daß wir die Kriegswirtschaft bereinigen wollen. Von den bisherigen Reichen der Kriegswirtschaft wollen wir so gründlich und schnell wie möglich abrücken. Die bürokratische und polizeiliche staatliche Methode der Kriegswirtschaft machen wir nicht mit. (Zurufe.) Das Wirtschaftsleben entsieht sich der Regelung durch Gesetze und Verordnungen. Es ist dafür ein viel zu nervöser Organismus, viel zu flüchtig. Wir brauchen das Prinzip der Selbstverwaltung der Industrie, aber noch haben wir diesen Selbstverwaltungskörper nicht und noch können wir die alten Ketten nicht lösen und ein wildes Lawenabobu anstellen. (Sehr wahr.) Wir können in unserer Not die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht durch das freie Spiel der Kräfte betriebliegen lassen. Zeiten der Not sind Zeiten der Gebundenheit. Das wirtschaftliche Leben darf nicht dem Profittuna des einzelnen überantwortet werden, sondern muß den sittlichen Gesetzen unterstellt werden. Diesem Ziele strebe ich zu und nur noch diesen Richtlinien läßt ich das mir anvertraute Amt. (Beifall.) Geben Sie durch Annahme des Antrages Hochbrun der Regierung die Rückenstärke, deren sie auf wirtschaftlichem Gebiete bedarf. Es droht uns ein faules Komvromiß, daß man um einige Wirtschaftszweige zur Volkswirtschaft ausliefern, im übrigen aber das freie Spiel der Kräfte läßt. Im übrigen wird unter Programm der Gemeinwirtschaft in allen Parteien der Nationalversammlung Anhänger werden, auch bei den Demokraten. Wenn wir wider Entsetzen die Mehrheit nicht erhalten sollten, dann müssen wir den bürgerlichen Parteien die Verantwortung dafür überlassen, was dann in Deutschland eintreten soll. Möglich, daß auch der eine oder andere Genosse in diesen Bedenkenfragen sich noch nicht hineinfindet, aber wenn bereit die Geschichte, wenn unsere Kinder und Kindeskinde weilen werden, dann werden sie sagen, daß wir den richtigen Weg beschritten wollten, dann werden wie vor der Geschichte uns der Aufgabe gewachsen gesagt haben, welche die höchste Not des Landes uns auferlegt hat. (Herzlicher allgemeiner langanhaltender Beifall.)

Der Antrag Braun lautet folgendermaßen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die ungeheure wirtschaftliche Krise, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger das Einzelinteresse dem Gemeinwohl unterordnender Tätigkeit zu vereinigen. Der Parteitag fordert daher von der parlamentarischen Vertretung der Partei und den Regierungsmitgliedern die Sozialisierung, wo sie möglich ist. Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist an Stelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen.“

Für die allmähliche Ueberführung von Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesamtheit empfiehlt sich die Beteiligung des Reiches, die aus Anlaß der Vermögensbesteuerung durchzuführen ist. Die Arbeiterschaft muß gleichberechtigt neben dem Unternehmertum mitbestimmend und mitverantwortlich an unserem Wirtschaftsleben mitwirken. Zu diesem Zweck sind außer den regionalen Organisationen (Betriebsarbeiterräte, Bezirksarbeiterräte, Bezirkswirtschaftsräte, Reichsarbeitsrat) sachliche Organisationen der deutschen Wirtschaft auf paritätischer Grundlage ins Leben zu rufen, die als Selbstverwaltungskörper zugleich Organe der Gemeinwirtschaft sind. Die folgenschweren wirtschaftspolitischen Entscheidungen, zu denen die allgemeine Wirtschaft des Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, vertrauen keinen Ausschuss in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen. Der Arbeiterchaft kann nicht zugemutet werden, wirtschaftliche Maßnahmen irgendwelcher Art hinzunehmen, falls ihr nicht ungekümmt ein gleichberechtigter Einfluß auf die Bildung der wirtschaftlichen Entscheidungen eingeräumt wird. Die Reichsregierung ist zu ermächtigen, in wirtschaftsorganisatorischen Fragen Mehrheitsbeschüssen der einzelnen Wirtschaftsgruppen verbindliche Kraft für alle zu dieser Wirtschaftsgruppe schützenden Unternehmungen beizulegen und ferner zur Berechtigung der paritätischen Selbstverwaltungskörper, für alle Betriebsgruppen, für welche dies bisher noch nicht geschehen ist, Sachverständigenräte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeitgeber einzusetzen.“

Sege!-Ruf: Wenn die Berichte über die Nationalversammlung ausführlicher sein könnten, würden die Arbeiter gerecht urteilen. Unsere Fraktion hat nach besten Kräften gearbeitet. Man darf auch nicht vergessen, daß wir jetzt Regierungspartei

geworden sind. Vielleicht kommt der Zeitpunkt, wo wir vor die Frage gestellt sind,

ob wir noch weiter in der Regierung bleiben sollen.

Aber wir haben ja selbst das größte Interesse daran, an den Friedensverhandlungen entscheidend mitwirken zu können. Andererseits wollen wir ganz und gar nicht als Partei die Verantwortung für den Frieden allein tragen. Die hantelnden Arbeiter bedauern, wie Lohse sagt, daß die Revolution mit der Kleinrenterei nicht aufgedrückt hat. Gerade wir in Bayern lehnen alle partikularen Ideen ab. Die deutsche Einheitsrepublik ist aus inneren und äußeren politischen Gründen notwendig. Im Innern würde die freieirtschaftliche Entwicklung gefördert und gefördert, wenn die stänischen Zwerggebilde verfallenden würden, und nach außen würden wir dem Trieb der Entente, das Reich zu zerlegen, viel kräftiger entgegenwirken können. (Beifall.)

Eggerstedt-Rief:

Wissells Rede war der Höhepunkt des Parteitages.

Er hat gesagt, was die Massen bewegt. (Beifall.) Wissell hat mehr getan, als nur schöne Worte geredet. Wir sprechen ihm unser Vertrauen aus. Wenn man den Mitglieder der Reichswehr und der Reichsmarine alle Rechte nimmt und wenn man die Soldatenräte beseitigt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft in diese Wehren nicht eintreten will. (Zustimmung.) Koste war ja sehr energisch. Koste er die

gleiche Energie auch einmal gegen die Offiziere

entwickeln. Aber ich glaube, Koste hat die Offiziere nicht mehr in der Hand; vielmehr haben die Offiziere ihn in der Hand. (Zustimmung und Widerspruch.)

Wir fordern das Rädesystem

und protestieren gegen die vorzeitige Abwägung der kommunalen Arbeiterräte. Die großen Vermögen sind längst außerhalb des Landes. (Beifall.)

Dr. David: Wissell hat scharfe Kritik an der Arbeit des Kabinetts geübt. Wo ist aber, so frage ich, der Antrag über die Sozialisierung, den das Kabinett abgelehnt hätte? (Zuruf: Denkschrift.) Diese Denkschrift ist gar nicht von Wissell verfaßt worden, sondern von dem früheren Ingenieur der U. G. G. v. Röllendorff,

(Fürchtlich!) dem Unterstaatssekretär Wissells (Unruhe und Zuruf: Auch die andern Minister machen nicht alles selbst!). Ich mache Wissell daraus ja auch keinen Vorwurf. Jedenfalls ist diese Denkschrift im Kabinett noch nicht beraten worden, und sie ist in die bürgerliche Presse gekommen, nicht durch eine Indiskretion dieser Presse, sondern durch eine Indiskretion des Wirtschaftsministeriums. Das Urteil der Geschichte über Regierung und Nationalversammlung wird gerechter sein als das Urteil Wissells. Die Nationalversammlung hat eine ungeheure Leistung vollbracht. (Lebhafteste Zustimmung.) Wenn es uns gelingt, Deutschland völlig aus den zertrümmerten Verhältnissen der Gegenwart herauszurücken, so stehen wir gerechtfertigt da. (Sehr richtig!) Wir brauchen eine Steigerung der Arbeit, nicht eine Steigerung der Geldlöhne bei kürzere Arbeit und, was das schlimmste ist, ein Sinken der Arbeitsintensität auch während der Arbeitsstunde. (Sehr gut!) Deshalb konnten wir nicht genug Lebensmittel hereinbekommen? Weiß wir keine Kohlen und kein Koli befahren, um diese Lebensmittel zu bezahlen. Wenn das Volk mit der Regierung unzufrieden ist, so haben Regierung und Nationalversammlung alle Verantwortung, auch

mit dem größten Teil des Volkes unzufrieden zu sein.

(Sehr richtig und Unruhe.) Sagen Sie das draußen und so scharf wie möglich. Eine Volkswirtschaft im Handumdrehen ist unmöglich, aber eine solche Volkswirtschaft wird Wissell nicht nur bei den Kapitalisten, sondern auch bei vielen Arbeitern Widerspruch zeigen. Ganz falsch ist es zu behaupten, die Nationalregierung sei der Hemmschuh gewesen. Ich stelle fest, daß aus den Reihen der bürgerlichen Mitglieder der Regierung und keine Hindernisse in den Weg gelegt worden sind. (Hört, hört!) Gewiß kann das Bewußtsein nicht für einzelne Unternehmer, sondern für die Gesamtheit Arbeit zu leisten, die Arbeitslast erhöhen,

aber ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Arbeiter solchen Ermüungen zugänglich sein wird.

Wir sollten doch von Rußland lernen. Auch dort ist dem ersten Versuch ein völliges Verjagen der Arbeiter gefolgt und den Volkswirtschaft ist nichts anderes übrig geblieben, als draconische Strafen gegen jeden Streik anzudrohen, den Stößen wieder einzuführen und ausländische Kapitalien ins Land zu ziehen. (Hört, hört.) Wir brauchen Demokratie und wir brauchen Sozialismus. Mit Schlagworten kommen wir nicht weiter. Schritt für Schritt müssen wir vorwärts gehen und müssen uns davor hüten, bei den Arbeitern unerfüllbare Illusionen zu erwecken, durch deren Scheitern der ganze Sozialismus Fiasko erleben würde. (Lebhafter Beifall.)

Frau Kümmerer - Hamburg: Mit schönen Reden kommen wir nicht weiter. Für uns heißt es jetzt nicht mehr: von der Utopie zur Wissenschaft, sondern

von der Wissenschaft zur Praxis.

Gewiß ist die wirtschaftliche Lage böse und die Sozialisierung schwer, aber

je schlimmer die Lage ist, desto notwendiger ist die Sozialisierung!

(Sehr richtig!) Die Not zwingt uns auch, wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Das geht gewiß nicht von heute auf morgen, aber wir können auch nicht allzu lange warten. Wie die Kleinrenterei der Parteien durch den politischen Umsturz gebrochen ist, so muß auch die Kleinrenterei der Unternehmer in den Betrieben gebrochen werden. (Sehr richtig!) Es ist gar nicht zu verwundern, wenn die Genossen im Ausland an der Spitze der deutschen Revolution Zweifel hegen, denn

die alten mitschuldigen Führer wie Hindenburg, Dernburg, Erberger und Hebrndach

leiten auch heute noch die Geschäfte. Es besteht die Gefahr, daß das sozialistische Deutschland in der Internationale genau isoliert dastehen wird wie früher das kapitalistische Deutschland in der Welt. Die deutsche Revolution hat uns überrollt und wir müssen uns davor hüten, daß uns auch die Weltrevolution überrollt. (Unruhe.) Nur durch radikale Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine Einigung mit der Internationale wieder möglich. (Beifall.)

Brenneck-Frankfurt a. M.:

Die Nationalversammlung hat nicht nur enttäuscht, sondern sie hat Enttäuschungen unter den Massen hervorgebracht. Es hätte vielmehr erreicht werden können, aber was soll man dazu sagen, wenn Lehrenbach, der im Dezember den Reichstag als Werkzeug der Gegenrevolution einberufen wollte, auch an der Spitze der Nationalversammlung steht. Wissells Rede war eine

Frucht in die Dessenlichkeit.

Soll er wirklich geopfert werden, soll der Kampf zwischen Dernburg und Wissell mit Dernburgs Sieg enden?

Die Arbeiter stehen gefühllos hinter Wissell.

Gegenüber den Zumutungen der bürgerlichen Kabinettsmitglieder sollten unsere Genossen endlich einmal sagen: Bis hierher und nicht weiter! (Beifall.)

Robert Schmidt: Wissell hat das Versehen eines Programms vermisst. Dabei haben wir für die Sozialisierung ein ganz bestimmtes Programm aufgestellt. Aber das Programm allein macht es nicht. Die Hauptsache ist die praktische Durchführung.

Man vergleiche nur den ersten Teil der Rede Wissells mit dem zweiten Teil. (Sehr gut.) In dem zweiten Teil hat er sehr viel Wasser in den Wein der Sozialisierung gegossen und es ist bedauerlich, daß dem Parteitag dieser gewaltige Unterschied nicht bewußt geworden ist. Da zeigt sich der

Unterschied zwischen schönen Worten und Taten.

Wissell ist doch selbst mit der Sozialisierungskommission in Konflikt geraten, deren Mitglieder ihm gelangt haben, daß im Reichswirtschaftsamt noch wie vor die alte Bureaucratie im Hause sei. Das Geleg über die Kohlenwirtschaft ist so schätzenswert, daß es mit Sozialisierung eigentlich gar nichts zu tun hat. Wenn das Sozialismus sein soll, dann danke ich dafür. Wissell sprach von dem Widerstande der bürgerlichen Kreise. Wer in so hohen Tönen spricht wie Wissell, dem muß doch gelangt werden, daß er zur Gemeinwirtschaft im Kolonialbau erst von den bürgerlichen Mitgliedern der Regierung gezwungen werden soll. (Hört! hört!) In der Denkschrift des Reichswirtschaftsamtes wird

für die Industrie eine Milliarde verlangt

zur Befähigung der Einfuhr. Wir sind gegen jede Staatsintervention für die Landwirtschaft gewesen und sind auch jetzt dagegen für die Industrie, zumal die Industrie im Krige ihren Milliardenprofiit eingestrichelt hat. Ich würde Gebiete, wo sogar eine Vollsozialisierung möglich ist. Aber ich glaube, Sie würden dabei auf Widerstand beim Reichswirtschaftsamt stoßen. (Hört, hört!) Wo bleibt z. B. das Getreidemonopol? Ich soll das Sorgenkind Wissells sein.

Er hat mich von obenherab so fürchterlich behandelt, daß ich jetzt auch jede Mühsal fallen lasse.

Wir haben für 1,45 Milliarden Gold noch dem Auslande geben müssen, um Lebensmittel zu bekommen. Wissell hat aber erklärt, daß wir zuviel Lebensmittel einführen. (Hört, hört!) Nicht ein einziges bürgerliches Mitglied des Kabinetts hat sich an die Seite Wissells gestellt. Ich war gerade entsetzt, als ich damals Wissells Einspruch hörte.

Gegen sein Wirtschaftsprogramm habe ich erste Bedenken.

Die praktische Durchführung der Planwirtschaft wird nicht so einfach sein. Vor allem wird die Syndikats- und Kreisbildung gewaltig gefördert und daher der Rückfall in die alte despotische Kapitalherrschaft ermöglicht. Wenn man sagt, daß wir kein Vertrauen im Volke hätten, so möge man sich doch vor Augen halten, welche Erbschaft wir angetreten haben. Das Wort Wissells, daß Schmalhans Rüchensmeister sein wird, weckt auch nicht gerade Begeisterung (Zustimmung). Deshalb bleibt richtig, was Frey etwas kräftig ausgesprochen hat, als er rief: Die Arbeiter wollen zu essen haben. Demokratie allein genügt nicht zur Sozialisierung, sondern wir müssen den Kapitalismus auflösen durch Gemeinlichkeit an den Produktionsmitteln. Das herbeizuführen, ist unsere höchste Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Kenter-Antwort: Der Appell an das Pflichtgefühl müßte nicht mehr an die Adresse der Arbeiter, sondern erst recht an die Adresse der Unternehmer gerichtet werden. Es ist den Arbeitern das Handwerk noch immer nicht gelegt worden. Der Arbeiter kann nicht klagen; das können nur die Kapitalisten. Da ist es nicht zu verwundern, wenn die Arbeiter höhere Löhne haben wollen, um 30 M für ein Pfund Butter bezahlen zu können. Ich komme aus Ostpreußen, der Getreideproduzent Deutschlands. Bei uns wird gehoben wie nirgends. Da gebe es Arbeit für Robert Schmidt.

(Hieraus tritt die Mittagspause ein.)

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über den Fraktionsbericht wird fortgesetzt.

Dörge-Vorwurf: Die Verbrüderung des Menschengeschlechtes und der Menschheit ist nur allein möglich durch die Demokratie. Das Ziel der Sozialisierung hat auf diesem Parteitag in den Reden Scheidemanns und Wissells einen herrlichen Ausdruck gefunden. Für den Sozialismus ist noch lange nicht genug geschehen, am wenigsten in der Landwirtschaft. Unsere Pflicht ist es, die Bauernschaft mehr als bisher über ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft aufzuklären.

Früh-Gespräch: Schmidt meint, die Kohlenwirtschaft habe bisher nur zu einer Erhöhung der Kohlenpreise geführt. Aber sind denn die Kohlen das einzige, was bisher teuer geworden ist? (Sehr richtig.) Schmidt soll nicht an Wissells Kohlenwirtschaft, sondern an seine Eierwirtschaft denken (Sehr gut!). Wenn man nicht regelnd und ordnend eingreift, steigen die Preise erst recht. David hat Wissell vorgeworfen, daß er die Solidarität des Kabinetts verletzt habe, aber höher als die Gemeinlichkeit mit den bürgerlichen Ministern steht die Solidarität in der eigenen Partei. Ledrigens hat Wissell kein Wort gegen andere Minister gesagt, und was er von den bürgerlichen Parteien gesprochen hat, kann ich aus der Nationalversammlung durchaus bestätigen. Nicht unsere Genossen sind erst durch die Streikämpfe vorwärtsgetrieben worden, wohl aber die bürgerlichen Parteien in Weimar. Das ist keine Verheerung der Rutsche, die natürlich viel mehr schmutze als gute Folgen haben. Aber es zeigt, daß die Arbeiter sich rühren müssen. (Sehr gut!) Gewiß, wir haben eine Sozialordnung nach der anderen, aber fortwährend steigen auch die Lebensmittelpreise. Die Arbeiter können eben nicht anders. Nur auf dem Boden des Sozialismus können wir vorwärts kommen. Mit dem Abbau muß bei den Lebensmitteln begonnen werden. Die gegen Wissell erhobenen Vorwürfe erleichtern inwiefern die Zusammenarbeit im Kabinet. Wer sie tragen zur Sache nicht hat. Ist Wissell unfähig, hätte man ihn längst entlassen sollen. Vorant es uns ankommt, ist, daß jetzt gute sozialistische Arbeit verrichtet und mehr erreicht wird als bisher. (Beifall.)

Frau Reuger: Noch nicht widerlegten Zeitungsmeldungen, beabsichtigt der Reichminister Dernburg die Einführung einer Preisobergrenze. Wir halten eine derartige Durchbrechung des Achtstundentages nicht für zulässig. Die Belastung der Arbeiter käme erst nach ständiger Erfassung des Großkapitals und

Konkulation der Kriegsgewinne

in Betracht. Bis dahin wird die Arbeiterschaft Front machen gegen jede Verschlechterung ihrer Verhältnisse. Baden-Essen: Wissells großes Reformprogramm muß von der Arbeiterschaft einmütig gefordert werden. Die Selbstschau gebietet dem Parteitag, geschlossen hinter ihn zu treten. Der Streik im allen Sinne der Partei ist unmöglich. Die Arbeiter haben auch gar nicht um höhere Löhne gestreift, sondern wollten wissen, wofür sie arbeiten. Unparteiische Sachverständige sollten endlich einmal die Anlagen des Kohlen-Syndikats nachprüfen. Wir werden nicht dulden, daß Wissell hinausgeschickt wird.

Steinbock-Antwort: Ich wende mich gegen David wegen seiner Zerkleinerung über die Eisenbahnarbeiter und Beamten. Gerade die Revolutionszeit hat die

Notwendigkeit eines Beamtenverbandes

erwiesen, der unter Einfluß von den politischen Parteien seine Pflicht tut. Die Vorrechte, welche bisher die Beamten hatten, müssen ihnen bleiben. Lebenslange Anstellung und Ruhegehalt waren Teile der Befolgung. Je mehr Sozialismus in die Beamten-schaft eindringt, um so weniger wird das

Gebrauch der Beamtenstreiks

in die Erscheinung treten. Die Demokratisierung der Verwaltung kann nur mit Hilfe der Beamten geschehen. Die Hunderttausende sozialistischer Beamte sind einmütig, daß die Partei ihnen nicht Vertrauensposten zuweist, wie die Demokratie und namentlich das Zentrum dies mit ihren Verbündeten tun. Wir verlangen von der sozialistischen Regierung mehr Maßnahmen auf die sozialistischen Beamten. (Beifall.)

Hermann Müller:

Selbstverständlich sprechen wir uns als Sozialisten für die Gemeinwirtschaft aus. Ob aber gerade Wissells Pläne die richtigen sind, das ist noch eine offene Frage. Jedenfalls ist es gut, daß die Frage noch nicht zur Entscheidung gelangt ist, denn vor Friedensschluß wissen wir ja doch nicht, wie sich unsere Zukunft gestalten und inwieweit wir überhaupt Gemeinwirtschaft werden treiben können. Denken Sie nur an die besetzten Gebiete! Die Rede ist uns zu kurz und wir müssen die Arbeiter vor Illusionen bewahren. Wenn Wissell hier auf dem Parteitag eine Flucht in die Deffentlichkeit unternimmt, so darf man den anderen Ministern keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie sich wehren. In der

letztliche Frage

verlangen wir religiöse Aufklärung. Eine letzte Deputation wird demnächst nach Berlin kommen. Schwere Hebergriffe gegen die rechtmäßige letzte Regierung scheinen vorgenommen zu sein. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker darf nicht angetastet werden. Wir können den Pazifismus nicht weniger gebrauchen, als an irgend einer anderen Stelle Europas. Kein Tropfen deutschen Blutes darf mehr im Baltikum fließen. Im Ausland und im Inland sieht man vielfach in der Militärmacht im Baltikum ein Mittel der Gegenrevolution. In Deutschland wird sich aber niemand für die Wiederaufrichtung des Hohenzollernthrones begeistern.

Die Schuld der Hohenzollern an deutschen Volke ist so groß, daß sich keine Volkmehrheit finden wird, die ihnen den Weg bereitet.

Die Hebergriffe und die Schwägerereien der früheren Zeit haben uns den Pazifismus und das Miktrauen des ganzen Europa zugezogen und insofern scheint eine deutsche Schuld an dem Unglück dieser Tage festzustellen. Der künftige Geschichtsschreiber wird aber auch den Pathologen zuzurechnen müssen. Denn nur weil ein geistig minderwertiger Mann auf dem Throne saß, konnte er gemeingefährlich werden. Man sagt, daß das preussische Ministerium sich im Augenblick mit der Abfindungsfrage für die Hohenzollern beschäftigt. (Hört, hört!) Das hat doch wirklich noch Zeit. Möge sich die preussische Regierung davor hüten, sich von royalistisch gesinnten Geheimräten auf diesen Leim locken zu lassen. Das Volk wird das nicht verstehen. Das Volk ist überzeugt, daß es den Hohenzollern keinen Dank schuldet. (Lebhafter Zustimmung.)

Wollensbühl:

Der Sozialismus ist für uns jetzt eine Frage der Praxis geworden. Ganz falsch aber wäre es, an die praktische Durchführung mit einem ein für allemal fertigen Programme heranzugehen. Man darf nicht vergessen, daß uns die Kunde des Entente-Kapitalismus droht. Die Schwierigkeiten sind also ungeheuer. Gleichwohl bin ich sehr davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, den Sozialismus nicht nur in Deutschland, sondern auch international durchzuführen. Die Voraussetzung dafür ist allerdings die Geschlossenheit und Einigkeit des Proletariats. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Dr. Grelling-Böttingen gibt zur Geschäftsordnung die Erklärung, nach dem heutigen Auftreten des Ministers Wissell die Forderung des Rücktritts der sozialistischen Minister hinsichtlich Wissells aufrecht zu erhalten. (Hört, hört! Lachen.)

Abbe nimmt im Schlußwort zu den einzelnen eingebrachten Anträgen kurz Stellung und bittet die Delegierten, die Genossen im Lande vor überreiter Kritik an der Tätigkeit der Fraktion zu warnen.

Wissell (persönlich): Die Darstellung von David und Schmidt ist scharf und unrichtig. Ich habe nur gesagt, daß unter der Nachwirkung der Berliner Straßenkämpfe das Sozialisierungsgeziel in der Nationalversammlung durchgedrückt worden ist. Die Behauptung, daß erst bürgerliche Abgeordnete mich zur Sozialisierung des Kaltes drängen müßten, vermischt Falsches mit Wahrem. Wir hatten ein großzügiges sozialistisches Programm ausgearbeitet und wollten es nicht auseinander reißen lassen. Ich habe mich nicht gegen die Lebensmittelüberhöhung gewandt, sondern gegen den planlosen Einkauf im Auslande, gegen eine starke Inanspruchnahme unseres Goldbestandes. Ein Streikverbot habe ich niemals empfohlen.

Robert Schmidt: Es lag mir daran, nachzuweisen, daß Wissell auf einem wichtigen Gebiet von bürgerlicher Seite gedrängt werden mußte, auf dem Gebiet des Sozialismus, von schönen Worten zur Tat überzugehen. Wir haben nicht zuviel Lebensmittel eingeführt, sondern viel zu wenig. Ohne ausreichende Lebensmittel ist der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ein Hindernis.

Es folgen Abstimmungen.

Ein Antrag zugunsten einer Einheitsrepublik wird gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Schluß: Ich überschreite wohl nicht meine Befugnisse, wenn ich meine Freude über diese einmütige Kundgebung ausspreche.

Zur Frage der Doppelmandate bezieht sich der Parteitag, daß sie möglichst beseitigt werden sollen. Angenommen wird die Resolution Steinbock, die im Sinne seiner Ausführungen für Beamtenräte eintritt, einschließlich des Streikrechts und des Rechts der Beamtenkammern, Beamtenvereine und Beamten-gewerkschaften, aber vor Beamtenstreiks Schlichtung und Schiedsvorrichtungen empfiehlt. — Eine große Zahl von Anträgen über Erährungsfragen, aber verwarfene Erfassung, Abbau der Lebensmittelpreise, Kampf gegen Preisstreiberi, Wucher und Schieberi, Erhöhung der Lebensmittelproduktion wird angenommen, ebenso der Antrag Braun-Dach über die energische Förderung des Sozialismus. — Einstimmig angenommen wird der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe. — Eine große Anzahl von Anträgen zur Sozialisierungsfrage wird der Fraktion überwiesen. — Angenommen werden die Anträge auf Linderung der Wohnungsnot, ein Protest gegen Durchbrechung des Achtstundentages und eine Aufforderung an Preußen, Großfürsting keine Schmelzwerke zu machen. — Einige Anträge zur Schulfrage werden der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer überwiesen. Abgelehnt wird die beantragte Rüge gegen die Abgeordneten, die bei der Abstimmung über die soziale Gesetzgebung gefehlt haben, über Erziehung eines wirtschaftlichen Bureau, Festlegung der Fraktion auf Verleugung jeglicher neuen Abgaben von Verbrauchsmitteln, insbesondere Tabak, Herabschätzung des Zinsfußes der Kriegsanleihe. — Mit großer Mehrheit angenommen wird der Antrag, daß die Verwaltung der Heereswerkstätten dem Reichs-Schatzamt entzogen werden und dem Reichswirtschaftsamt überlassen wird. Damit ist der parlamentarische Bericht erledigt.

Bräuner-Berlin erstattet Bericht über das Ergebnis der Vorstandswahl.

Es erhielten Stimmen: Hermann Müller 373, Wels 291 als Vorwähnde, als Kassierer: Friedrich Bartels 374, Otto Braun 361, als Beisitzer: Scheidemann 353, Wollensbühl 372, Piaunlich 369, Heinrich Scholz 347, Frau Juchacz 371, Ritter-Berlin 372, Otto Fraule-Berlin 369, Frau Hynck-Berlin 358.

In die Kontrollkommission sind gewählt: Bräune mit 311 Stimmen, Wels 296, Fischer-Stuttgart 318, Grünwald 310, Hengsbach 309, Abbe 315, Müller 301, Trinka 294, Genoffin Gröneberg 292.

Es folgt die

Rätefrage.

Singheimer: Nach dem völligen Sieg der politischen Demokratie ist ein ungeheurer Umschwung aller tatsächlichen Verhältnisse und Empfindungen eingetreten. Man kann nicht von oben her der Revolution ihre Errungenschaften

hervorscheiden. Sie ist ein mächtiges Naturereignis. Die deutsche Revolution macht vor unseren sozialen Verhältnissen nicht halt. Der Arbeiter soll nicht mehr nur ein Glied des Wirtschaftskörpers sein, mit dem man spielt, sondern selbst tätig teilnehmen an der Durchführung des allgemeinen Willens. Wir Sozialdemokraten halten an der Demokratie fest. Wir glauben nicht, daß eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse mit Gewalt gegen Gewalt durchgeführt werden kann. Mit Gewalt kann man nicht organisieren. Angeregt durch die Räteregierung müssen wir uns fragen, ob die moderne Demokratie den sozialen Fortschritt hindert, ob sie für diesen Zweck der Ergänzung bedarf. Die politische Demokratie ersucht nur die Peripherie des Gemeinlebens.

Das freie Spiel der Kräfte muß ein für alle Mal erledigt sein. Wir können uns unsere Zukunft nur denken durch eine planmäßige Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte nach bestimmten Absichten und Zielen. Das Bürgerium hat schon einmal den historischen Augenblick verpaßt; es wird ihm wieder verpassen, wenn es sich gegen diese Notwendigkeit sträubt. Von der Arbeiterschaft verlangen wir strengste Unterordnung unter die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte; aber auch das Bürgerium muß sich anleihen. Sie soll nun die Räteverfassung ausgehalten werden? Zur Grundlage nehme ich den vielfach mißverstandenen Regierungsentwurf. Die Arbeiterinteressen werden die

Arbeiterräte

wahrnehmen. Das ist ein alter gewerkschaftlicher Gedanke, der auf dem Räteregierungsprogramm eingehend ausgearbeitet wurde. Die Gewerkschaften zerplatzten, aber die Räte lassen die Arbeiter einmütig zusammen. Zwischen Parlament und Berufsvertretern besteht der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Dieser Gegensatz ist nicht das einzige Prinzip. Das Produktionsinteresse wird ein gemeinsames Interesse; ihm dient der Wirtschaftsrat oder Produktionsrat. Auch die Sozialisierung dient nur der steigenden Produktivität, ganz besonders in der jetzigen Zeit. Daher die Wirtschaftsräte, und als ihre Spitze der Reichswirtschaftsrat zur Wahrnehmung der Produktionsinteressen des Volkes überhaupt. So machen wir uns die Räteorganisation klar, das ist notwendig. Die Sozialisierung ist ein Rechtsakt, durch den das privatkapitalistische Eigentum aufgehoben und in Gemeineigentum verwandelt wird. Ohne diesen entscheidenden Akt gibt es keine Sozialisierung, auch wenn alle Betriebe den Arbeitern gehörten, sondern höchstens einen Massenkapitalismus.

Nur der Staat kann sozialisieren,

nur der Staat kann durch die Befreiung des Wirtschaftsrechts ändern. Die Räte können höchstens Verwaltungs-, Ausführungs- und Kontrollorganisation der Sozialisierung sein. Sie können die Einflussbereiche des Unternehmers begrenzen, genau wie das seit langem die Gewerkschaften tun. Aber den entscheidenden Akt der Sozialisierung kann stets nur die politische Demokratie vornehmen. (Sehr wahr!) Nun das Verhältnis der Räte zum Parlament. Das Wesen der neuen Wirtschaftsverfassung muß darin bestehen, daß ein Teil der staatlichen Macht mittel auf die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper übergeht. Das muß zunächst geschehen auf dem Gebiet der Verordnungen. Wie weit sollen nun die Räte an der Gesetzgebung teilnehmen? Diese Frage ist die am meisten umstrittene. Unsere Partei ist hier gespalten. Sollen die Kammern der Arbeit, wie es Kallisch, Cohen und Bloch wünschen, als gleichberechtigter Faktor neben der Volksvertretung fungieren? Der zweite Rätekongreß hat sich dafür ausgesprochen. Er hat verlangt, daß jedes Gesetz der Zustimmung der Volksvertretung und der Kammer der Arbeit bedarf. Ich lehne dies ab. (Beifall.) Wer wird denn in diesem neuen Oberhaus sitzen — auch die Unternehmer! Es wird weiter nichts sein als das von uns früher abgelehnte verfassungsmäßige Parlament. Dagegen haben wir grundsätzliche Bedenken. (Sehr richtig!) Man kann die Politik allein nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilen. Dann kommt man zu Gebilden, wie es der Kontinentalkongreß in den ich abwich, dann kommt man zu einer Politik gegen den Völkerverbund, dann kommt man zu einem Internationalismus und schließlich der Weltanschauung immer mehr aus. Sie halten diesen Grundgedanken für falsch. Dieser Materialismus der Politik würde den Geist der Politik verflücken. (Sehr richtig!) Wir sind gegen die berufständlichen Kammern aber auch aus praktisch-politischen Gründen. Wenn wir im Parlament, was wir doch hoffen, die Mehrheit haben, dann würden die Berufsvertreter als Fremde wirken. Niemand hat mir bisher gesagt, wie er sich das Mehrheitsverhältnis in dieser Kammer der Arbeit vorstellt. Wir haben gar keine Verankerung, uns in einem solchen Oberhaus ein neues Hemmnis zu schaffen. (Sehr richtig!) Ich verhehle nicht, wie Vertreter der Arbeiterschaft für eine solche berufständliche Vertretung eintreten können. Wir halten eine solche Vertretung vom praktisch-politischen Standpunkt aus für äußerst gefährlich, aber natürlich muß eine Verbindung bestehen zwischen Parlament und Räten. Wir wollen den Räten das Recht geben, in wichtigen Fragen von großer Bedeutung für das Wirtschaftsleben Anregung zu geben und Anträge zu stellen. Wir wünschen, daß der Einfluß der Räte sich nicht nur erstreckt auf die Gesetzgebung, sondern auch auf die Verwaltung. Ohne demokratische Verwaltung ist die gesetzliche Demokratie eine Halbwelt. (Sehr richtig!) Die Verwaltung muß kontrolliert werden, nicht nur von oben durch das Parlament, sondern auch von unten durch die Räte. Die Parlamentskontrolle allein genügt nicht, denn auch der Parlamentarier kann ein Bureaucrat sein. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir sehen in der von mir vorgeschlagenen Entwicklung einen ungeheuren Vorteil für die Arbeiterschaft. Es wird hier die Möglichkeit gegeben, verantwortlich an der Erzeugung mitzuwirken. Das ist die einzig mögliche Voraussetzung für wahre Sozialisierung. Die Arbeiter kommen endlich in das Wirtschaftsgetriebe, und so wird die persönliche Befähigung zum Sozialisieren geschaffen werden. Der Arbeiter strebt durch das Rätegremium weiter in das zukünftige Wirtschaftssystem des Sozialismus. Durch die Räte bekommt er eine Vorstellung von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, die uns Karl Marx zuerst gelehrt hat. Wir können das Rätegremium nur dann lebendig gestalten, wenn wir stets anknüpfen an die große Tradition der Arbeiterklasse, wenn sich diese wirtschaftlich und ethisch in der Masse gefaltet, an deren Stelle sie sich setzen will. (Stürmischer Beifall und Handclatschen.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonntag früh 8 Uhr verlagert.

6. Verhandlungstag, den 15. Juni 1919.

Die Kontrollkommission hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Friedrich Bräune-Frankfurt a. M., Stellvertreter Hengsbach, Schriftführer Hermann Müller-Vettdam. Eine Reihe Unterzeichner der Davidschönländers Anträge erklärt, daß sie von einer organisierten Opposition nichts wissen und nichts wissen wollen. (Beifall.)

Es folgt die Weiterberatung der Rätefrage. Gahrn (Korreferent): Ueber den allgemeinen Gedanken der Arbeiterräte hat Singheimer so ausgezeichnet gesprochen, daß ich darüber nichts mehr zu sagen brauche. Aber vor vier Monaten so gesprochen hätte, hätte führenden Parteigenossen als halber Sparakist gegolten. (Sehr wahr!) Mandat würde in der Partei anders stehen und Scharen von Parteigenossen wären nicht davongelaufen, wenn die Führer rechtzeitig die Rätefrage erkannt und gelöst hätten. Die Minister und Parteiführer kennen einfaß die Karre laufen. Sie hatten feinesel Pläne. Erst die Streikbewegungen trotzen ihnen widerwärtige Konzeptionen ab, die niemand befriedigten und auch sachlich nicht genügten. Die letzten Genossen sind in keiner Weise führend und nachweislich vorgegangen. Vor Monaten hätte sich durch rechtzeitiges Erkennen der Rätefrage ein

hilden lassen. Die Regierung ist durch ihre Richtigkeit schuld, daß es nicht gelang, Soll der Weg zur Sozialisierung offen stehen, so müssen wir dafür ein geeignetes Instrument schaffen. Sozialisieren lassen sich einzelne Betriebe überhaupt nicht. Das zu wollen ist Unfinn. Eine neue Produktionsform läßt sich nur für das ganze Gewerbe schaffen. Diese Arbeit durchzuführen, brauchen wir die Produktionskräfte, die paritätisch zusammengelegt sein müssen. Die Arbeiter allein können ein ganzes Gewerbe heute nicht überleben, und die Unternehmer sind als Kenner und Sachverständige nicht zu entbehren. Wir haben sie als Monopolisten des Kapitalismus zu bekämpfen. Aber wir können die wirtschaftlich führenden Männer nicht an jedem Tag aus der Masse heraus erfassen. Aus den Produktionsräten soll die Kammer der Arbeit hervorgehen. Sie wird aus den sachlich geschultesten Leuten bestehen und das Ganze der Wirtschaft übersehen. Bei berufständischer Auswahl kommen die Besten viel eher an die Spitze als in den Parlamenten. Produktionsräte und Kammer der Arbeit werden die außerordentlich gefährlichen Betriebsorganisationen der Allerradikalen überwinden helfen. Sie werden die Produktionsräte heben und der Sozialismus ist nur eine der Methoden, um den Ertrag der Arbeit zu steigern. Ist er infolge weltwirtschaftlicher Verknüpfungen oder aus anderen Gründen nicht produktionsfördernd, so ist er eben abzulehnen. Die Kammer der Arbeit soll die den wirtschaftlichen Fortschritt hemmenden Funktionen des Parlamentarismus überwinden helfen. Dazu bedarf sie geeigneter Macht und weitgehender Befugnisse. Kontrolltätigkeit ist immer nur ein Notbehelf, sie legt übrigens beim Kontrolleur eine viel höhere Sachkenntnis voraus als beim Kontrolleur; die Kammer der Arbeit soll gleichberechtigt mitarbeiten. Die Partei und die Mehrheit schätzen im Volkshaus ihre Regierung unter dem Gesichtspunkt der kollegialen Solidarität. Gegen die Kammer der Arbeit soll sprechen, daß auch die Konservativen sie sympathisch beurteilen. Aber das ist noch kein Argument. Wie schlecht müßte dann unter militärisches System sein, das den Konventionen so ausnehmend gut gefällig. (Gelächter und Zurufe: Ist auch schlecht!) Der Regierungsentwurf will das Reichswirtschaftsrat nur in grundlegenden Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung gutachtlich hören. Ich hoffe, daß die Regierung darin noch gründlich umlernen wird. Während den Betriebsarbeiterräten zu große Befugnisse zugestanden werden, sind die Befugnisse der Produktionsräte nicht weit genug. Dabei sagt die Regierungsvorlage selbst: "Das Solidaritätsgefühl innerhalb der einzelnen Berufsgruppen ist die stärkste wirtschaftliche Macht." Die Wichtigkeit dieser These hat sich an der politischen Stellungnahme der deutschen Bauernschaft klar erwiesen. Gegenüber dieser zweiten Kammer der Arbeit ist das Initiationsrecht des Reichswirtschaftsrats der Regierungsvorlage gering einzuschätzen, denn Regierung und Parlament sind ja eins und gegen die Regierung ist im Parlament auch nichts durchzusetzen. Dieser Vorlesung bedeutet in der Rätefrage, in der es sich um Leben und Sterben der deutschen Wirtschaft handelt, einen neuen Kurs.

Seider bedeutet er nicht auch politisch die Sendung, die man draußen im Lande vielfach erhofft hat. Um so wertvoller, wenn wir wenigstens in der Rätefrage den verwirrenden und betörenden Ruf nach der Rätebittatur zum Schweigen bringen. Hoffen wir, daß es uns gelingt, aus den politischen und wirtschaftlichen Wirren Deutschland zu retten, dem unsere ganze Liebe, unsere ganze Arbeit, unser ganzes Schaffen gehört. (Beifall.)

Kayserling: Es ist keine Schande einzugefesselt, daß wir in der Frage der Arbeiterräte gewisse Schwankungen durchgemacht haben. Im wesentlichen hängen wir an Gedanken, die wir schon im Arbeiterkongress von 1895 niedergelegt haben. Einem autonomen Betriebssozialismus durch die Betriebsräte müssen wir ablehnen. Es ist übrigens gar kein Sozialismus, sondern Syndikalismus und Anarchie. Gewerkschaften und Arbeiterräte können sich ergänzen. Die einen haben viel größere Ueberflucht und Sachkunde, die anderen die genaue Kenntnis und engen Beziehungen zum Produktionsübergang selbst. In Kammern und Ökonomie fühlen sich die Junter wieder als Herren. Deshalb sollte der Parteitag von der preussischen Regierung die Anerkennung und Förderung der Arbeiterräte bis zu dem genannten Termin verlangen. Die Wirtschaftsfrage brauchen nicht unbedingt paritätisch zusammengelegt zu sein. (Beifall.)

Sollmann-Hölln: Wenn wir hier die Richtlinien unserer Stellung festgelegt haben, werden die Genossen die Pflicht haben, sie auch draußen gegenüber dem schädlichen und unsinnigen Schlagwort von Rätebittatur zu vertreten haben. Vorunter wir leiden, ist nicht die Schwäche der Regierung, sondern die geistige Unsicherheit und der Mangel an Mut bei unseren Vertrauensleuten. (Sehr wahr.) Sie getrauen sich nur, die ganze Nationalversammlung und Regierung zum Krücheltum aufzufressen, aber sie sind elende Feiglinge, wenn sie die Politik der Partei gegenüber einem unabhängigen oder einem kommunisten vertreten sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Rätebittatur darf nicht die Ursache neuer politischer und sozialer Stürme und Verwirrungen sein. Das Zweikammerbittatur wäre ein Element dauernder Unruhe. Der Ausbau des Rätebittatur erschein mir wichtiger als zehn neue Sozialisierungsmaßnahmen eise, aus denen und bisher nur mißlungene Fragen angründen. Aber auch die Räte könnten nur zum Sozialismus vordringen führen, wenn die Menschen durch die Schule der sozialistischen Wissenschaft und Ethik gegangen. Die Arbeiter müssen die Erkenntnis behalten, daß die Deutung ihrer Kraft und die Sozialisierung der Wirtschaft nur langsam vor sich gehen kann. Die Räte dürfen nicht der Zummelplatz der Phantasien sein. Die Unternehmer erwarten, daß sich auch die Betriebsarbeiterräte sehr rasch abwirtschaften werden. Da haben wir eine ungeheure Erziehungsarbeit bei den Mitgliedern der Räte zu leisten. Wir haben in Deutschland der Demokratie durch die Revolution zum Siege verholfen. Moge nun auch der Sozialismus siegen mit Hilfe der Demokratie. (Beifall.)

Dittmer-Berlin: Die Rätebewegung ist insofern eine künstliche Mode, als sie einfach russische Vorbilder nachahmt. Dabei sind die Räte doch nur ein

Notbehelf für die fehlende Gewerkschaftsarbeit. Die deutschen Gewerkschaften kämpfen schon viele Jahrzehnte gegen den Herr-in-Haus-Standpunkt und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Freilich wissen sie etwas mehr vom Wirtschaftlichen als die Arbeiterräte, die das Unternehmerkapital im Geldschrank des Betriebes suchen (Gelächter). Das Zweikammersystem würde die Demokratie gefährden.

Bromme-Lübeck: Der russische Anbel für Propaganda der Rätebittatur rollt noch immer im deutschen Lande und Lübeck ist ein Hauptempfangsplatz dafür. Unter keinen Umständen darf die Produktivität der Arbeit, die seit der Revolution vielfach um die Hälfte gesunken ist, noch weiter so gering bleiben, sonst verinken wir in das russische Elend.

Kahnemann-Dresden: Sozialisierung und Rätebittatur sind zu Schlagworten der Politik geworden, mit denen man der Abwanderung nach links glaubt Einhalt bieten zu können. Etwas Haltung war die der verpackten Gelegenheiten; er kam post festum und sollte die Meinung, reaktionär selbst die Führung der Geschäfte zu übernehmen. (Rufe zur: Die Meinung war so gar sehr vorhanden. Gelächter.) Die Zeit des zweiten Rätekongresses war gewiß kritisch. Das hat Cohen für sich ausgegütet und hat zusammen mit Radikal den Rätekongress beschworen, ihre Ideen zu folgen und damit das Land vom Lande fernzuhalten. Nur so konnten diese kranken Ideen eine Mehrheit finden. Der Rätekongress ist mißbraucht worden, wozu sich auch bedauerlicherweise unsere Genossen hergegeben haben.

müssen wir uns hüten.

Bauer: Es ist unrichtig, daß die Partei in der Rätefrage eine Wankung durchgemacht hat. Wir haben schon in den ersten Wochen der Revolution und gegen das Programm der Kommunisten gewendet, "Alle Macht den A. und S. Räten." Das hat auch die damalige Regierung getan, die zur Hälfte aus Unabhängigen bestand. Wenn die Unabhängigen heute eine andere Stellung in der Rätefrage einnehmen, so haben sie sich gewandelt, und nicht wir. Unser Standpunkt ist der alte geblieben. Wenn man der Regierung nachfragt, daß sie nicht genug produktive Arbeit geleistet hat, so müssen sich gerade diese Kritiker an ihre eigene Unfähigkeit halten. Sie übersehen und geradezu mit unproduktiver Arbeit. Jeden Tag muß ich mich persönlich mit Streikvertretungen auseinandersetzen, die unverantwortliche Forderungen stellen und unsere kostbare Zeit rauben. Die Forderungen Einzelheimer und Kapuziner überweist der Parteitag am besten an die Fraktion, da über alle Einzelheiten wohl heute nicht mehr mit Mehrheit entschieden werden kann. Wir müssen viel mehr an politischer Erziehung arbeiten als bisher. Im Augenblick ist die Entwicklung die, daß die radikalste Forderung die größte Zustimmung findet. Vor allem gilt das für die Angestellten, die früher nicht den Mut zu irgend einem Kampf mit den Unternehmern aufbrachten und Leute alles fordern und durchsetzen wollen. Sie halten jeden jungen Mann für den geborenen Betriebsleiter. So geht es nicht weiter. Wir müssen daran festhalten, daß die Betriebsleitung in den Händen verantwortlicher Leute liegt.

Wenn in Hamburg ein so großer Wirrwarr herrscht, so liegt das nicht daran, daß dort die Unabhängigen und Kommunisten viel mehr Einfluß in den Arbeiterräten eingeräumt ist, als ihnen der Zahl nach zusteht. Man hält dort die Partei unter allen Umständen aufrecht. Kürzlich war eine Vertretung der Hamburger Arbeiterräte in Berlin, und diese Unabhängigen und Kommunisten hielten uns Vorträge, in denen ein so großer Unfug verapft wurde, daß einem fast die Verzweiflung überkommen konnte (Gelächter). Sie sagten, daß in Hamburg die Betriebe schon vollständig von den Arbeitern verwaltet würden. Man stelle sich das nur einmal praktisch vor. Auf der einen Seite steht der Inhaber oder das Direktorium, auf der anderen Seite der Betriebsrat. Ein wichtiger Einfluß, von dem Millionen abhängen, steht bevor und muß schnell befestigt werden. Und nun wird zwischen dem Betriebsrat und der Leitung Stunden- oder gar tagelang verhandelt, bis der Einfluß längst von anderer Seite abgesclossen ist. Eine solche Entwicklung ist unmöglich. Wohl aber muß der Arbeiter Einblick erhalten in die Fragen der Arbeitsweise, Anstellung und Arbeitsbedingungen usw. Weiter zu gehen ist unmöglich. Auch in Österreich hat die Befehlsgebung weitergehende Forderungen abgelehnt.

Das Mitbestimmungsrecht darf nicht überspannt werden.

Im Januar und Februar sprach noch kein Mensch davon, und im März aber galt es schon als selbstverständlich, daß kein Angestellter eingestellt oder entlassen werden darf ohne die Zustimmung des Betriebsrates oder Angestelltenausschusses. Natürlich sind viele Schugbestimmungen notwendig. Schon damals haben unabhängige Betriebsräte die Anstellung mehrheitssozialistisch gestimmter Gewerbetreibender verhindern können. (Sehr richtig.) So etwas soll nämlich vorkommen. Das Rätebittaturrecht muß der Betriebsleitung zustehen, natürlich auch unter Beachtung gewisser Kontrollen. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Betriebsräte ist auch von Parteimitgliedern in Grund und Boden kritisiert worden. Man kann aber nicht jungen wanzigjährigen Menschen die Geheimnisse eines großen Betriebes anvertrauen. Vertrauensmänner der Angestellten können nur einigermaßen verständliche Leute werden. Man muß 25 Jahre als Mindestalter nehmen und vielleicht eine dreijährige Beschäftigung im Betriebe. Die Betriebsräte müssen Einrichtungen der Gewerkschaften sein, denn es geht nicht an, daß jeder Betriebsrat in einem Betriebe nach eigenem Gutdünken handelt und waltet. Wir müssen unseren alten Ideen treu bleiben, selbst wenn Hunderttausende nach links abwandern sollten.

Wir dienen damit der Arbeiterklasse und unserem Volk. Wir halten uns frei von allen Ueberreibungen. Wir machen es nicht so wie viele Angestellte, die sich sehr von Renten führen lassen, die in kürzester Zeit mit einem Stüppchen von den bürgerlichen Anschauungen direkt zu den Unabhängigen, ja sogar zu den Kommunisten übergesprungen sind, die die vielfach fatalen und noch unerfahrenen Angestellten für ihre politischen Zwecke ansetzen. (Sehr richtig.) Unsere Stellung ist gegenwärtig nicht einfach. Aber die Genossen sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie die Regierung angreifen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Cohen (Schlußwort): Das Festhalten an der alten Ueberzeugung darf kein farrnes Festhalten sein. Wenn Hunderttausende nach links abwandern, so muß das einen berechtigten Kern hervorzulassen. Wir müssen versuchen, diesen berechtigten Kern herauszufassen. Ob es bei einem Zweikammersystem gut gehen wird, kann heute noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Die Gegenpartei kann aber auch nicht beweisen, daß es unter allen Umständen schlecht gehen muß. Wir wissen nur soviel, daß alle Demokratien der Welt das Zweikammersystem hatten, und daß es nur in ganz seltenen Fällen zu Reibungen gekommen ist. Wenn wir heute dem Reichswirtschaftsrat politische Rechte verweigern würden, er würde sie sich unter schwereren Kämpfen nehmen. Diese Kämpfe sollten wir durch rechtzeitiges Entgegenkommen vermeiden.

Dr. Singheimer (Schlußwort):

Wir bleiben dabei, daß wir eine Kammer der Arbeit mit aller Macht bekämpfen müssen. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo wir im Parlament die Mehrheit für uns gewonnen haben und wo wir dann an dem Ausbau der politischen Freiheiten durch dieses berufständische Parlament gehindert werden. Die deutsche nationale Fraktion der Nationalversammlung hat sich gestern für die berufständische Kammer entschieden. (Vort! Vort!) Wir haben gar keine Veranlassung, Hand in Hand mit den Deutschnationalen für diese alte überlebte Idee einzutreten, denn es handelt sich um nichts Neues. (Sehr richtig!) Gätten wir uns davor, Postulationen nachzugeben. Die Demokratie heißt die Wunden selbst, die sie schlägt. Das hat Zufälle einmal treffend gesagt. Das Führerproblem in der politischen Demokratie wird jetzt von neuem gestellt werden. Das Wesen der Demokratie besteht darin, daß die Fähigkeiten an die geeigneten Stellen kommen. Ein Uebermaß an Kontrolle lehnen wir ab. Nur soll der parlamentarischen Kontrolle von oben die Kontrolle von unten durch die Arbeiterräte an die Seite gestellt werden. Diese Kontrolle ist für die gesamte Verwaltung von Wert, auch für die Verwaltung der Gemeinde. Deshalb bedauere ich, daß in diese Entwicklung durch einen Erlaß der preussischen Regierung eingegriffen worden ist. (Sehr richtig!) Die Regierung von heute darf nie vergessen, daß sie ein Produkt der Revolution und aus den Arbeitervertretern hervorgegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Es wäre zu wünschen, daß die Regierung diese Verluste niemals vergessen würde. Die Regierung darf in der Rätefrage nicht erst handeln, wenn die Klammern schon emporgeschlagen. Eine Regierung muß weiter leben, als wir ändern. Sie darf sich nicht vor fertige Tatsachen gestellt sein. Das wäre die verhängnisvolle Regierungsmethode des „zu spät". Dieses idyllische Motto „zu spät" darf nicht wieder zum Motto einer Regierung werden. Unsere Regierung muß sich in speyerisch und vorangehend die notwendigen Maßnahmen treffen. Noch ist es nicht zu spät. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung wird der Standpunkt Cohens gegen eine Stimme abgelehnt.

lein werden gegen diese eine Stimme angenommen. Ein Antrag, das Rätebittatur bei der Eisenbahn einzuführen, wird abgelehnt.

In den Vorschlagsauschuss werden gewählt: Frau Bohm-Schau, Prof. Cunow, Dr. Franz Diederichs, Gehmann, Korn, Heinrich Schulz, Hellmann, Löbe und Schred.

Die Wahl des Orts des nächsten Parteitages wird dem Parteivorstand überlassen. Es folgt die Erledigung der noch vorliegenden Anträge. Ein Antrag, am Wahltag die Kinos und Theater zu schließen, damit die Wahlhandlung durch nichts beeinträchtigt wird, wird abgelehnt. — Angenommen wird ein Antrag Frankfurt a. M., wonach alle Fürsten und früheren Throninhaber ohne Pension abgefunden werden sollen. — Anträge auf Schaffung eines zeitgemäßen kommunalpolitischen Programmes gehen an den Parteivorstand, ebenso Anträge auf Berechtigung von Säuberungsgeldern vor den Toten der Großstadt zugunsten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten. Auch an den Parteivorstand geht der Antrag auf Schaffung eines sozialdemokratischen Bauernvereins, ebenso der Antrag auf Anstellung von zwei weiteren Sekretären im Parteivorstand. Abgelehnt wird der Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Weltsprache. — Einstimmige Annahme findet ein Antrag, der dem Münchener Kommunisten Toller das Schicksal Revins ersparen will.

Einstimmig verurteilt werden alle Gewaltaktionen von links und von rechts. Es wird die Forderung erhoben, daß gegen die Attentäter der Minister Auer und Keuring rücksichtslos vorgegangen wird. — Anträge auf Besserung des Loos der Arztees angefangen werden einstimmig zum Beschluß erhoben, ebenso auf lebhaftem Weise ein Antrag Saarbrücken, der für den Fall, daß der Friedensvertrag die Lösung des Saargebietes von Deutschland enthält, den Parteivorstand beauftragt, kein Mittel unversucht zu lassen, um die organisatorischen Beziehungen mit der Parteiorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.

Schließlich wird angenommen ein Antrag Herrn Müller-Davidson: „Der Parteitag verurteilt alle Uebergriffe, die sich deutschen Truppenführer und Truppen gegen die rechtmässigen Volksgeregungen Deutschlands und Englands haben zuschulden kommen lassen. Das Selbstbestimmungsrecht des lettischen und estnischen Volkes muß in jeder Weise geschützt werden. Der Parteitag fordert, daß die von den lettischen und estnischen sozialistischen Parteien über diese mitgeteilten Behauptungen schleunigst nachgeprüft und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Er fordert ferner, daß die noch im Baltikum stehenden deutschen Truppen schleunigst zurückgezogen werden. Die Kampfhandlungen sind sofort einzustellen, da für die Zwecke deutscher Truppen kein Truppen deutschen Volkes verpackt werden darf. Gegenüber den Entente-regierungen hat die deutsche Regierung auf der schleunigen Zurückziehung der deutschen Truppen zu bestehen. Der Parteitag erwartet weiter, daß die Regierung alle zulässigen Mittel anwendet, um das Ueberlaufen deutscher Soldaten zur baltischen Landeswehr zu verhindern, das seit Mitte Mai eingreift hat. Offiziere, denen die Begünstigung dieser Ueberläufer nachgewiesen werden kann, sind sofort zu entlassen. Die deutschen Soldaten sind ferner darüber anzuklären, daß sie im Falle des Ueberlaufens nicht nur des Schutzes der deutschen Republik verweigern, sondern sich im Falle späterer Rückkehr auch der Befehle der Regierung wegen Ueberlaufens aussetzen. Die Soldaten sind vor den Landverbrechungen zu warnen, da das lettische Volk nach dem Kriege eine Anstiedungspolitik nicht dulden wird, die in irgend einer Form eine Wiederanfrischung und Vormachtstellung der Junker im Baltikum ermöglichen würde.“

Vors. Schulz:

Kannmehr sind sämtliche Anträge erledigt und unsere Verhandlungen zu Ende. Unser Parteitag ist ohne überraschende Außerer Störungen verlaufen. Wir haben die Verhandlungen ohne Ueberbittatur in krasser konzentrierter Erledigung zu Ende führen können und haben in allen Fällen einheitliche Entscheidungen herbeigeführt.

Der Parteitag ist auch durch die ungeheure Erregung des gesamten politischen Lebens nicht gestört worden. Es war unser erster Parteitag seit dem Siege der Revolution. Wenn wir von dem Würzburger Parteitag absehen, der erste Parteitag seit zehn Jahren. Welche gewaltige Veränderungen haben sich seitdem vollzogen. Die ganze Welt ist grundfährzend verändert worden. Wir stehen seitdem mitten in der Weltrevolution. Der Krieg war bereits Revolution, war die gewalttätige Liquidation der Weltperiode des Kapitalismus. Aus dem Blutmeer des Krieges, aus den Trümmern der zusammenbrechenden alten Welt erhebt sich der Sozialismus als Bringer des Weltfriedens und Erlösung vom Joch der Ausbeutung und des Militarismus. Wenn wir wirklich Revolutionäre im Sinne von Karl Marx und nicht nur Philosophen im Hausabzins im wollen, können wir die Weltgeschichte von ihrem höheren historischen Standpunkte aus überblicken, würdigen und gestalten helfen. (Beifall.) Wohl mochten die Verhältnisse den Menschen und es ist deshalb nativ, wenn einzelne glauben, die Revolution sei ihr Werk. Aber die Menschen gestalten auch die Verhältnisse. Gerade darum sind wir ja eine sozialdemokratische Partei und unsere ganze unermüdliche jahrelange Arbeit hat die Ereignisse vorbereitet, die wir jetzt durchleben. Darum sind wir Sozialdemokraten, als die Zeit erfüllt ward, am 9. November auf den Plan getreten und haben dafür gefordert, daß

die Revolution weder erzwungen wird, noch durch den Fanatismus ungezügelter Elemente zu Fall gebracht wurde.

Möge sie ihr legendbringendes Werk vollbringen bis zum Ende zum Heile der Menschheit. (Beifall.) Diesem Zweck hat auch der jetzt geendete Parteitag mitgedient. (Bravo!) Wir haben uns an ihm um die Erreichung des Weltfriedens bemüht, aber auch um die Wiederaufrichtung des eigenen unglücklichen und von uns allen doch sehr geliebten deutschen Volkes. Die Fidelity verlannt und anerkannt ihrem geliebten Mann dient, und alle Waisen erst fallen läßt, als der Verbode den Stahl auf das Herz zude, so haben die deutschen Arbeiter jahrzehntlang unerkannt und verkannt um das deutsche Volk gedient und gelitten. Erst jetzt, da die Macht steigender Gewaltthäter unsern geliebten Volk das Messer an die Kehle legt, enthüllen seine Arbeiter den letzten und besten Kern ihres Wesens. Jetzt springen sie überall für das gefährdete deutsche Land in die Bresche. Ohne die deutschen Arbeiter, ohne die deutsche Sozialdemokratie kein Deutschland, in dem zu leben, für das zu wirken sich lohnt. (Stürmischer Beifall.) Aber sie tun das nicht nur um Deutschlands willen sondern im Sinne Pflichtes, der Patriot war, weil er Revolutionär war. Wir wollen das freie Deutschland als Mittel der Freiheit überhaupt. Nur ein freies Deutschland kann die Freiheit gründen wie Feld im Meer, nur ein freies Deutschland kann die Fundamente der sozialistischen Wirtschaftsordnung legen, nur ein freies Deutschland kann den sozialistischen Wäldern die Hand reichen zum gemeinsamen Kampfe gegen die kapitalistische und militarische Herrschaft zum Wiederaufbau der sozialistischen Internationale, der Vorkämpferin und zuverlässigen Stütze des Völkerbundes. (Bravo.) Möge der Parteitag diesem hohen Ziele gedient haben. Möge er den Wiedererstehenden trösten und den Zweifelnden und Zaudernden draußen gezeigt haben:

Eine neue Zeit ist da. Wir schmieden das Eisen, schmiedet es mit uns. (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie als Glied der revolutionären sozialistischen Internationale, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert in den Hochruf ein und singen die Internationale. Schluß 1 Uhr.

Groß-Berlin

Berlin ohne Zeitungen.

Seit Sonnabendfrüh war Berlin ohne Zeitungen. Infolge eines allgemeinen Ausstandes der Buchdruckereihilfsarbeiter lagen fast sämtliche Betriebe still.

Das ist jedoch nicht der Fall, es handelt sich um einen rein wirtschaftlichen Streik der Buchdruckereihilfsarbeiter. Das Gerücht von einem politischen Streik ist falsch.

Infolge des Streiks sind wir gezwungen, viele Mitteilungen, die veraltet oder überholt sind, nun nicht mehr zu bringen, andere nur ganz kurz.

Der Magistrat fordert in dringender Depesche von der Reichsregierung Abhilfe gegen die unerträgliche Fleischnot in den Großstädten und Erzwingung der Pflichtlieferungen an Vieh.

Gegen einen Flughafen auf dem Tempelhofer Feld wandte sich der Verbandsausschuß Groß-Berlin; es gebe mehrere andere geeignete Plätze dafür weiter draußen.

Für Jalanderer in Brandenburg außer Groß-Berlin ist als Richtpreis für den Erzeuger 60 Pf. festgesetzt.

Die Einwohnerwehren betonten Sonntag im Zirkus Busch, daß sie nur zur Abwehr gegen Verbrechen und Terror gegründet sind.

Die teuren und geringwertigen Sardellen sind nicht legal eingeführt, sondern eingeschmuggelt. Solche Geldverschwendung schädigt unsere Kaufkraft für wirkliche Nahrungsmittel.

Der Vollmilchpreis ist auf 80 Pf. pro Liter erhöht. Man erhofft davon verstärkte Zufuhr.

Emil Eichhorn war in den letzten beiden Tagen in Berlin, ohne das freie Geleit in Anspruch zu nehmen. Er soll nach Magdeburg weitergereist sein.

Im Vollzugsrat Groß-Berlin versuchten Sonnabendnachmittag Regierungstruppen zwei von ihnen gefaschte Leute zu verhaften, die das Haus des Vollzugsrats als ihre Wohnung angegeben hatten. Sie waren aber nicht da.

Es soll Dr. Levi gefaßt worden sein. Polizeipräsident und Reichswehrministerium erklärten, den Auftrag zu der Aktion nicht erteilt zu haben.

Die Beisetzung Rosa Luxemburgs.

Neben dem Grabe Karl Liebknechts war das Grab für Rosa Luxemburg gegraben. Nach dem einleitenden Trauermarsch der Kapelle sprach dann als erster Dr. Levo - Stuttgart. Er schilderte die Verstorbene als den gütigen Menschen mit dem edlen Willen und dem leidenschaftlichen Herzen.

In langer Reihe zogen sämtliche Teilnehmer an dem offenen Grabe vorbei und jeder warf eine Hand voll Erde als Abschiedsgruß hinab. Um 5.30 war die Trauerfeier beendet.

Parteiheute selbst am Sarge.

Welche Stimmung durch die wahnsinnige Dege, die von einer gewissen Seite getrieben wird, in einem Teil der Arbeiterschaft gegen den anderen hervorgerufen und geschürt wird, wird durch einen Vorfall, der sich bei der Beerdigung der Genossin Rosa Luxemburg abgespielt, grell beleuchtet.

Es muß aber auch vor allen Dingen festgehalten werden, daß sich dieser Vorfall unter den Augen von Personen abspielte, die sonst bei jeder Gelegenheit und zwar auch als Mitglieder des Vollzugsrats ständig das große Wort für die Menschlichkeit im Munde führen, ohne daß diese auch nur ein Wort der Mißbilligung gegenüber einem so pietätlosen Vorgehen gefunden hätten.

Augenblicke mehr denn je die Einigkeit des Proletariats vorzuden ist. Es ist die tiefste Schande für jene Kreise, daß man auch diesen feierlichen Akt und die Tote selbst dadurch entehrt hat, daß man sie als Propagandaleiche behandelt.

Gebühren und Urlaub für Lazarettfranke.

Gleichstellung mit der Reichswehr.

Durch eine Verfügung der Regierung werden den Lazarett-Zusassen folgende bedeutende Verbesserungen eingeräumt:

1. Ab 1. Juni wird den löhnungsempfangenden Reichswehrangehörigen bei Aufnahme in ein Lazarett, Krankenhaus oder eine andere Heilanstalt neben der dienstgradmäßigen Löhnung die Reichswehraulaage ungeschmälert gezahlt.

Die Lazarettfranken des alten stehenden Heeres erhalten ab 1. Juni den Unterschied zwischen den ihnen jetzt zustehenden Gehältern und denen, die sie als Angehörige der Reichswehr erhalten würden, als Zuschuß.

2. Lazarettfranke des alten stehenden Heeres erhalten einen Anspruch auf einen 14-tägigen Urlaub, soweit sie seit einem halben Jahre nicht beurlaubt waren.

Während dieses Urlaubs oder Verurlaubung aus ärztlichen Gründen wird auch freie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Gebühr nach Ziffer 1 Verpflegungsgeld (zurzeit 2,70 M.) ist unentgeltlich zu zahlen. Dies gilt nicht für einen kurzen Urlaub (z. B. an Sonntag und Festtagen), der nach einem 14-tägigen Urlaub nicht zur Anrechnung kommt.

Vertrauensleute der Groß-Betriebe und Lazarettinsassen.

Am 28. Juni soll in Frankfurt a. M. ein Kongreß aller Lazarettinsassen Deutschlands stattfinden. Die erforderlichen Mittel dafür müssen durch Sammlungen aufgebracht werden. Denkt daran, daß die Lazarettinsassen die Stätten sind, in denen die durch den völkermordenden Krieg Verwundeten Genesung und Heilung finden sollen!

Lazarettkommission Groß-Berlin. Hundertmarkt, Schwanebeck.

Das Begräbnis der „R. S. W.“

Nun hat auch sie ihr Leben ausgehaucht, man hat sie in aller Stille zu Grabe getragen, lang- und langsam. Wenn sie, die „R. S. W.“, auch manchmal das Schmerzenskind des Gouvernements Berlin gemessen, so haben sich einzelne Depots doch in den Sturmtagen glänzend bewährt und haben ihre Haut für die Regierung zu Parle getragen, welche sich in den Spartaufstößen gezwungen sah, eine Einrichtung zu schaffen, auf die sie sich stützen konnte.

Chemalige R. S. W.-Leute werden, wie man uns schreibt, von der Aufnahme in die Reichswehr (Zurmsstraße) zurückgewiesen. Offenbar glaubt man dort, daß seien alles Spartaufstöße und weiß nicht, daß ein großer Teil Mitglieder unserer Partei waren. Wir erwarten, daß solche Abweisungen nicht mehr vorkommen.

„Alles fürs Vaterland.“

Zur Nachahmung und Belehrung wird in Volksschulbüchern und reaktionären Zeitungen erzählt, wie beim Kriegsausbruch ein armes Dienstmädchen ihre Sparroschen fürs Vaterland opfert, eine verlassene Witwe ihren Trauring, ihre letzte Habe, ja, ein armes junges Mädchen sogar ihr langes Haar. Was soll man aber sagen, wenn man jetzt die Anzeige der Potsdamer Armada des verlassenen Kronprinzessin liest, womit diese kundtun, daß Herrn Friedrich Wilhelm unter anderen Kostbarkeiten vierundzwanzig silberne und goldene Zigaretten, bism. Zigaretten, teilweise mit Juwelen besetzt, gestohlen sind.

Zuendausschlußkonferenz für Groß-Berlin. In der Diskussion wurde Trennung der Altersklassen der 14-17- und 17-20jährigen verlangt und lebhaft bedauert, daß der Parteitag dies abgelehnt hat. Eine Resolution, die dagegen protestierte und verlangte, daß der nächste Parteitag diesen Beschluß wieder aufheben solle, wurde angenommen.

Busch-Vorbereitungen.

Eine Lokalrezension meldet, daß in den letzten Wochen von Wustfischen Waffen in größeren Mengen beschafft wurden. Der Waffentausch bei einzelnen Truppenteilen ist von einer ausgedehnten Propaganda begleitet gewesen, die in einzelnen Fällen zum Ziel

führte. Man hat namentlich versucht, bei den noch bestehenden alten Formationen, den Abwärtsskommandos, Gewehre, Munition und Maschinengewehre zu „laufen“, d. h. die mit der Verwaltung betrauten Soldaten und Kammerunteroffiziere zu bestechen. Es ist den Beauftragten der vorsichtig im Dunkeln bleibenden Hintermänner auch tatsächlich gelungen, sich in den Besitz von Waffen zu legen.

Räte-Vollversammlung.

Mittwoch, 10 Uhr, findet in den Germania Sälen, Chausseestraße Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte sowie der Delegierten der Soldaterräte statt.

Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Gegenstand über die Betriebsräte. Richard Müller, Fritz Pralat. S. P. D.-Räte, erscheint vollzählig!

Heute, Dienstag, 1/2 12 Uhr, Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte - Herrenhaus: 1. Parität, Stadtverordnete usw. 2. Stellung zur Neuwahl der kommunalen Arbeiterräte. 3. Stellungnahme zum Schleißhandel.

Die Zahl der Erwerbslosen in Berlin ist im Mai von 174 000 auf 161 000 gesunken. Die Summe der während des Mai ausbezahlten Unterstützungen beläuft sich auf rund 18 800 000 M. Die Gesamtaufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge in Berlin Ende Mai haben damit über 120 Millionen erreicht.

Das Personal der Hoch- und Untergrundbahn hielt in der Betriebspause vom Freitag zum Sonnabend eine Versammlung auf dem Bahnhof Gleisdreieck ab. Das Wirtschaftspräsidium läuft Ende Juni ab. Jetzt handelte es sich um eine 600-M.-Zulage. Es wurde eine Einigung erzielt, der drohende Streik ist bemiendet.

Deutscher Sozialkongreß. Parteigenossen, die bereit sind, während des vom 21. bis 23. Juni in Berlin tagenden Deutschen Sozialkongresses Delegierte bei sich aufzunehmen, werden gebeten, dies umgehend dem Kongreßbureau, Berlin W 66, Herrenhaus, Zimmer 9, mitzuteilen.

Die Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte ist neuerdings verlängert, auf den 1. September hinausgeschoben. Bis zum 1. September 1919 hofft die Regierung durch die gesetzliche Regelung des Einstellungszwanges für Schwerbeschädigte, die der Reichsministerpräsident kürzlich angefordert hat, die Beschäftigung der Schwerbeschädigten für die Dauer sicherzustellen.

Schöneberg. Stadtverordnetenversammlung. Nach dem Vortag Berlins will Schöneberg den Beamten, Angestellten und Lehrern eine Entschädigungsumme geben. Der Magistrat beantragte für Becheiratete 1200 M., für Unverheiratete 1000 M., für jedes Kind 200 M., für Pensionäre und Hinterbliebene entsprechende Beträge. Bei nichtständigen Hilfskräften und bei Arbeitern hält er nach den letzten Aufstellungen keine Entschädigungssumme für nötig.

In Oranienburg. Wilhelmsr. 12/14 besteht ab 18. Juni eine Zweigstelle der Niederbarnimer Ortskrankenkasse.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Milch. Ab 16. Juni auf Magermilchmarken I, II, III bezahlte jeweils monatlich einmal je 1 Liter Magermilch oder Buttermilch zum Preise von 44 Pf.

Eine Verwendung der Groß-Berliner Kaffee-Erntefarte für andere Lebensmittel ist nicht möglich, weil das Gebiet, in dem sie höher gilt, ein wesentlich anderes ist als das des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin. Die Karte braucht daher nicht weiter aufbewahrt zu werden.

Verlorene Karten werden nicht ersetzt. Die Gemeinde Velten und Friedrichshagen weisen erneut darauf hin, es ist aber überall so. Berlin. Ab Montag gegen Abkmit P Bezugskarte 2 Pfund Kartoffeln. 100 Gramm ausländisches Suppenmehl oder lichte Suppen (32), 250 Gramm Graupen (33), 100 Gramm inländisches Rindermehl (42), für Jugendliche 200 Gramm Pasterflocken (35, 36). Abkmit bis 18. Juni abzugeben. 500 Gramm Krutchen (26) beim Inderverkäufer. - An dieser Woche darf Brot und Mehl nur auf die Kartelle abgegeben und entnommen werden, deren Abkmit das Etikett mit „P. 01“ und „R. S. H. V. E. S. V.“ tragen. Bis 18. Juni im 2., 3., 184., 148., 218., 235. und 242. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Röhre. - 125 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte (S 6) bei dem Fleischverwalter. Der noch nicht eingetragene ist, kann sich im Bureau für Fleischverwertung, Neue Friedländerstr. 1, nachtragen lassen. Antrag auf schriftliche Fleischkarte und Ausweis, daß Antragsteller in Berlin wohnt, mit einzureichen. Der das teure Fleischfleisch nicht kaufen will, kann als Ersatz dafür Röhrmittel (das Graupen!) in doppelter Menge beziehen, direkt gegen Fleischmarken.

Charlottenburg. 250 Gramm Fleisch oder Erbsen laut besonderer Bekanntmachung, 100 Gramm Süssigkeiten (33), 150 Gramm Suppen (34), 250 Gramm Kaffeebohnen (35), 100 Gramm Weizenmehl (37), 100 Gramm Karotten (36), 50 Gramm Margarine (O 5). Ausländ. Schweinefleisch, erzeugnisse (S 6), Auslandsmehl, zunächst noch unbekannt, 1/2 Pfund Rührgewürz (18), 217. 7. g., 217 und q vorzugsweise), 1/2 Pfund Salzbohnen (24, Serie I-IV).

Bismarckstr. 250 Gramm Fleisch oder Erbsen in Rührmittel (25), 250 Gramm Karotten (35), 100 Gramm Margarine, 200 Gramm Süßigkeiten (S), 250 Gramm Zolgerlöcher (U). Für werbende Käse bis 4-6. Konat bis 18. Juni zwei Dosen amerikanische, fonder. Vollmilch durch das Lebensmittelamt, Kadenische Straße 43/44, Ordehoch recht. Utter für Arente (25) Ende der Woche.

Schöneberg. Bis zum 17. Juni Voranmeldung für 1/2 Pfund. Amerikamehl (Q 6), 500 gr Rühnmittel (25) und 150 gr Suppen (34). Ausgegeben werden: 1/2 Pfund Amerikamehl (P 5), 300 gr Suppen (31, 32), 500 gr Zerkleinertes, 200 gr Haserlöcher für Jugendliche (33, 36). In den Brotkommissionenbezirken 3, 4, 5 und 8 1/2 Pfund Salze (Brotgüte). 125 gr Schweinefleischprodukte (S 6) bis 22. Juni.

Nestlé. 600 Gramm Teigwaren und 250 Gramm Suppen, vorzugsweise 400 Gramm Rühnmittel, ein Briefchen Süßholz (H). Am 11. Brotkommissionenbezirk 125 Gramm Käse.

Steglitz. Bis 17. Juni (29 und 31) 300 Gr. Suppen, 100 Gramm Rühnmittel (30) oder 100 Gramm Haserlöcher. An werbende Käse bis 17. Juni 1000 Gramm Grieß, 500 Gramm Zwieback (17 K). - Anmeldeung von Zucker vom 16.-21. Juni. - Bis 17. Juni Anmeldung von amerikan. Weizenmehl (Q 6), Gerste (29), Suppen (34), Brotanfertigung (24).

Grün. Wer das Auslandsgeschäftlich zum Preise von 11 R. nicht betreiben will oder kann, erhält nach Aufgabe der verschickbaren Mengen als Ersatz zwei Rühnmittel, Erbsen und Bohnen, auf jeden Fleischwarenabschnitt 50 Gramm, im ganzen 100 Gramm. Es steht frei, von den Fleischwaren nur einen Teil zum Ankauf von Auslandsmehl, den Rest zur Beschaffung von Rühnmitteln zu verwenden. Bis 22. Juni in der Verkaufsstelle der Gemeinde 150 Gramm Grieß (29), für Jugendliche 200 Gramm Rühnmittel (35, 36), Sonderzubereitung (7). Ferner: Bodenische Pfannkuchen, Saure Sahne, 1 Bund-Dosen Erbsen usw. Verkauf beginnt für die Schulnummern Montag, dann weiter 3701-2700 Dienstag, 2699-1800 Mittwoch, 1799-900 Donnerstag, 899-1 Freitag.

Zeig. Abkdn. 53 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Rühnmittel (Erbsen), Rühnmittel. Abkdn. 34 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Kaffeebohnen. Abkdn. Q 6 der Einzelkarte 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl. Abkdn. 36 der Sonderlebensmittelliste für Jugendliche 1/2 Pfund Haserlöcher. Abkdn. 29 der Sonderlebensmittelliste für Kinder bis zu 7 Jahren 1/2 Pfund Rühnmittel. Verkäufe vom 18. Juni ab.

Niederbarnheimer. Auf Abkdn. 39 (Kinder bis zu zwei Jahren) 1/2 Pfund Haserlöcher, 2 Paquet Reis. Abkdn. 15 (Kriegsbeschädigte) 1/2 Pfund Haserlöcher. Abkdn. V 7 1/2 Pfund amerikanisches Weizenmehl. Abkdn. 27 400 Gramm Rühnmittel. Abkdn. 34 150 Gramm Suppen oder 3 Rühnmittel. Kartofeln 5 Pfund, vom 16. Juni ab, das Pfund zu 25 Pfg. Bodenmenge Butter 30 Gramm, Brotzeit 100 Gramm.

Noroweb. Fleisch- und Rühnmitteln käuflich bei den bekannten Händlern marktfrei gegen weissen Hausbescheid. - Cuppenmehl 2 Stück (31). Marmelade 125 Gramm (3). Salze 1 Dose (6). Lebzügels 1 Paquet (37). Ferner 1 Hering, Mittwoch und Donnerstag, Freitag und Dienstag, Abkdn. 31, 5, 6 und 35 abgeben. - Bekanntmachung betr. Aufgabe von amerikanischen Schweinefleischprodukten. Sonntag 125 Gramm amerik. Schweinefleischprodukt. - Auf 65 und Außerhalbkarte, Juni, Ausgabe vom Zucker. Von Montag bis Mittwoch Abkdn. 65 und Zerkleinertes gegen Bescheinigung abgeben. - Gutes geordnetes Getreidelager (Lose und in Säcken) auf Lager. Lieferheime im Rathaus, Nummer 6, 8-1 Uhr. - Vollmilchpreis 76 Pfg. und Roggenmehl 40 Pfg. und Haus 4 Pfg. mehr. - In dieser Woche darf Brot und Mehl nur auf die Brotliste abgegeben und entnommen werden, deren Abkdn. das Stadtdr. Brot und Mehlversorgung tragen.

Heinrichsdorf. Nur am 16. und 17. Juni auf Kartofelnkarten vom 15. Juni bis 12. Juli 5 Pfund (89-92), Dienstag (E, Z 4) 250 gr aus-

ländisches Weizenmehl oder Inlandsmehl, 1 Päckchen Kondensmilch für Kinder vom 2. bis 14. Lebensjahre (Kinder-Kartofeln).
Wartenberg. 150 gr Rühnmittel, 300 gr Grieß und 100 gr Suppen (29, 30, 31). Karten bildend. Donnerstag vorliegen. - Auf braune Karten je 1/2 Pfund ausländische Kaffeebohnen in den Gemeindepaketen. Für die 21. 6. nicht abgeholte Ware erhält das Bezugsrecht. Gemeinde verkauft händlich freibleibend Salzbohnen und Haserlöcher. - Auf Juni-Kartofelnkarten, Eingangs-Rathausstraße, für A-H Dienstag, I-P Mittwoch, Q-Z Donnerstag 8 bis 12 Uhr. - Mit Geltung vom 16. 6. erhalten Kinder im 7. Lebensjahre die Lebensmittelkarte für Jugendliche. Ausgabe in den zuständigen Brotkommissionen gegen Geburtsurkunde.
Reinickendorf. 150 Gramm Suppen (34). Abkdn. bis Dienstag abgeben. 250 Gramm Rühnmittel (35). Abkdn. bis 20. Juni abgeben. Bis 22. Juni 250 Gramm Amerikamehl (V 7). Anmeldung bis 17. Juni.
Spandau. 1/2 Pfund Weizenmehl oder Dinkel (250). - Ersatz für gekürzte Kartoffelkartoffeln 1000 Gramm Brot (Kartoffelbrot) (29). 1/2 Pfund Amerikamehl oder Inlandsmehl (29) gültig bis 25. Juni.
Spandau. Bezugsheime an Geschäftsleute für Kartofelkartoffeln im Nummer 450 des Rathauses. Nach in Geschäftlichen beständliches Rühnmittelmehl darf von jetzt ab marktfrei verkauft werden.
Südende. Im Hause Gärtnerstraße 11 Ecke Krossener Straße am Vorhänger Platz eröffnet die Stadt einen Verkauf von Obst und Gemüse. Das Publikum soll mit guter und preiswerter Ware bedient werden. - 150 Gramm Weizenmehl (31), 500 Gramm Rühnmittel (35). Freie Rühnmittel und Seelische (304 E. J. G. K.). Rühnmitteln (363 E. J. G. K.). - Auf Urlauberausgaben: 100 Gramm Rühnmittel und 250 Gramm Marmelade.
Südende. 200 Gramm ausländisches Schweinefleisch und höchstens 50 Gramm Knochen. - Dinkel Weizenmehl 125 Gr. (40) bis Dienstag, 50 Gr. Margarine (9). - Rühnmittel als Ersatz für Schweinefleisch bis Mittwoch (29), kein Nachverkauf. Auf den Wochenabschnitt über 250 Gramm 500 Gramm zur Hälfte Weizenmehl und Rühnmittel (35), 40 Gramm Butter, 30 Gramm Margarine, 150 Gramm Teigwaren (33), 250 Gramm Marmelade oder Kartoffeln (26), 375 Gramm Zucker (35).
Tobnisch. 1/2 Pfund Rühnmittel (445), 1/2 Pfund Rühnmittel (449), 1/2 Pfund Dinkel (450) oder Erbsen (450), für Jugendliche 125 Gramm Erbsen (37), für Kinder von 1-3 Jahren, Kranke und werbende Mütter gegen Hausbescheid auf Märkten ein Paquet Haserlöcher.
Treptow. 150 Gramm Suppenmehl (32), 100 Gramm Grieß für Jugendliche (36), 1/2 Pfund Haserlöcher (34), 50 Gramm Margarine (O 5), 250 Gramm Auslandsmehl (V 7), 1/2 Pfund Rühnmittel (18).
Ullrichs. 100 Gramm Rühnmittel, Grieß und 250 Gramm Suppen (32), 250 Gramm Dinkel (33), 125 Gramm Auslandsmehlprodukte (26), 250 Gramm Auslandsmehl oder 94pro. Weizenmehl (V 7), 50 Gramm Margarine (G 3). Anmeldung der Abkdn. bis Dienstag.
Tempelhof. 150 Gramm Suppen (29); 100 Gramm Grieß (35), 100 Gramm für Jugendliche; für Kinder Vollmilchkartoffeln B I und B II, 1 Pfund Haserlöcher und 4 Paquet Rühnmittel; 500 Gramm Rühnmittel (29); 1 Dose amerikanische fonderliche Milch für Kinder (R 1).
Wartenberg. 150 Gramm Rühnmittel (34).
Wohlfahrt. 400 Gramm Marmelade (27), 200 Gramm Grieß (28). Anmeldungen bis einhalb. Mittwoch.
Wittenberg. 50 Gramm Brotzeit (N Z 2).

Bekanntmachung.
 1. So entfallen auf den Abschnitt 32 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
 150 gr ausl. Suppenmehl od. lose Suppen,
 auf den Abschnitt 33
 200 gr Graupen
 und auf den Abschnitt 42
 500 gr inf. Rühnmittel,
 ferner auf die Abschnitte 33, 36 der Lebensmittelkarte für Jugendliche
 je 100 gr, zusammen 200 gr Haserlöcher.
 2. Die Preise werden durch Ausschlag in den Kleinhandels-
 geschäften bekanntgemacht werden.
 3. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die An-
 meldungen vom Sonntag, den 15. Juni, bis zum
 Mittwoch, den 18. Juni 1919, bei den Kleinhändlern ab-
 gegeben.
 4. Die Kleinhändler haben die Anmeldebekanntmachung zu den
 oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am
 18. Juni 1919 abzugeben.
 5. Nicht abgeholte Ware erfüllt mit dem 18. Juli 1919.
 Berlin, den 14. Juni 1919.

Bekanntmachung.
 In der Woche vom 15. bis 22. Juni 1919 gelangen auf den Kopf der Bevölkerung 125 Gramm amerikanisches Schweinefleischprodukt zum Preise von 1,85 R. zur Ausgabe. Der Bezug erfolgt gegen Abgabe des Abschnitts S 6 der Einfuhrkarte bei dem Fleischverkaufer, in dessen Kundenteil der Bezugsberechtigter eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, kann seine Eintragung bei der Abteilung für Fleischversorgung, Neue Friedenstr. 1, während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr oder schriftlich beantragen. Die Fleischkarte und ein Ausweis, aus dem ersichtlich ist, daß der Eintragende in Berlin wohnt, sind hiermit vorzuliegen.
 Da eine Garantie für Frischfleischpreis nicht übernommen werden kann, wird dringend empfohlen, die amerikanischen Schweinefleischprodukte nur gargekocht oder durchgebraten zu genießen.
 Berlin, den 12. Juni 1919.
 Magistrat.
 Wermuth.

Bekanntmachung.
 Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 9 der Verordnung vom 18. März 1919 (S. 10, S. 113) über die Regelung der Arbeitszeit während der Zeit des wirtschaftlichen Notstandes auch die Geschäfte der Lebensmittel- und Getreidewirtschaft der Lebensmittel- und Getreidewirtschaft unterliegen. Ihre Ausübung der Lebensmittel- und Getreidewirtschaft muß den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 22. Juni 1919 - 423 V. S. 1a 18 - über das Offenhalten der Fleischläden und in Abänderung der den gleichen Gegenstand betreffenden Bekanntmachung vom 13. September 1917 - 1114 V. S. 1a 17 - wird daher bestimmt, daß die Fleisch- und Fleischwarenverkaufer bis auf weiteres verpflichtet sind, Dienstags, Freitags und Sonnabends ihre Verkaufsstellen auch nachmittags von 3 bis 7 Uhr offenzuhalten. Sonntags sind die Fleischläden innerhalb der polizeilich erlaubten Verkaufszeit offen zu halten, sobald Fleisch und Fleischwaren vorhanden sind. Wundersfalls sind im Schaufenster oder außen an den Geschäftsfotografen an bequemer Lesbarer Stelle ein Ausweis mit der Aufschrift: „Ware ausverkauft“ anzubringen. Über diesen Ausweisungen darüber handelt, wird von uns mit Fleisch nicht geliefert.
 In Übrigen bleiben die Bestimmungen der Verordnung vom 27. September 1918 über die Regelung des Fleischverkehrs (Heilschlachtgesetz) und der Bekanntmachung vom 13. September 1917 unberührt.
 Berlin, den 18. Juni 1919.
 Magistrat
 Wermuth.

Bekanntmachung.
 Die noch den roten Bleiben, Bekanntmachung vom 2. Mai 1919, zu gebenden außerordentlichen Unterweisungen (halber Lohn bis zu 14 Tagen) werden am Freitag, den 21. Juni, von der Rote der Arbeiterwerkstatt ausgeschrieben, soweit sie noch nicht zur Ausschlag gelangt sind.
 Die in Frage kommenden Personen müssen die Unterlagen hierzu (gelbe Karte usw.) die spätestens Dienstag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, am Hauptingang der Arbeiterwerkstatt mit der Arbeiterkarte abgeben.
 Spandau, den 14. Juni 1919.
 Artilleriewerkstatt Nord.
 gpt. Koch.

Bekanntmachung.
 1. So entfallen auf den Abschnitt 32 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
 150 gr ausl. Suppenmehl od. lose Suppen,
 auf den Abschnitt 33
 200 gr Graupen
 und auf den Abschnitt 42
 500 gr inf. Rühnmittel,
 ferner auf die Abschnitte 33, 36 der Lebensmittelkarte für Jugendliche
 je 100 gr, zusammen 200 gr Haserlöcher.
 2. Die Preise werden durch Ausschlag in den Kleinhandels-
 geschäften bekanntgemacht werden.
 3. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die An-
 meldungen vom Sonntag, den 15. Juni, bis zum
 Mittwoch, den 18. Juni 1919, bei den Kleinhändlern ab-
 gegeben.
 4. Die Kleinhändler haben die Anmeldebekanntmachung zu den
 oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am
 18. Juni 1919 abzugeben.
 5. Nicht abgeholte Ware erfüllt mit dem 18. Juli 1919.
 Berlin, den 14. Juni 1919.

JEDE SORGE
 wegen
 schadhafter Dächer
 beseitigt
AMBI, Abt. II 8
 Charlottenburg 9

Tischwäsche
 cremiert, vorzügliche Güte

1 Tischtuch Größe 140×200 cm	110 M.
6 Mundtücher Größe 65×80 cm, Gedeck	186 M.
1 Tischtuch Größe 160×240 cm	186 M.
12 Mundtücher Gr. 70×80 cm, Gedeck	230 M.
1 Tischtuch Gr. 160×240 cm, gebleicht	230 M.
12 Mundtücher Größe 70×80 cm, gebleicht	

Hemdentuch
 mittelfeinfädig, 90 cm breit ... Meter von 12 M. an

F. V. Grünfeld
 Landeshuter Leinen- und Gebild-Waberei
 Berlin W, Leipziger Straße 20-22

Warnung vor Zuzug nach Steffin.
 Die Wohnungsmarkt in Steffin hat einen solchen Umfang angenommen, daß sich in der letzten Zeit bewußt wird, daß es sich nicht um ein gewöhnliches Zuzugsgeschäft handelt, sondern um ein Zuzugsgeschäft, das den Zuzugenden einen Schaden zufügt. Es wird daher dringend darauf hingewiesen, daß die Zuzugenden sich vor dem Zuzug in Steffin in die Wohnungsangelegenheiten des dortigen Gemeindefiskus einlesen, um den wahren Zustand der Dinge zu erfahren. Die Zuzugenden sind verpflichtet, sich den betreffenden Wohnungsangelegenheiten zu widmen, um den wahren Zustand der Dinge zu erfahren. Die Zuzugenden sind verpflichtet, sich den betreffenden Wohnungsangelegenheiten zu widmen, um den wahren Zustand der Dinge zu erfahren. Die Zuzugenden sind verpflichtet, sich den betreffenden Wohnungsangelegenheiten zu widmen, um den wahren Zustand der Dinge zu erfahren.
 Steffin, den 6. Juni 1919.
 Der Magistrat.
 Kdermann. 1322D

Prismenferngläser
 (Binocles)
 zu kaufen gesucht. Gefällige Offerten unter T. 25 an die Exped. dieses Blattes. 1600D

PIANO
 kauft Dittmar. 54/2 Gr. Frankfurt-Str. 44, Kgt. 6630

Kreuzfuchs 300 M.
 Weißfuchs, Blaufuchs, Zobel und Alaskafuchs, Sibirischer, Australischer, Opomann, jetzt ganz besonders preiswert.
J. Ruffler
 Charlottenburg, Leibnizstraße 41
 Steingasse 10322.
 Bitte um Nr. 41 zu achten.
 Annahme v. Konservierung Umwerbungen erlitten
 jetz. 1113M.

27. Abt. Mittwoch, 18. Juni, 7 1/2 Uhr. bei Luthershof, Bildhauer Straße 35: Mitglieder-Verammlung der Frauen. Gen. Lehrer Häbner: „Religion und Erziehung“. Frauen von Mitteln und Güte willkommen.
Abteilung: Schwerhörige! Die für Mittwoch anderermite Verammlung fällt aus. Nächste Verammlung 2 Juli Laubthumstraße, Wartungsstraße 49.
Regist. Mittwoch, 8 Uhr, Mitglieder-Verammlung in der Realschule, Schubertstraße. Bericht vom Parteitag.
Teltow. Mittwoch, 8 Uhr, Mitglieder-Verammlung bei Gensel. Sonntag vormittag 9 Uhr Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Adolf Ritter.
Noroweb. Donnerstag und Montag, abends 8 Uhr, in der Schulstraße Eckstrasse Vortragsgesellschaft des Genossen Oberberger Rede über das Erfurter Parteiprogramm.
Niederlichowweide. Dienstag, 7 1/2 Uhr: Mitteldeutscher-Verammlung bei Schulte, Brückenstr. 15. Gen. Hans Bertold spricht über: Doppel-Dienstleistungen.
Waldhof. Dienstag 7 1/2 Uhr: Bezirks-Verammlungen in den bekannten Lokalen. Vortrag: „Die Umgestaltung des Religionsunterrichts in unleren Gemeindefschulen“.
Bantow. Mittwoch, abends 8 Uhr in den bekannten Lokalen.
Potsdam. Abends am Mittwoch in den Bezirkslokalen. Besprechung wichtiger Tagesfragen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.
Stat. der Parteien verlangt? Verammlungen mit diesem Thema: 14.-25. Abt. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Aula Berliner Str. 10. 26.-30. Abt. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Aula Reichenhagenstr. 17. 6.-10. Abt. u. Reichsfa Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Aula Berliner Str. 9/10. 37.-41. Abt. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Aula Jungfernst. 2.
Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Bezirk I Südosten: Mittwoch, 18. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Grabert, Kaufer Platz 7, Bezirks-Verammlung. Delegiertenwahl zum Sozialtag. Güte willkommen. - **Berlin.** Bezirksleitung trifft am Hofe (U. E. B.), 1. Vorsitzender, Vintzke 43, Eng. Euder (E. B. D.), 2. Vorsitzender, Weiser (E. B. D.), Kassierer, Germania-promenade 20, Gaezel (U. E. B.), Reichle (E. B. D.), Beisitzer.
Kartell Graf-Berlin des Deutschen Beamtenbundes. 17. Juni, 8 Uhr, Sophienstr. 17/18. Öffentliche Kundgebung: „Die Notlage der Beamten und die Lösungsmöglichkeiten“. Es sprechen u. a.: Dr. W. Demaschke, Prof. Strammer und Richter von Beamtenorganisationen. Geschäftsstelle des Kartells: Berlin, Garmen-Ende-Str. 115. - **Arbeiter-Schwimmverein Cöpenick.** (Mitgl. d. U. E. B.) Übungsstunde in der hiesigen Badeanstalt (Hartenstraße). Männer-Abteilung Dienstags und Freitags 7 Uhr, Damen-Abteilung Dienstags und Freitags 8 Uhr. Freunde des „Auen-Badens“ sind herzlich willkommen. - **Arbeiter-Schwimm-Verein Reichlin.** Übungsstunden: Männer, Jugend, Knaben Mittwoch, Frauen, Mädchen Donnerstag. Mehrere von 6.45 bis 7.45 im Stadtpark Neukölln. Freitag und Freitag ab 6 Uhr für alle Abteilungen im „Deutschen Bad“, Treptow. Nächste Sitzung, Donnerstag, bei Schmidt, Reuterstraße 22. - **Mitgl. Familienherbelebungs-Gesellschaft.** Sonntag, den 22. Juni, Früh- und Nachmittags, von 3-6 Uhr, im Restaurant Gerhart, 12/13, am 27. 6. in Bildau, Bildauer Hof, von 3-7 1/2 Uhr, am 22. 6., von 3-6 Uhr, Endenburger Str. 14. - **Gemeindeverordnete Redevorträge.** Dienstag, 8 Uhr, im großen Spangenbergsaal, Wilhelmstraße 11, über „Vereinsbildung“. - **Vereinsbildung sozialistischer Lehrer und Lehrenden.** Verammlung nur für Berliner Mitglieder Mittwoch, 7 Uhr, Aula hinter der Garthofstraße 2. Tagesordnung: Lehrerrecht und Lehrverbot (Prof. E. Dörmann). Verammlung für Groß-Berlin Sonnabend. - **Sozialdemokratische Sozialbeamten- und -beamteninnen.** Donnerstag, 7 Uhr, Zusammenkunft, Herrenhaus, Leipziger Str. 3, Zimmer 18. Hr. Wald Jentzsch: „Die Tugend des Sozialismus“. - **Aktivistengruppe.** Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Schubertstr. 101. Politischer: „Sozialismus und innerer Krieg“. Sanitätsrat Dr. Wagners Vorträge: „Sexualität“ und Dr. Wagners Goldschmidt: „Individualismus und Kommunismus“. Karten an der Abendkasse.

Pulverfabrik Spandau.
 Die Auszahlung des Lohnes für den Erholungsurlaub an die besagte Arbeitsunfähigkeit ausstehenden Arbeiter erfolgt am 18. 6. 19, vorm. 11 Uhr, im Speisesaal am Tor III der Pulverfabrik.
 Die Direktion.
 v. Roesch. v. d. Becke.

Stadigut mit vorzüglich. Hochwildjagd.
 Das Stadigut Hugewitz soll von Johann 1920 bis dahin 1921 zusammen mit der Hochwildjagd im hiesigen Forst Hugewitz verpachtet werden.
 Das Gut umfaßt rund 567 Morgen Acker (zum größten Teil guter Boden) und 546 Morgen Wiesen. Das Forstrevier ist 4500 Morgen groß und grenzt an 2 Kilometer Länge unmittelbar am Gutsbesitzer. Gut Hugewitz ist ein ausgezeichnetes Herrengut.
 Es liegt an der Kleinbahn Anklam-Krausbachhausen und ist eine halbe Stunde vom Bahnhof Duderow (Grenz Berlin-Strasburg) entfernt.
 Verpachtungstermin wird auf
Montag, den 14. Juli d. Ja., vormittags 10 Uhr,
 im Rathausssaal anberaumt.
 Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht. Können auch vorher von uns eingefordert werden.
 Pachtstulpe werden zum Termin hiermit ergebnis eingelaufen. - Für weiteren Auskunft sind wir jederzeit bereit.
 Anklam, den 6. Juni 1919.
 Der Magistrat.
 Unglaube. 180/10

Warnung vor Zuzug nach Halle.
 Wegen der in Halle herrschenden großen Wohnungsnot dürfen Mietverträge über Wohnungen nur mit Zustimmung des Mietvereins abgeschlossen werden. Diese Zustimmung muß in allen den Fällen verlangt werden, wo es sich um Zuzug auswärtsiger handelt.
 Es wird daher auf das Dringende davor gewarnt, nach Halle zu überziehen.
 Halle, den 7. Juni 1919.
 Der Magistrat.

Hohe Belohnung.
 Donnerstag, 12. d. Mo., mittags 1 Uhr, Posthof Leichter Bahnhof
Fuhrwert gestohlen.
 Wegen der Firma Rheinische Kohlenfürwerke, Siedtenberg, hiesiger Geschäftsverkehr am Hundsbachgraben, beide Pferde mit Geschirr verschwinden. Es sind hiesige Pferde, schwarze Sattel, roter Hut, und hochschmelz (Wach) beide 1,80 groß, lupulig.
 Hohe Belohnung demjenigen, der über Verbleib der Pferde Aufklärung gibt, welche zur Ermittlung derselben und des Täters führen.
 1122

Emserplatz.
 Hervorragend schön erhaltenes Wohnhaus in Emserplatz mit herrlichen Bädern, 4. u. 6. u. 8. u. 10. Zimmer, fast sämtliche nach neuem geigen, mit allem erstklassigen Komfort, Wintergarten etc. ist sehr preiswert bei billigen Mieten von über 50000 R. für 60000 R. zu verkaufen. Miete betragen in 1918/19 Jahren ca. 60000 R.
Julius M. Bier.
 Leipziger Straße 26, Zentrum 12350/53.

Charlottenburg.
 In vornehmer, guter Lage, umweit Kurparkbäumen und Bahnhof Charlottenburg, habe ich ein modern. Wohnhaus mit allem Komfort, mit 6- und 7. u. 8. u. 10. Zimmerwohnungen, bei sehr billigen Mieten von über 30.000 R. für 530000 R. zu verkaufen. Das Haus hat nur eine geringe Hypothek.
Julius M. Bier.
 Leipziger Straße 26, Zentrum 12350/53.

Mittagmahl (Gamm) ab 4/4.
 Schallplatten, Wohnungsmöbel, Antiquitäten, Kunstgegenstände, Briefmarken, etc. etc. etc.
 G. S. Zimmermann, Leipziger Straße 50, nahe dem Hagenplatz. 9-12, 2/2-7, 11/2-7

HARLEMER
 Tropfen wieder erhältlich in der Simonsapothek, Spandauer Str. 17.

Gedämme. Vertrauensvolle Nachhelfer.
 Preuß. Brunnenseite. 70.

NEUE SOMMERKLEIDERSTOFFE

Eolien, Chinakrepp, Seiden-Gabardin und Seiden-Kaschmir in neuesten Farben und in schwarz. Glatt und bestickt 38⁴⁰ 42- bis 99⁵⁰ M.
 Reinseidene Schleierstoffe in großer Farbauswahl und in schwarz. Glatt, gestreift und bestickt 14⁴⁰ 20⁴⁰ bis 35- M.
 Schottisch karierte Schappseide in geschmackvoll. Mustern u. Farbenstellungen 32⁵⁰ 35²⁰ bis 38- M.
 Kunstseide, Einfarbig, kariert, gestreift und schwarz 19⁸⁰ 26⁵⁰ bis 40⁶⁰ M.
 Blusenstoffe, Gestreift, kariert u. einfarb. 18⁴⁰ 19³⁰ bis 32⁵⁰ M.
 Mantelseide, Imprägniert. Beste Qualität Einfarbig und kariert das Meter M. 78- M.



Bedruckte Waschestoffe Blum- u. Punkt- und Streifenmuster in reichhaltiger Auswahl 9- 13- bis 25- M.
 Bedruckt Opal Phantasie- und Blumenmuster, sowie Streifen und Punkte 25- 28⁵⁰ bis 35⁵⁰ M.
 Bedruckte und bestickte Schleierstoffe. Reizende neuestige Muster auf hellen und dunklen Grundfarben 19- 23⁶⁵ bis 35⁸⁰ M.
 Einfarbige baumwollene Schleierstoffe in weiss u. reichhaltig. Farbauswahl 19- bis 22⁸⁰ M.
 Weiße bestickte Batiste in verschiedenen Mustern Met. 12⁶⁰ bis 14⁷⁵ M.

Neue Jackenkleiderstoffe
 Reinwollene Gabardine u. Twills in neuesten Farben und in schwarz . . . 69⁵⁰ 73⁵⁰ bis 110- M.
 Kostümstoffe i. Herrenstoffgeschmack 19- 22- bis 85- M.
 Schottische Stoffe in reicher Auswahl 31²⁰ 41³⁰ bis 78- M.

Neue Stoffe für Nachmittags- und Abendkleider in Elfenbein, hellen, mittleren und dunklen Farben
 Eolien, Feinkrepplin und seidene Schleierstoffe einfarb., bestickt u. bemalt 20⁴⁰ 38⁴⁰ bis 92⁵⁰ M.
 Bastseide naturfarbig u. viele neue Farben 37- 42- bis 84- M.
 Bedr. Kunstseide Geschmacksvolle Muster auf hellem Grund . . . 19⁸⁰ 26⁵⁰ bis 40⁶⁰ M.

RUDOLPH HERTZOG

BREITESTR./BERLIN/C2/BRÜDERSTR./

IM AUSSTELLUNGSSAAL REISE- UND SPORT-ARTIKEL

Paul Langenscheidts beliebte Romane sind wieder erschienen.

Band 1
Ich hab dich lieb. Gedächtnis einer jungen Frau. Ein Herz, das jeden tief bewegen wird, das unerlässlich in unser aller Schicksal hineingreift. Preis vornehm gebunden M. 9,50.

Band 2
Blondes Gift. Wer zählt die jugendlichen Exzesse, die gleich Koll an seiner Nonnen Zeit ausgrenzen gehen. Es ist ein unheimliches Buch, dessen jede grauam erschütternden Mährchen hinausfliegen in alle Welt. Preis vornehm gebunden M. 12,-

Band 3
Arme kleine Eva. Die Lebens dieses Buchs, der diese fassliche Welt, die bittere, unbarmherzige Wahrheit, mit der alles und noch so selten besprochenes Thema aus den dunklen Schatten des Großstadtlebens behandelt wird, lassen das Buch emporschwingen zu einem ersten Versuch an die Gerechtigkeit. Preis vornehm gebunden M. 9,50.

Band 4
Du bist mein. Jeder wird das Buch der Liebe mit seiner Nüchternheit lesen, wohl fühlen wird ein Best in der Seele erschüttern. Preis vornehm gebunden M. 9,50
 Einzelne oder zusammen zu beziehen durch
Hogler & Co., Berlin W 9, Adloner Str. 22
 — Postg. 9 —

Wunderbare Seidenmäntel preiswert!!!

165, 225, 290, 325, 360.

Kunstseidene Strickjacken in vielen Farben 136, 169.
 Seidene Gesellschaftskleider 185, 245, 379. Sportjacken 36, 41.

Aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratschein:

Mohair-Pflüschmäntel 231,40, 228,75, 311,25
 Gediegene Kostüme 90,—, 206,50, 237,50

Jetzt sehr billig!!

Pelzmäntel, wunderbare Modellstücke . . . 1600, 2400, 3200.
 Pflüschmäntel, entzückende Ausführungen . . . 490, 675, 850.
 Ia. Stoffröcke 36, 48. Seidenröcke 89, 126.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115.
 Sonntags geschlossen!



GESUNDHEITS-PFLEGE
 KREM TERAS zarter Teint über Nacht
 Große Tube 3,00, kleine Tube 2,00 M.
 MUNDWASSER SINOSPRIT einige Tropfen genügen
 Flasche 3,00 M.
 MUNDWASSER-PULVER LEUKODONT z. Selbstbereiten
 Schachtel 2,00 M.
MAX SCHWARZLOSE
 BERLIN



„Brennabor“ Gute deutsche Fabrikate „Primissima“
 S. Kallski, Erster Spezialhaus, Tauentzienstraße 7b,
 Chausseestraße 73-74, Prinzenstraße 43.

Ein wohlschmeckendes und leicht verdauliches Nahrungsmittel aus Eigelb und Milch gewonnen ist Dr. Hoffbauer's (ges. gesch.) **LECITHIN-EIWEISS** (3% Eigelb-Nervstoff und 96% Milcheiweiß enthaltend). Ueberraschende Erfolge bei allgemeiner Körperschwäche, Unterernährung, Nervosität, Blutarmut. 100 Gramm 6,50, 1/2 Pfd. 15,50, 1 Pfd. 30,— Mark. Alleine Verkaufsstelle Elefant-Apotheke, Berlin 213, Leipziger Str. 74, gegenüber Dönhofsplatz. Zentrum 7192

Taylorisieren Sie!

Sie verdienen das Vierfache. Deshalb bestellen Sie sofort:

Das Taylorssystem

und wie man es in Deutschland einführt von Gustav Winter. 186/11 Praktisches Lehrbuch für Fabrikanten, Ingenieure und Betriebsleiter, Gewerkschaftsführer u. Arbeiter Preis geb. 3,— M.

Buch-Versand Arno Möhrhitz, Dresden, Gröbelstr. 5 und Postcheckkonto Leipzig Nr. 31 559. Leipzig, Sternwartenstr. 40.

■ Reines Gesicht ■ blühenart Teint, weiße, glatte Haut wird in kürz. Zeit erreicht durch mein altbew. unübertroffen Krem „Pura“. Sommerpro. Mitesser, Pickel, Runzeln u. Fältchen verschwind. Rote u. große Haut wird schnell beseitigt. Tube 2,00, Doppeld. 3,50. Drogenhaus H. Bockius, N. Schönhaus, Allee 132



Glycerol macht das Leder weich, geschmeidig, wasserdicht durchdringt das Leder, verhindert Bruchigkeit, gibt einen tiefschwarzen, lackartigen Hochglanz trocknet nicht ein, wird nicht hart ist sparsam, weil sehr ausgiebig ist aus edelstem Material hergestellt und gänzlich frei von üblem Geruch

Chemische Fabrik Glycerol-Gesellschaft m. b. H. Berlin NO. 18

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabriksgebäude an Private
Möbel-Großlager
 Berliner Tischler- u. Tapeziermeister
Albert Gleiser
 Berlin C 33, Alexanderstr. 42 Alexanderplatz
 Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ausserordentlichsten. Besichtigung äußerst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland.

Blüthnerpiano

Schwester, Mann, Edel, Schiedmayer, Auswahl reiflicher Instrumente. Konstrukt. Klagenfurt. 37 (Wien).
Photo-Apparate
 aller Art Photogr. Artikel
 Teilzahlung gestattet für Kasse 10% Rabatt Katalog umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW 91
 Belle-Alliance-Str. 7-10.



Was ich mir zum Putzen hol'? Einzig und allein

Blendol



Der gute Metallputz. In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Ganz nach Wunsch!



und genau, was Sie suchen, finden Sie in den drei hier abgebildeten Sachen.

Ueberhaupt werden Sie - wenn Sie zu uns kommen - immer wieder bemerken, daß Sie bei uns stets das finden, was Ihren Wünschen entspricht.

Die richtige Auswahl,
Die richtigen Modelle,
Die richtige Preislage!

Schöne Bluse aus gutem Voll-Wolle mit hübscher Hohlbaumverzierung
M. 39.50

Entzückendes Kleid aus gutem Woll-Wolle mit reizender Hohl-Verzierung an Kragen und Ausschnitt. Hübscher Seidengürtel mit Schleife.
M. 127.50

Fescher Sommerrod, schöne, schwarz-weiß-farbige Ware, gute Verarbeitung.
M. 69.50



Sonntags geschlossen!

Königsstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausséestraße 113
Beim Sietlinger Bahnhof.

Kranke Ziegen

Rhinische, Geflügelkrankheiten, erfolgreichste Behandlung, Coprolarynge, Hand-Kapieren, Begleiter, Beseitigen nur vormittags nach Anmeldung. Mäßiges Honorar.
Tierarzt Jüling, Altbauer Str. 20, Am Schleifchen Tor. 6-10, 2-4, Sonntags 11-1.

Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer HerrensZimmer

bestehend aus:
1 Büfett, Eiche
1 Kredenz
1 Ausziehtisch
6 Stühlen
zusammen M. 2850

bestehend aus:
1 Bibliothek, Eiche
1 Schreibtisch
1 runden Tisch
1 Schreibessel
2 Stühlen
zusammen M. 2450

Schlafzimmer

bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtollette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentbuden
2 Beilagen Auflegematratzen mit Korkkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung

von ca. 300

Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnzimmern, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.

Hervorragend schön, gediegene Ausführungen
einfacher, mittlerer und eleganter Art
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

Gartenstadt Frohnau

Ordnung, Berlin, Friedrichstr. 171 + Tel. Zentrum 1942, 1943

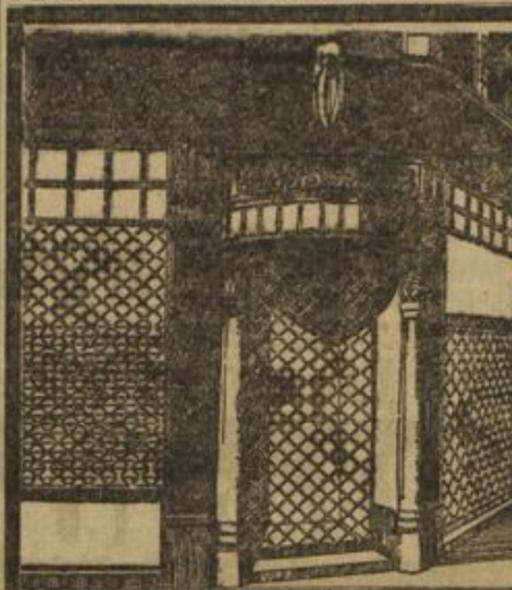
Wollen Sie Ihr Papiergeld gut und sicher anlegen?
Erwerben Sie sich eine Baustelle in der Gartenstadt Frohnau
Anzahlung nur 15-25%

Auskunft: Hauptbüro Berlin, Friedrichstr. 171.
Telefon: Zentrum 1942, 1943.
Frohnau vis-à-vis vom Bahnhof,
geöffnet von 9-6 Uhr, auch Sonntags.

Wir kaufen u. verkaufen
Staats- und Stadt-Anleihen
In- und ausländische Renten
sachgemäße Beratung über
Industrie-Aktien.
Eugen Bob & Co., Bankgeschäft, Berlin W. 8,
Taubenstrasse 46.

Werkstätten für Uhrmacherkunst
für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.
Max Zeisehel, Uhrmachermeister
BERLIN N, Müllerstraße 150 und Seestraße 102.

Brillanten Juwelen
Berlen
Ballionsstr. Friedrichstr. 155, Ecke Unter d. Linden
gegenüb. d. Dittoria-Café, Zentrum 1080



Einbrecher sind machtlos
wenn Schaufenster und Türen durch unsere D. Reichs-Patent-

Stahl Rollgitter
(System Stiegler) geschützt sind.

Vertreter auf Wunsch!

Schulz & Holdefleisch
Inhaber der Metall-Gesellsch. m. b. H.
Berlin N 39, Fennstraße 13.

Deutsch-Oesterreicher,

ohne Unterschied der Parteistellung und des Berufes, welche an der Organisation ihrer Kameradschaft, bei der Gründung von landmannschaftlichen Vereinigungen, Hilfevereinen u. dergl. mitwirken oder die Gründung selbst in die Hand nehmen wollen, in allen Teilen Deutschlands gesucht.
Tätigste Unterstützung von einer Zentralstelle auszusprechen.
55/20
Halbjährliche Angebote erbeten unter J. K. 8966 an Rudolf Hoffe, Berlin SW 19, erbeten.

„Hoffnung“, Berliner Schneider-Genossenschaft
eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Aktiva		Bilanz am 31. Dezember 1918.		Passiva	
1. Inventar-Konto	M. 1	1. Geschäftsanteil-Konto	M. 26 714.57		
2. Einrichtungs-Konto	1	2. Mitglieder-Darlehens-Konto	82 819.15		
3. Waren-Konto	48 750.09	3. Kontokorrent-Konto	40 232.45		
4. Kassa-Konto	2 278.50	4. Reservelonds-Konto	42 740.22		
5. Bank-Konto	14 005.50	5. Dispositions-Konto	22 934.59		
6. Bank-Separat-Konto	50 000.00	6. Unterstützungs-Konto	35 000.00		
7. Spar-Konto	50 246.08	7. Sparfonds-Konto II.	78 928.41		
8. Effekten-Konto	14 725.00	8. Reingewinn	78 128.72		
9. Kautions-Konto	320.00				
10. Anteil-Konto	1 810.60				
11. Depot-Konto	151 350.25				
12. Reichsschatzwechsel-Konto	50 000.00				
13. Kontokorrent-Konto, Debitoren	20 973.79				
Summa	404 498.11	Summa	404 498.11		

Mitgliederbewegung.
Mitgliederbestand am 1. Januar 1918 128
Neu eingetretene 2
Ausgeschlossen 3
Bestand am 31. Dezember 1918 134

Die Haftsumme betrug am 1. Januar 1918 25 600 M
Sie vermehrte sich um 1 200 „
Höhe der Haftsumme am 31. Dezember 1918 26 800 M
Vorstehendes Gewinn- und Verlust-Konto nebst Bilanz geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden, bescheinigen die Revisoren.
Berlin, den 12. Februar 1919.
Gustav Jonas, Wilh. Pförtner, A. Haller, A. Busse,
„Hoffnung“ Berliner Schneider-Genossenschaft,
eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Vorstand,
H. Schmidtbauer, H. Stobbe, G. Gebauer, P. Hennig,
Th. Glieder.

Auswanderung
Wollen Sie nach
Südamerika auswandern?
dann informieren Sie sich gründlich!
Die Deutsche
Auswanderungsgesellschaft
für eine erscheinende Ausgabe
Bestellen Sie jetzt diese hochinteressante u.
ausführliche Broschüre bei dem
Verlag H. Althoff, Berlin SW 19, Friedrichstr. 155
gegen Verrechnung des Betrages von 30 Pf. bei Bestellung von 100

Millionenartikel
von jedermann gebraucht, für jedes Geschäft, Reisende, Hausfrauen
geeignet, sehr leicht verpackt, widerstandsfähig, 50 Pf. 100
M. Makofsky, Snellfeld & S.

Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Zu Anshluß an den Parteitag wurde in Weimar eine Konferenz von den sozialdemokratischen Frauen Deutschlands abgehalten...

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Die Genossin Judacz hielt ein längeres Referat...

Genossin Bohm-Schuch ergänzte als zweite Rednerin diese Ausführungen durch Mitteilung ihrer Erfahrungen als Redakterin der 'Gleichheit'...

Prozeß Ledebour.

(Schluß aus der Freitagabend-Nummer.)

Zeuge Willi Meiß wird vernommen über die Verhandlungen zwischen den Revolutionären und der Regierung. Die in der Januarwoche geführt wurden...

Angell. Ledebour bemerkt, er habe zwar den Eintritt in Vergleichsverhandlungen empfohlen, er sei aber gegen die bedingungslose Räumung der besetzten Gebäude...

Bemerkungen des Vollzugsrats zur friedlichen Beilegung der Januarunruhen. Von der Gegenseite war die Räumung der bürgerlichen Zeitungen zugestanden...

Am Freitag sollten die auf Antrag der Verteidigung geladenen Zeugen v. Tschäla und Roland vernommen werden. Sie waren aber nicht erschienen...

Freies Geleit

unter der von der Verteidigung angegebenen Adresse nicht aufgefunden war und daß Roland die Ladung nicht zugehört werden konnte...

Rechtsanwalt Rosenfeld bemerkt hierzu, v. Tschäla habe am Freitag versucht, hier als Zeuge aufzutreten, er sei aber von dem Militärpolizei nicht eingelassen worden...

Freies Geleit

zu erwirken. v. Tschäla sei bereit, auf telephonischen Anruf sofort als Zeuge an Gerichtsstelle zu erscheinen.

Staatsanwalt Zumbroich: Seit dem 28. April besteht ein Verbot gegen v. Tschäla, er ist des Bandenraubes beschuldigt. Außerdem verurteilt auch das Militärgericht seine Rechtsanwaltschaft wegen dienstlicher Vergehen...

Rechtsanwalt Rosenfeld schlägt vor, jetzt an den anwesenden Zeugen Anton Fischer die von der Verteidigung gestellten Fragen zu richten. Am Anshluß an diesen Vorlesung wird die Frage erörtert...

Amtsverschwiegenheit

angeklagter Ledebour: Die Genehmigung zur Auslage Fischer wird meiner Meinung nach zu unrecht verweigert. Aber abgesehen davon, kann ihn die Amtsverschwiegenheit nicht hindern, Auskunft zu geben über die Verdächtigungen...

Nach einer fast einstündigen Beratung beschloß das Gericht, da die Regierung die Genehmigung zur Auslage des Zeugen Fischer über Angelegenheiten, die unter die Amtsverschwiegenheit fallen, verweigert habe...

Angell. Ledebour wendet sich in längeren Ausführungen an das Gericht, daß die Befragung Fischers durch den Beschluß des Gerichts abgeschnitten sei.

Der zur Ladung des Zeugen Roland entsandte Boten brachte den Befehl, er habe Roland, der verurteilt sei, nicht anzuweisen.

Angell. Ledebour fragt, ob Roland vielleicht mit dem Leutnant Vogel nach dem Haag gerufen sei.

Der Vorsitzende zügel diese Neuerung. Die Zumutung sei ironisch und deshalb unzulässig.

Angell. Ledebour: Ironisch war sie. Ob unzulässig, darüber bin ich anderer Meinung wie der Vorsitzende.

Rechtsanwalt Oschuch beantragt, Fischer zu fragen, ob er gegenwärtig überhaupt ein Amt bekleide. Das Gericht läßt die Frage nicht zu.

Zeugen sind nicht mehr anwesend. Verteidigung und Staatsanwaltschaft verzichten auf die Vernehmung der Zeugen Vogherr, Pauls Dietz, Richard Müller und Hermann Müller...

freies Geleit bekommt, am Dienstag erfolgen soll, worauf dann die Klärbereitungen beginnen würden.

Die nächste Sitzung ist Dienstag 11 1/2 Uhr.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

Nachdem am Donnerstag die Beratung der einzelnen Anträge geschlossen, werden eine Reihe von Abstimmungen vorgenommen. Der Antrag, zur Unterstützung der Revolutionäre aus der Verbandskasse 1000 M. zu geben, wird angenommen...

Es wird sodann zur Wahl der besoldeten Vorstandsmitglieder geschritten. Als Vorsitzende mit gleichen Rechten werden Kliche und Schlichting gewählt. Der leitende Sekretär Halle wird gewählt...

Es folgt ein Referat des neuen Redakteurs Schlienz über die Reichsstarifverträge und die Gewerkschaften. Er schlägt die Entschärfung der Tarife, wobei er besonders auf die Unbilligkeit verweist...

Es folgt ein Referat von Lieber-Hamburg über die monatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer.

Ueber die staatliche Prüfung der Maschinisten und Heizer wird von Lieber-Hamburg ausgeführt: In den Keil- und Keilmaschinenanlagen sind große Werte an Rationalvermögen investiert. Sie sind die Eckpunkte des Produktionsprozesses...

Es folgt ein Referat Insel-Berlin über die Uebernahme der Dampfseilerei durch das Reich, sowie die Anstellung von Assistenten aus Arbeiterkreisen.

Zum Gewerkschaftsloggeth werden eine Reihe von Anträgen angenommen. Es wird verlangt, daß die Presse in den Druckfabriken nicht dem Bergarbeiterverband, sondern dem Verband der Maschinisten und Heizer angehängt werden...

Es folgt der Bericht der Studienberatungskommission, an den sich eine längere Aussprache knüpft. Es werden unter anderem folgende Satzungsänderungen beschlossen:

Der Vorsitzende zügel diese Neuerung. Die Zumutung sei ironisch und deshalb unzulässig. Angell. Ledebour: Ironisch war sie. Ob unzulässig, darüber bin ich anderer Meinung wie der Vorsitzende.

STIMMUNGEN u. REPARATUREN an FLÜGEL, PIANOS und HARMONIUMS SPAETHE

Advertisement for SPAETHE instruments and repairs, including Magenleiden, Möbel, Höffner, Zigarren, Rauchtabelle, Halensee-Wilmersdorf, Keine Wanze mehr, Blendorf weiser Seint, Besalon-Bleach Cream, Sigenheim, Piano und Flügel, Kriegs-anleihe, and Kaemorrhoiden.

Offo Reutter, der bekannte Humorist und Schriftsteller, wohnt kürzlich dem Empfang von „Serenissimus“ im „Kaffee Zelta“ bei. Die ganze „Zeltaführung“ betrieblitz ihn dermaßen, daß er „Seiner Hohheit“ folgende Verse widmete:

Serenissimus im „Kaffee Zelta“.

Erst mal, Serenissimus aus dem Stimplissimus
Sitzt in Gala-Uniform — aufgetaht ganz enorm —

Goldkette — Vorabend — Hofkafeln auf dem Bod —
Seinen Rindermann zur Seite — Tausendfache Heilgeleit —
Und es jubelt Klein und Groß: „Donnerwetter, tabellos!“

Wirdig führt der ganze Trupp unter'n Linden nach dem Schloß,
Dort fast Serenissimus: „Mein Kollege machte Schluß,
Rindermann — Sie wissen auch — ich rüst' mich aus „Schall und
Reuch“ —
Run ist er — trotz Rang und Orden — läßt' er Schall und
Reuch geworben —
Doch mir geht's noch heut' famos — Donnerwetter, tabellos!“

Schließlich hält der Jag' Johann Niesla — Friedrichstraße, an
Serenissimus freigt aus: „Ach! Ist das ein feines Haus!
Tischgerichte — Goldbecken — Schönstes Käse von
Berlin —

Unter: Niesla's Hofbedienten — oben: große Bilderrahmen —
Rindermann, ich mach' 'nen Stoß — Donnerwetter, tabellos!
Run beginnt das Rederetz, Hohheit findet's äußerst weit.
„Siegfried Göler — amüsiert — Walter Groß, 41! — ganz
charmant!
Dan! Cher deller Kraft hobelt ganz wunderbar!“

Fräulein Berg tanzt auf dem Sofa! — Rindermann, wo ist's
Ronozia?
Sehn Sie mal die Beine bloß! — Donnerwetter, tabellos!
Gern bleibt Serenissimus auf dem Thron bis zum Schluß —
Sieht sich jede Nummer an — spricht mit seinem Rindermann
Geistreich, witzig, voll Geist — caduca tun das Fürsten nie —
Und das Publikum voll Hohheit freudig vor Lachen über „Hohheit“
Und zum Schluß sagt Klein und Groß: „Donnerwetter,
tabellos!“
Otto Reutter.

Blusen-Pracht

bietet in Kleidern und Blusen preiswerte Eleganz.

Deutsches Theater.
Abendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in:
Familie Schmek.
Kammerspiele:
Abendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in Eifersucht.

Theater des Westens
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Mia Werber und Hans Wass-
mann in Geisha.
Donnerstag 120. Aufführung

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr:
Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr:
Das Dorf ohne Glocke.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Kummelblättchen.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwalddmüdel.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.
Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Fälschungste.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.
Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Talisman.
Operette in 3 Akten v. Zorlig.
Schiller-Theater, Charl.
7 1/2 Uhr: Der Andere.
Thalia-Theater
Zur wilden Hummel.
7 1/2 Uhr: Th. am Nollendorfsplatz.
Gr. Freund, E. Liebenson in
7 1/2 Uhr: Die Puppe.
Theater d. Friedrichstadt
7 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polterabend.
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Mandragola.

Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Friedrichstr. Ztr. 492/7, 23.1
Tat. 8. U. Heute 2. 783. Male.
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klostersstraße.
Ausgang Straßener 5. raße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Ehe-Urland.
7 1/2 Uhr: Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr:
**Die licht-
schene Dame**
Sonntag
3: Kabale u. Liebe.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/2 Uhr: Sonntag 7 1/2
4 1/2 und
Gastspiel

Herrnfeld
m. seiner aus 28 Per-
sonen bestehenden
Gesellschaft in der
Jaktigen Burleske
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!
Sonntag 3 1/2, jeder Er-
wachsene 1 Kind frei!

Voigt-Theater
Bobrowstr. 36.
7 1/2 Uhr:
Das Maffantendmüdel.
Sehen Genusden u. Sonntag:
Großer Ball.

Lessing-Theater
Sommerplatz: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielher:
8 Uhr: Charleys Tante.
**Deutsches Künstler-
Theater.**
7 1/2 Uhr:
Max Adalber u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.
National-Theater.
Stürmischer Erfolg. 7 1/2 Uhr:
Die Kinopuppe.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
Dir. M. Sollman.
Uraufführung

Warum das Weib am Manne?

== Vergnügungspalast Groß-Berlin ==
früher Kliems Festsäle, Hasenheide 13—15
Direktion: KARL KNOPPE.

Täglich: Das wirklich phänomenale, von Publikum und
Presse anerkannte und als ganz hervorragend bezeichnete

Eröffnungs-Programm.
Anfang Wochentags 3 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
In den Prachtzäunen: Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag

Großer Ball bei verstärktem Orchester.
Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6 1/2 Uhr. 1914

Konz.-Dir. Hermann Wolff u. Jules Sachs.
Blüthneraal. Dienstag, 17. Juni, 7 1/2 Uhr.
Auf vielseitigen Wunsch:

**III. (letzter) Tanzabend
Maryla Gremo**

Karten: 6, 5, 4, 3, 2 M. nur bei Wertheim u. Abendkasse.

Das grösste deutsche
Lustspiel:
Die Prinzessin
LEGIE:
E. R. N. ST.
LUBITSCH
ON OSWALDA
HARRY LIETKE
VICTOR JANSON
AB FREITAG
den 20. JAN.
KURFÜRSTEN-
DAMM
UFA

HENNY PORTEN
Haseheide
Weib gegen Weib
Schauspiel mit
Charlotte Böcklin
Ein intimes Souper
Lustspiel mit Leo
Paukert, Orlund
Wagner, Harberl
Paulmüller
Schöneberg
Rebellenliebe
Schauspiel mit
Bruno Decarli
Harry Liedtke
Lo Holl
Wochentags 6, 8 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

HENNY PORTEN
**Die Schuld
MOZART
SAAL**

Berliner Prater
77 Kottbuserstr. 7/8.
Täglich:
12 Varieté-Aufführungen
In der Tony-Ball.
Dietz täglich:
Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshall.-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Hempel, Britton,
Max Seidel ufm.

Sait 1872
**KUHLA-
PIANOS**
Verkauf direkt ab
Fabrik-Magazin
N 31, Wattstr. 17-18

Klavier
erst. Flügel u. Harmonium
taucht Schachtelschneider,
Budorfer Straße 14, III,
(Preisangabe).

Neu eröffnet!
Weinhaus Liedemit

„Libelle“

Jägerstraße 63 a.

Gepflegte Weine- Gute Küche.
Täglich Tanz. Anf. 7 1/2 Uhr Kapelle Polischuk.

Kaufe nur Mittwoch, den 18. bis einschließl. Sonnabend, den
21. Juni, 10-6 Uhr, im Hotel „Nordischer Hof, Invalidenstr. 126,
beim Sietlin. **Alte Gebisse** 6.— Mark,
auch gewöhnlichen Platin-Zahn 6,50 bis 1.— Mark, Platin-
Silf-Zahn 2.—, 3.— Mark, Platin-Platten-Zahn 4.— bis
6.— Mark, Gebisse in Gold bis 150 Mark. Platin zu höchsten
Tagespreisen. Frau E. Willig. 1869

Heil-Anstalt „Löser“
nahe Alexanderplatz,
Münzstraße 9, 9-1, 4-5.
Modernes Ambulatorium, Licht- und Pflanz-Institut.
Inhalatorium — Gargelkabinen.
Elektrische und Medizinische Bäder
Institut für Diagnostik und Therapie
Harn- und Hautuntersuchungen.

M. Peck
G. M. B. H.
BERLIN W. 35

Bewährte
Mottenschutzmittel

Empea Mottenpulver
Spezialität der Firma

Naphthalin in Kugeln

Naphthalin in Schuppen

Naphthalin in Tafeln

Feinstes Insektenpulver

Lonndorf
Siedle 223, Unter den Linden 66
25 1 Uhr mittags geöffnet!
Kaffee-Diele / Bar
abends erfrangiger Restaurationsbetrieb
Nachmittag- u. Abend-Konzerte
Kapellen Hermann u. Gerhard Wichmann
Sehenswerter idyllischer Sommergarten
Konzerte: Blumen-Schmidt-Berlin
Geschäftsleitung: Lonndorf-Vereine
Ob. Frau Lonndorf

Soeben erschien:
Hans Hyan
Verbrechen und Strafe
im neuen Deutschland.
Preis 1 Mark.
Verlag für Sozialwissenschaft,
Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

Peltzer Grill
HERMANN PELTZER
WEIN-RESTAURANT
Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Bekanntmachung
betrifft:
Erwahnen von Ver-
tretern der Versicherten
und deren Erasmännern
zum
Ausflug der Allge-
meinen Ortsstraßen-
kaffe Berlin-Weihensee.

Infolge Ausweidens von
Vertretern und Erasmännern
der Versicherten sind für den
Reiz der mit dem Schluß des
auf das Jubiläum folgenden
Jahres ablaufenden Wahl-
periode 276 13

3 Vertreter,
60 erste Erasmänner und
60 zweite Erasmänner zu
wählen.

Die Wahl findet statt am
Mittwoch, den 21. Juli 1914,
nachmittags 5 bis 9 Uhr,
im Rassenhof zu Berlin-
Weihensee, Vördenstr. 17 l.

Gewählt wird gemäß den
Bestimmungen der Wahl-
ordnung nach den Grundzügen
des Verhältniswahl.

Das Wahlrecht ist in Person
auszuüben. Für die Wahlen
sind dem Vorhande die Vor-
schlagslisten bis spätestens den
3. Juli 1914 einzureichen.

Nur bis zu diesem Tage
eingereichte Wahlvorschläge
können berücksichtigt werden.

Die in den Wahlvorschlägen
eingezeichneten Bewerber
sind unter fortlaufender
Nummer anzuführen, welche
die Reihenfolge ihrer Be-
nennung anzeigt und nach
Familien- und Vornamen,
Beruf und Wohnung zu be-
zeichnen, auch die der Arbeit-
geber, bei dem sie beschäftigt
sind, anzugeben.

Mit dem Wahlvorschlag ist
von jedem Bewerber eine Er-
klärung darüber vorzulegen,
daß er zur Annahme der Wahl
bereit ist.

Die Wahlberechtigten müssen
von 20 Wahlberechtigten unter-
zeichnet sein.

In jedem Wahlvorschlag ist
ferner ein Vertreter und ein
Stellvertreter für ihn aus der
Mitte der Unterzeichneten zu
benennen. Der Wahlvorschlags-
vertreter oder sein Stellvertreter
ist berechtigt und verpflichtet, dem
Vorhande die zur Beteiligung
erforderlichen Erklärungen abzu-
geben. Die Anträge müssen bis zum
17. Juli 1914 betreffig sein.

Die eingereichten Wahl-
vorschläge liegen vom 8. bis 17.
Juli 1914 im Rassenhof
während der Dienststunden von
8 bis 1 Uhr vorzulegen aus.
Die Stimmzettel sind an die
Wahlberechtigten zu übergeben.
Die Wahlvorschläge werden
in der Reihenfolge ihres Ein-
ganges mit Ordnungsnummern
versehen.

Die in Betracht kommende
Ordnungsnummer wird vom
Vorhand öffentlich bekannt
gemacht. Sind auf gültigen
Wahlvorschlägen im ganzen nur
so viele wählbare Bewerber be-
nannt, wie Vertreter zu wählen
sind, so gelten dieselben als ge-
wählt. Sind weniger Bewerber
vorgeschlagen, so gelten diese
ebenfalls als gewählt. Wegen
der noch fehlenden Vertreter
ist alsbald eine neue Wahl vor-
zunehmen.

Die Stimmenabgabe am Tage
der Wahl erfolgt durch einen
Stimmzettel, welcher die be-
zeichnete Ordnungsnummer des
Wahlvorschlags enthält. Die
Stimmzettel müssen von weißer
Farbe sein.

Wahlberechtigt und wählbar
sind nur die großjährigen Ver-
treter des Allgemeinen Orts-
straßenkaffe Berlin-Weihensee.

Zur Festlegung der Wahl-
berechtigung liegen die Mit-
gliederverzeichnisse bis zum
3. Juli 1914 in dem Rassenhof
während der Dienststunden aus.
Eingprüche gegen die Richtigkeit
der sich aus dem Mitglieder-
verzeichnisse ergebenden Wahl-
und Stimmberechtigungen sind
bei Vermeldung des Aus-
schusses spätestens bis zum
3. Juli 1914 unter Beifügung
von Beweismitteln bei dem
Vorhande einzureichen.

Jeder Wahlberechtigter hat
sich für die Wahlhandlung mit
einer Legitimation zu versehen.
Als solche genügt das Mit-
gliederbuch oder eine Beschein-
igung des Arbeitsgebers, daß
der Betroffene am Tage der
Wahl noch in Arbeit steht.
Berlin-Weihensee, 14. Juni 1914.

Der Vorstand des
Allgemeinen Ortsstraßen-
kaffe Berlin-Weihensee:
Fendel, Schrage,
Hänselberg, Schindler.

Mandoline, Lante,
Gitarre, Wandermundol,
4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.—, 9.—, 10.—, 11.—, 12.—, 13.—, 14.—, 15.—, 16.—, 17.—, 18.—, 19.—, 20.—, 21.—, 22.—, 23.—, 24.—, 25.—, 26.—, 27.—, 28.—, 29.—, 30.—, 31.—, 32.—, 33.—, 34.—, 35.—, 36.—, 37.—, 38.—, 39.—, 40.—, 41.—, 42.—, 43.—, 44.—, 45.—, 46.—, 47.—, 48.—, 49.—, 50.—, 51.—, 52.—, 53.—, 54.—, 55.—, 56.—, 57.—, 58.—, 59.—, 60.—, 61.—, 62.—, 63.—, 64.—, 65.—, 66.—, 67.—, 68.—, 69.—, 70.—, 71.—, 72.—, 73.—, 74.—, 75.—, 76.—, 77.—, 78.—, 79.—, 80.—, 81.—, 82.—, 83.—, 84.—, 85.—, 86.—, 87.—, 88.—, 89.—, 90.—, 91.—, 92.—, 93.—, 94.—, 95.—, 96.—, 97.—, 98.—, 99.—, 100.—

Landgerichtsrat a. O. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 113.
(Lützowstr.) Langjahr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in
Ehe-, Alimenten- u. Vertragsachen, Gesuche, Verträge, Er-
mittlungen. — Beobachtungen, Tel. Lützow 2494. Achtung.
Mit der Dr. v. Kirchbach G. m. b. H. Alexanderstr. 45, habe
ich keine Verbindung. Landgerichtsrat von Kirchbach.



Matinee
aus hellmod-
farbigen Stoffen
25⁵⁰

Unterrock
aus hellmod-
farbigen Stoffen
24⁵⁰

HERMANN

Wäsche

Damen-Hemden reich gemittelt, Reichware	27 ⁵⁰	Herren-Hemden aus weissen Stoffen, Reichware	16 ⁵⁰
Damen-Hemden mit Stickerel garniert	33 ⁵⁰	Unterröcke Ballist. mit breiter Stickerel garniert	56 ⁰⁰ 78 ⁵⁰
Beinkleider Knieform mit Stickerel	22 ⁷⁵	Untertailen aus Stickerelstoffes	7 ⁷⁵ 13 ⁰⁰

Bade-Anzüge, Hauben, Schuhe in grosser Auswahl

Damenhandschuhe

Halbhandschuhe, Zwirn	95 Pf.	Seide porös, 2 Druckknöpfe	3 ⁹⁰
Halbhandschuhe, Seide	2 ⁴⁵	Zwirn porös, 2 Druckknöpfe	4 ⁹⁰
Zwirn porös, 2 Druckknöpfe	2 ⁹⁰	Seide glatt, 2 Druckknöpfe	4 ⁹⁰



Morgenrock
aus hellmod-
farbigen Stoffen
52⁰⁰

Strümpfe

Damenstrümpfe Baumwolle, gewebt, schwarz	13 ⁷⁵ 15 ⁵⁰
Damenstrümpfe Seide, gewebt, schwarz und farbig	14 ⁷⁵ 18 ⁷⁵
Herrensocken Baumwolle, gewebt, farbig	4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰
Herrensocken Baumwolle und Flor, gewebt, farbig	7 ⁷⁵ 9 ⁵⁰
Kinderstrümpfe Baumwolle, schwarz, 1x1, Gr. 2-11	3 ⁰⁰ bis 8 ⁸⁰

Trikotagen

Herrenhemden Baumwolle, meliert	17 ⁵⁰ 19 ⁵⁰
Herrenhosen Baumwolle, meliert	16 ⁰⁰ 17 ⁵⁰
Damenblusen in Kunstseide, farbig	48 ⁰⁰ 55 ⁰⁰
Damenjacken Seide, moderne Farben	150 ⁰⁰ 175 ⁰⁰
Damenjacken in Kunstseide, neue Farben und Formen	225 ⁰⁰ 275 ⁰⁰

Schürzen

Blusen-Schürzen aus Zellstoff	4 ⁷⁵ 7 ⁵⁰
Rock-Schürzen Wiener Form, aus Zellstoff in schwarz u. marine	6 ⁷⁵ 7 ⁵⁰
Weisse Tändelschürzen Ballist. m. Stickerel-Garnierung	6 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 9 ²⁵
Weisse Teeschürzen Ballist. und Punktweil, reich garniert	9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵ 14 ⁵⁰
Farbige Teeschürzen reich mit Spitzen garniert	9 ⁷⁵ 12 ⁵⁰ 13 ⁵⁰

Kindersöckchen, Baumw. u. Flor
schwarz und farbig, in allen Grössen

Herren-Netzjacken, Trikot-Badeanzüge
Zipfelmützen aus Kunstseide

Mädchen- und Knabenschürzen
in allen Grössen in grosser Auswahl



Reisegepäck-Versicherung

Heinrich Fraenkel
Versicherungsbüro
Berlin SW. 68,
Charlottenstr. 73.
Anruf: Zentr. 7657, 7658, 7659.



Kalikloro Zahnpasta

Alle Zähne sind schön,
wenn sie von Zahnstein befreit den natürlichen Schmelz zeigen.
Das Putzen allein tut es nicht, sondern der Zahnstein wird aufgelöst durch bestimmte Salze, die in **Queisser's Kalikloro** enthalten sind.
Diese wichtige Eigenschaft sowie die kräftige Mund- und Rachendesinfektion, ganz besonders aber das köstliche Aroma erzeugen nach Gebrauch von Kalikloro das belebende Gefühl von Frische und Sauberkeit im Munde bei Jung und Alt.

Große Tube M. 2,— Kleine Tube M. 1,20

Hersteller:
Queisser & Co., G. m. b. H.
Hamburg 19.

Zahnpraxis Goldberg
Direktambahn, Alexanderplatz
Büro: Ecke Königgraben
Sprechstunden 9-12, 2-6 Uhr

Umarbeiten schlechtester Gebisse innerhalb 24 Stunden

Reparaturen innerhalb 3 Stunden

Goldarbeiten erstklassig, auffallend bill. Preise

Montag, 16. Juni, bis Sonnabend, 21. Juni
zahle ich besonders hohe Preise für

Alte Gebisse M. 6.50
pro Zahn bis

(auch für ganz alte und zerbrochene Teile)
für den gewöhnlichen Platin-Zahn M. 0,70 bis 1,50, Platin-Silber-Zahn M. 2 bis 3 M., Platin-Platten-Zahn M. 4 bis 6,50, für Gold-, Platingebisse höchste Tagespreise.

Berlin
Hotel Grüner Baum, W. Krausenstr. 56/58
Zimmer Nr. 1. Frau Vogler. 51.5*

Hautkrankheiten
Auslösung, Querschnitt, Hautausfall, Krätze, Haut, Krätze, Flechte, Akne, Hauterkrankungen in vorerkrankten Fällen durch abgeforderte Radikalkuren bei möglichem Erfolg

Tierarzt Jüling, Tierärztliche Str. 20,
8-10 Uhr, 2-4 Uhr, Sonntags 11-1 Uhr.

Fleckenwunden
offene Fülle, Krampfadern, Leiden, heilt sogar in schwersten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautblühende schmerz- und uckreizende „Vater Philipp-Salbe“, Preis 2,00 und 3,75 M., erhältlich in der Elefant-, Kronen-, Victoria- und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man bitte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt T. Tolagen-Laboratorium, Seltlichmann-Str. 31

Elektromotore
auch bestellbar, Kauf P. Nuberelt, Frankfurt, W. 356.

Berlin C. Wallstr. 13
Gardinen
Gardinenhaus Bernhard Schwarz

Reichel
Lebensmittel
60 Zweig-Geschäfte.

Eine bessere Ansicht
Luxus-Autos
für Export werden gesucht.
Verkauft mit Photos und genauer Beschreibung an „Sportwagen Bau“ unter der Adresse **Gumbold's Automobil-Vertrieb**, Stockholm, Schweden.

Sie gehen wie auf Federn!!!!
Kein SCHWEISSFUSS, kein BRENNEN und DURCHLAUFEN der Füsse bei Anwendung von „SOMA“
PRAE-SERVATIV-CREME. — Nurecht bei
Sünderhals & Co., Berlin, Große Frankfurter Straße 89.

Hochlegante Kostüme
auch Modelle, feine Stoffe, tolle, feine Formen, auch für junge Damen.

Imprägnierte **Seidenmäntel** von 250,— an
auch für starke Damen.

Gummi-Mäntel 195,—
Imprägnierte **Regenmäntel** 160,—
wetterfest, neue Form

Kleiderröcke
aus Wolstoff, darunter farbige 65,—
Elegante **Seidene Kleiderröcke**

Leopold Gadiel Königstr. 22-26, 1 Treppe.

Mäntel
Hochaparte
moderne, helle Stoffe (Covertcoat), tolle Formen
sowie elegante Mäntel
140,— 160,—

Flausch-Mäntel
die große Mode
für See und Gebirge
enorme Auswahl

Gejellschafts-Kleider
Hochlegante
Seide u. feine duftige Gewebe, vornehmste Nacharten, darunter kostbare Modelle

Schleierstoff- und Boile-Kleider
Blenden schön
in allen Farben für Damen und Mädchen, auch für Halbtrauer.

Entzückende Weiße Kleider 125,—

Seiden-Mäntel * Seiden-Kostüme
feinste große Auswahl, auch für starke Damen

Seidene Strickjacken, neueste Formen, viele Farben, von 195,— an

Seiden- und Chiffon-Blusen
hochfeine
entzückende Neuheiten, weiß und farbig

Kinder- u. Mädchenkleider
entzückende Formen in Seide und Boile.

München. Künstlerkleider
45-80 lang, Boile und frohdeartig.

Damen-Leibwäsche
hochfeine
Taghemden, Nachthemden, Beinkleider, Untertailen usw.

Bettwäsche, Bettlaken
fertige weiße
beste Qualitäten.

Weiße Wäschestoffe * Gardinen

Enorme große Auswahl in **Boile-Blusen** mit feinst. Spitzen u. Stickereien. Selten schöne **Seidene Unterröcke** viele Farben, von 79,— an

11 bis 12 Sitze, Deutsch-Demokraten 11 Sitze, Mittelpartei 3, bayerische Volkspartei 4, alte Demokraten 1 Sitz.

Weiter sind folgende bemerkenswerteren Wahlergebnisse aus den bayerischen Städten hervorzuheben. In den Stadträt wurden gewählt: In Memmigen 6 bayerische Volksp., 6 Demokr., 4 Mehrheitsparteien, 3 Nationalliberale, 1 U. S. P.; in Ingolstadt 15 bayerische Volksp., 4 Demokr., 6 Mehrheitsfz., 4 U. S. P.; in Neuburg 9 bayerische Volksp., 2 Demokr., 5 Mehrheitsfz., und 1 Bauernbund, in Bad Reichenhall 11 bürgerlicher Block, 5 Sozialdemokr., 4 Beamte; in Rosenheim 10 bürgerlicher Block, 9 Mehrheitsfz., 2 U. S. P.; in Passau 18 bayerische Volksp., 7 Mehrheitsfz., 4 Demokr., 1 U. S. P.; in Regensburg 23 bayer. Volksp., 7 Mehrheitsfz., 6 Demokr., Die U. S. P. proklamierte Wahlenthaltung, in Rusbach 15 Bürgerliche, 5 Mehrheitsfz., 3 U. S. P., 1 Gewerksverein; in Memmingen 10 Bürgerl., 7 Mehrheitsfz., 2 U. S. P., 1 Mittelpartei, 2 Parteilose; in Illingen 11 bayer. Volksp., 3 Demokr., 3 Mehrheitsfz., 1 Bauernbund; in Zimmernstadt 10 Vereinigte Bürgerl., 7 Sozialdemokr., 2 Angestelltenverband und 1 Freie Bürgervereinigung; in Jüssen i. Allgäu 9 Sozialdemokr. und 7 Bürgerliche; in Kaufbeuren 8 Sozialdemokr. und 8 bayer. Volksp.; in Landsberg a. Lech 11 Bürgerl. Wirtschaftsbund, 7 Sozialdemokr., 2 Deutsch-Demokraten.

München, 16. Juni. (Telunion.) An Einzelergebnissen sind noch hervorzuheben: Augsburg: 8 Demokraten, 20 bayerische Volkspartei, 13 Sozialdemokraten, 7-8 U. S. P.; Fürth: 14 Sozialdemokraten, 10 U. S. P., 10 Demokraten, 3 bayerische Volkspartei, 2 Interessensverein, 1 Beamtenliga; Erlangen: 11 Sozialdemokraten, 10 Demokraten, 6 bayerische Volkspartei und Mittelpartei und 3 U. S. P.; Passau: 19 bayerische Volkspartei, 4 Demokraten, 4 U. S. P., 3 Sozialdemokraten.

Wenn danach auch die Unabhängigen in München und Nürnberg unerschütterlichen Zuwachs erhalten haben, so sind sie doch selbst in diesen großen Städten von der Mehrheit weit entfernt. Das Wahlergebnis aus den kleineren Städten zeigt vollends, daß der Versuch der Räte-diktatur für Bayern ein völlig undemokratisches Experiment war, hinter dem nur eine ganz kleine Minderheit der Bevölkerung stand.

Demokratische Partei und „Vossische Zeitung“. Eine scharfe Abfrage.

Nachdem sich schon am 13. cr. die „Demokratische Parteikorrespondenz“ gegen die Politik der „Vossischen Zeitung“ gewandt hat, veröffentlicht das „Leipziger Tageblatt“ in der Sonntagsausgabe vom 16. d. M. folgende offizielle Auslassung der Demokratischen Partei:

„Die Vossische Zeitung“, die vielfach als ein Organ der Deutsch-Demokratischen Partei angesehen wird, hat sich seit einiger Zeit mit den wichtigsten Fragen inner- und außerpolitischer Art im Gegensatz zur Politik der Partei gestellt. Nachdem die Polemik des Blattes auch eine Form angenommen hat, die ein weiteres gedeibliches Zusammenarbeiten ausschließt, hat die demokratische Fraktion der Nationalversammlung beschlossen, Vertreter der „Vossischen Zeitung“ zu Beratungen der demokratischen Presse nicht mehr hinzuzuziehen.“

Wir sehen der Politik Georg Bernhards in den meisten Fragen durchaus fern, haben weder seine „östliche Orientierung“ während des Krieges, noch seine jetzige „kontinentalpolitische“ Geduld, aber diese Ausstoßung dürfte wohl die Folge davon sein, daß die „Voss. Ztg.“ in der Sozialisierungsfrage Ansichten vertreten hat, die in der Partei Bernburgs als durchaus feyerlich gelten.

Wer ist Hasso von Tyszka? Ein Zeuge der Verteidigung im Prozeß Ledebour.

Und wird gelacht:
Am 9. Dezember 1918 hielt Vizelfeldw. Hasso von Tyszka vor dem Reichsgericht in der Rödernstr. 42 mehrere Stunden lang, weil ihm von einer bürgerlichen Seite in der Köthener Straße 10000 M. Belohnung für die Festnahme der

der „fliegenden Blätter“, der nach Durchfall eines guten, von dem literarischen Herrn Schwiegerhahn geschriebenen Dramas, diesem die „Juchasse“ entzieht und natürlich das Publikum, das schänderweise für das Gute keinen Sinn hat, zwingen ihn mit ökonomischer Schicksalsmacht, zu solchen Seitenstücken. Die geistige Geburt des Erlösung aus dem Dales verheißenen Vossenergeheuers verflucht sich in dem Mittelalter mit Hagen, die der von Schauspielersforderer träumende Brimarerbruder des Literaten und das übliche Verlobungs-pärchen treibt. Der Schlaf hat bringt es in der Schilderung des aufgeregten Treibens hinter den Kulissen, in das von Zeit zu Zeit die Lachsalben des von der Skulptur und dem hupenden Rifen entzündeten Premierpublikums hineinschallen, zu mancherlei amblant burlesken Wendungen und netten Epigrammen. Erst hier legt flatter es Tempo ein. Es wäre angebracht, bei künftigen Aufführungen den Weg dahin durch starke Streichungen zu kürzen.
Alfred Abel in der Hauptrolle war charmant wie immer und fand in dem Ensemble gute Unterstützung. dt.

Notizen.

Der Arbeiterdichter Max Barthel, der in den Stuttgarter Ausruhrprozess gegen Hönke, Schwelmer usw. verwickelt war, wurde mit sämtlichen Mitangeklagten freigesprochen.

Eine Hedwig Dohm-Gedenkfeier veranstaltet am 18. Juni, abends 8 Uhr, im Säulenhallen, Volkshaus 3, der Landesverein für Frauenstimmrecht. Die Rede hält Adele Schreiber.

Berliner Theater. Der Spielplan der Sommerbühnen wurzelt in Gleichgültigkeit gegen die Gegenwart. Das Amüsiertpublikum bestimmt Farbe, Form und Takt, und so konnte er denn heuer getrost aus allen Beständen aufgeschöpft werden. Auch die angebliche Operette von Bernauer-Schanzer „Die tolle Kasperle“ (Thema: Das Hummel ist des Lebens Lust!) kommt daher mit samt ihrer Kluft von Noia über fische Mädchengeitalten, dazu eiliche komische Komikfiguren besorgen schon, was die Schultul begehrt. Nicht viel ist nötig; haben muß es den recht üblichen, aus Grazie und Grimassen gemischten Schmitz der Bewegungen (vor allem der Beine), und darauf verstanden die Spieler sich.

Die Financier, die im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater seit Sonnabend aufgeführt werden, sind frangösischer Kokottenstil, für große Sinnlichkeit groß aufgemacht und nur von einem kleinen Teil des Publikums belustigt aufgenommen.

Erläuterungs-Wettbewerb. Der Verein für Erläuterung und Gebrauchswortlich veranfaßt einen mit hohen Preisen ausgeschütteten Wettbewerb zur Erlangung einer Erläuterungs-Wörterbuch für eine kunst- und kulturgeschichtliche Wörterbuch. Es kommen 10000 Mark zur Verteilung. Der erste Preis beträgt 3000 M., außerdem sind Ankäufe vorzusehen. Dem Preisgericht gehören an: Müllner, Kämpf, Erlst, Dapler, Reich und Scheurich. Bedingungen versendet Ged. Rat zur Westen, Berlin SW. 11, Dalfesches Ufer 10.

Die Berliner Tagung für Denkmalpflege, die am 16. und 17. Juli in der Akademie der Künste stattfinden sollte, ist wegen der politischen Lage auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

beiden versprochen waren. Tyszka wurde von der Soldatenwehr sofort entlassen und vom Kommandanturgericht zur Rechenschaft gezogen, mußte aber freigelassen werden auf Grund des St. G. O. § 51 (geistige Unzurechnungsfähigkeit). Einen Monat später verhaftete Tyszka Georg Ledebour und Ernst Meyer auf eigene Faust und versuchte aus dieser seiner Tat verhängend Geldbeträge herauszuschinden, wurde aber aus Schärffe und schroffe zurückgewiesen und verlegte sich dann auf Betrübereien und Räubereien (Aneignung von falschen Ausweisen, Bandendiebstahl, Erpressungen usw.). Im März stand er vor Gericht, dieses mußte ihn aber wiederum freisprechen auf Grund des § 51. Seine Abfahrt, Ledebour um die Ecke zu bringen, wurde nur durch das Dazwischentreten Anton Fischers verhindert, der ihn auch von seinem Vorhaben, Ledebour am 14. Januar abermals zu verhaften event. gleich zu ermoren, abbrachte. Tyszka hat stets auf eigene Faust gehandelt, besah zu seiner Zeit auch nur das geringste Vertrauen Anton Fischers und wurde von diesem wiederholt hinausgeworfen. Nach seiner Entlassung aus dem Untersuchungshaftlager im März bot sich Tyszka dem Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld an, um Aussagen gegen die Kommandantur zu machen. Ein hoher Gerichtsbeamter, an den sich Kurt Rosenfeld wandte, warnte diesen aufs nachdrücklichste vor Tyszka. Bei der Familie eines bekannten Führers der Unabhängigen bettelte vor jirka einer Woche Tyszka um eine kleine Gabe und stellte dafür in Aussicht, zwei dienliche Angaben im Ledebourprozess zu machen. Zurzeit wird Tyszka von der Staatsanwaltschaft gesucht wegen erneuter Betrübereien und Diebstähle. Auch veruchte Tyszka sich unter einem falschen Namen bei einem Freiwilligenkorps anwerben zu lassen.

Dieser Hasso von Tyszka ist also der Kronzeuge des Rechtsanwalts Kurt Rosenfeld, dem wir dazu nur besten gratulieren können.

Pabst und Breitscheid im Salon. Eine militaristisch-unabhängige Idylle.

Hauptmann Pabst ist der Mörder! — Wann wird der Mörder Pabst verhaftet? — Noch immer läuft der Mörder Pabst frei herum! — Der „Vorwärts“, der Lafai des Ebnhotels, deckt schweigend den Mörder Pabst! So freischte, tobt, raste die „Freiheit“ wochenlang.

Jetzt lesen wir in derselben „Freiheit“ folgende „Erläuterung“ des führenden Genossen Dr. Rud. Breitscheid: Ich stelle demgegenüber fest, daß ich an keiner der Besprechungen, die zwischen dem Genossen Barth und Offizieren der Freiwilligenkorps stattgefunden, teilgenommen habe. Meine angeblichen Beziehungen zu Offizieren der Freiwilligenformationen beschränkten sich darauf, daß ich einmal vor längeren Wochen in einem Privathaus gesellschaftlich mit Herrn Hauptmann Pabst zusammengetroffen bin. Bei der Gelegenheit ist, wie das ganz selbstverständlich war, auch über die allgemeine politische Lage und über die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der U. S. P. und der Leitung der Freiwilligenkorps gesprochen worden. Daß ich dabei nicht den geringsten Zweifel über meine grundsätzliche Ablehnung der Freiwilligenformationen und ihr Treiben gelassen habe, ist selbstverständlich. Ein Versuch, die Freiwilligenkorps auf die Seite der Unabhängigen herüberzuziehen oder sie der gegenwärtigen Regierung abspenstig zu machen, ist von mir in keiner Weise unternommen worden.

Wie hieß es doch so schön in den bekannten Beschlüssen? Die Angehörigen der Freiwilligenkorps sind „wie die Pest“ zu meiden. Der führende „Freiheit“-Genosse Dr. Breitscheid aber trifft im Salon den „Mörder“ Hauptmann Pabst, verläßt nicht etwa das Lokal unter Protest, mit allen Anzeichen der Empörung und nach der Patrosie rufend — nein, er unterhält sich mit ihm über die „tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der U. S. P. und den Freikorps“.

Ja, hinter den Kulissen schauts mandmal anders aus!

Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz.

Die Ausführungsbestimmungen über die Kohlenwirtschaft, die nunmehr im Entwurf vorliegen, geben ein klares Bild von der umfassenden Organisation, die erforderlich ist, um die Kohlenförderung und den Vertrieb gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen. Auf dem Wege zur Sozialisierung, die ohne gestörende Eingriffe in unser daniederliegendes Wirtschaftsleben vorgenommen werden soll, bedeuten sie den ersten wesentlichen — längst nicht den einzigen Schritt zur Vergesellschaftung der Produktion.

Die Bestimmungen, die nach Besprechungen mit dem Sachverständigenrat im Reichswirtschaftsministerium fertiggestellt wurden, erstrecken sich vor allem auf die Sozialisierung des Kohlenvertriebes, während die Sozialisierung der Betriebe durch das Arbeitsministerium und die Sozialisierung des Ertrages durch das Reichsfinanzministerium zu erfolgen haben wird. Die oberste Behörde der Kohlenwirtschaft wird der Reichskohlenrat, der sich aus Vertretern der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter, sowie aus Vertretern des Handels, der Verbraucher und der Wissenschaft zusammensetzen soll. Zur Seite stehen dem Reichskohlenrat ein technisch-wirtschaftlicher Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau, ebenso einer für Brennstoffverwendung und ein sozial-politischer Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau. Der Reichskohlenverband als Verband der einzelnen Syndikate hat die Ausführung der Bestimmungen des Reichskohlenrates. In seinem Aufsichtsrat sollen 3 Mitglieder von den Arbeitern, eins von den Angestellten und eins von den Verbrauchern benannt werden. Außerdem soll ein Arbeitervertreter Vorstandsmitglied werden. Dem Reichskohlenverband unterstehen die Kohlen-syndikate der einzelnen Bergbaubezirke und das Gesellschafts-syndikat für das ganze Reich. Auch bei ihnen sind Arbeiter und Angestellte in den Aufsichtsrat und in den Vorstand zu bezeichnen. Hingzu kommen noch Bevollmächtigte des Reiches, welche keinen direkten Einfluß, sondern nur ein aufschiebendes Einspruchsrecht haben. Schließlich sollen für die Vertretung von Wünschen und Anregungen für die Verbraucher sogenannte Brennstoffämter geschaffen werden.

Die Absicht dieser auf den ersten Blick sehr kompliziert aussehenden Organisation ist, unter Selbstverwaltung aller Beteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Aufsicht des Reiches eine zentrale Organisation zur Regelung der Kohlenwirtschaft zu schaffen. Großen Gewicht wird auf die Öffentlichkeit in der Festsetzung der Kohlenpreise gelegt, deren Notwendigkeit auch wir wiederholt betont haben. Die Gemeinden sollen das Recht erhalten, die Kleinverkaufspreise festzusetzen, so daß die Höhe der erzielten Händlergewinne jobergelt fortwährend wird. Durch Herabminderung dieser Gewinne auf das unbedingt Nötige wird erreicht, daß der überflüssige Zwischenhandel allmählich ausgeschaltet wird. Verbrauchergemeinschaften sollen von den Syndikaten die gleichen Lieferungsbedingungen erhalten wie die Händler.

In diesem Wirtschaftspläne, der alle Kreise, vom Erzeuger bis zum Verbraucher, umfaßt, und allen das Mitbestimmungsrecht an den Fragen der Kohlenindustrie sichert, stellt sich also einer der sachlichen Selbstverwaltungskörper dar, wie sie Wiffel in seiner Denkschrift für alle Industriezweige fordert. In ihnen soll die Solidarität zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher so gefördert werden, daß alle beteiligten Kreise sich von selbst dem dem privatwirtschaftlichen Denken absehen und die dem ganzen Volks gemeinsamen Interessen berücksichtigen. Es ist also nicht nur die Ausgestaltung der gemeinwirtschaftlichen Produktion, die damit erreicht wird, sondern auch eine praktische Schulung der einzelnen Wirtschaftsträger für die Notwendigkeiten der Gesamtheit.

Lohnpfändung und Mieterrecht im Volkswirtschaftsausschuß.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft sollte im Zusammenhang mit Petitionen über die Leber- und Kohlenwirtschaft auch die Frage der Planwirtschaft und die diesbezüglichen Pläne des Reichswirtschaftsministers verhandeln. Die Beratungen hierüber wurden zurückgestellt. Hierauf wurde die Verordnung über die Lohnpfändung besprochen. Mit großer Mehrheit wurde ihre Aufhebung mit dem 31. Dezember 1920 beschlossen. Bis dahin solle eine gesetzliche Regelung der ganzen Frage erfolgen. Die Verordnung von 1917 wird verlängert und in der Weise gestaltet, daß die Pfändungsgrenze für Rentenbezüge, für Gehalt und Lohn auf 4000 beziehungsweise 3000 Mark vom 1. Juli 1919 ab erhöht wird. — Bei Besprechung der Verordnung der Volksbeauftragten vom 17. 12. 18 betreffend Reichsverwertung samt wird gewünscht, daß den Verkleinerungen von Heeresgut und der Schmiergelderwirtschaft namentlich im Verkehrswesen energisch entgegengetreten werde. — Reichsminister Gothein sagt das zu. — Hierauf begründet ein Vertreter des Reichsjustizministeriums den Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Mieter. Es wird damit nicht nur eine Anzeigepflicht für Vermietungen im Sinne der früheren Verordnungen verlängert, sondern weitgehend den Mieteingangsämtern das Recht eingeräumt, zu hohe Mietpreise herabzusetzen. Jeder Mietabschluß ist vom Vermieter anzugeben. Geschieht das nicht, so kann der Vermieter auf Mietzins keinen Anspruch machen.

In der Aussprache betont Staatssekretär Dr. DeLbrück den von bürgerlicher Seite vorgebrachten Bedenken gegenüber, daß die Regierung nur mit Högern an die Ausarbeitung zu eintreten, dender Vorschriften gegangen sei, daß aber die Kollage, der hervorgetretene außerordentlich verstimmdende Bucher zu scharfem Vorgehen zwingt. Von einer Belastung der Mieteingangsämter könne nicht gesprochen werden. Auch solle die Verordnung ja nur vorübergehend für die Zeit der anomalen Verhältnisse Geltung haben. Abg. Lejche (Soz.) tritt für die Verordnung ein.

Die Frauenfrage im Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung, der seine Verhandlungen wieder nach Weimar zurückverlegt hat, schloß heute die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs fort. Zunächst wurde nach längerer Debatte und Ablehnung eines Änderungsantrages nach die Einleitung des Entwurfs in folgender Fassung angenommen: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Recht in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, und zu festigen, dem innern und dem äußern Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich durch seine Nationalversammlung diese Verfassung gegeben.“ Bei der Beratung des Abschnittes „Grundrechte und Grundpflichten des deutschen Volkes“ wird der in der ersten Lesung vom Ausschuß in die Vorlage eingefügte Satz: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ mit Stimmengleichheit von 14 Stimmen wieder gestrichen. Der Antrag Abtich wird in folgender Fassung angenommen: „Ableistungen gelten nur als Teile des Namens und dürfen nicht mehr verlichen werden.“ Der Antrag Koch wird in einer vom Abgeordneten Kabenstein (Soz.) beantragten Fassung angenommen: „Tisel dürfen nur verlichen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen.“ Abodemische Grade werden davon nicht betroffen.“ Auf Wunsch des Abgeordneten Kabenstein wird noch einmal über den vorher mit Stimmengleichheit gestrichenen Satz abgestimmt. Abgeordneter Kabenstein (Soz.) beantragt die neue Fassung: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte.“ (Es soll also das Wort „Grundsätzlich“ fortgelassen werden, sowie dann abgelesen werden, daß den Frauen auch die gleichen Pflichten wie den Männern auferlegt werden.) Dieser Antrag wird abgelehnt. Die nochmalige Abstimmung ergibt mit geringer Mehrheit die Aufrechterhaltung des unbedingten Beschlusses erster Lesung. Weiterberatung Dienstag.

Das Ständrecht der Spartakisten. Ein Aufruf des roten Soldatenbundes.

Vor einigen Tagen prangte an mehreren öffentlichen Plätzen und Gebäuden Berlins ein Aufruf des „Roten Soldatenbundes“, der — offenbar in Ideengemeinschaft mit Emil Barth — die Freiwilligen zum Abfall von der Regierung zu verlocken suchte. „Wie lange wollt Ihr noch eure eigenen Volksgenossen betrügen?“, so hieß es zu Beginn, „man wird Euch ausnutzen und gut bezahlen und besser füttern, bis die Revolution niedergeschlagen ist, und Euch dann auf die Straße setzen.“ Aber es bleibt nicht bei dergartigen schlimmen Prophezeiungen, sondern der Aufruf verleiht sich zu immer wilderen Drohungen gegen die Freiwilligen, die schließlich in folgendem Satz ausmünden:

„Gütel Euch vor der Kache, die Euch treffen wird. Wenn wir das Ständrecht verhängen werden, werden wir Ehen zu treffen wissen, der sich jetzt an den Verbrechen einer schamlosen Militärdemokratie schuldig macht.“

Es folgt die Unterschrift des „Roten Soldatenbundes“. Hieraus ist zu ersehen, daß das Geschrei der Spartakisten über Ständrecht und Blutwüste eine Heuschrecke ist. Sie selbst künden an, daß sie es gegebenenfalls noch ganz anders und viel schlimmer machen werden. Wie, das hat ja die Erfahrung der Münchener Geiseln deutlich gezeigt.

Der Ozeanflug Amerika-England. In 16 Stunden 13 Minuten.

Haag, den 16. Juni. (D. W.) Aus London wird gemeldet: Das Wider-Flugzeug, das von Neulandland nach England fliegen sollte, ist am 15. Juni morgens 2 Uhr in Ettsden in Irland gelandet. Es hat den Ozeanflug in 16 Stunden und 13 Minuten zurückgelegt. Das Flugzeug landete infolge des Nebels wenig glücklich und bobete sich mit seinem Vorderteil in den Sand ein. Dadurch wurden die Passagiere leicht beschädigt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Holzarbeiterstreik beendet.

Eine im Zirkus Busch tagende Versammlung der streikenden Holzarbeiter nahm den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Sie von dem Berichtsteller betont wurde, haben die Unternehmer trotz des Schiedspruchs die Forderungen für unerfüllbar erklärt; die zentralen Verhandlungen über einen Reichstarif wollten sie nicht eher aufnehmen, bevor der Berliner Streik beigelegt ist. Die Unternehmer schlugen eine Staffelung des Lohnes vor, und zwar bei einem Stundenlohn von 2,30 M. 50 Pf. Zulage, bei 2,40 M. 40 Pf., bei 2,70 M. 30 Pf. und bei 3 M. 25 Pf. Der Vorschlag wurde als undiskutabel abgelehnt. Von Arbeitnehmerseite wurde folgender Gegenvorschlag gemacht: Ab 1. April 40 Pf. Zulage und vom 1. Mai ab weitere 10 Pfennig. Das erklärten wiederum die Unternehmer als unannehmbar. Nach weiteren Verhandlungen wurden folgende Zulagen vereinbart: Facharbeiter, vom 1. April 25 Pf., nach Wiederaufnahme der Arbeit weitere 15 Pf. und am 1. August nochmals 10 Pf. Hilfsarbeiter: vom 1. April 20 Pf., nach Wiederaufnahme der Arbeit weitere 15 Pf. und vom 1. August nochmals 10 Pf. Arbeiterinnen: vom 1. April 15 Pf. nach Wiederaufnahme der Arbeit 15 Pf. und vom 1. August nochmals 10 Pf. Bei Akkordarbeiten sind die Zulagen prozentual umzurechnen. Die seit 1. April gezahlten Zulagen können aufgerechnet werden. Weitergehende Zugeständnisse werden hieron nicht begehrt. Die Vereinbarung gilt auch für die Wildhauer.

In der anschließenden Debatte kam gegen wenige Redner zum Ausdruck, daß man nicht in der Lage sei, länger im Streik zu beharren, wenn man auch mit den erreichten Forderungen nicht ganz zufrieden war. Im Schlußwort wurde vom Berichtsteller darauf hingewiesen, daß die Unternehmer unter seinen Umständen mehr bewilligen würden, und daß sie erklärten, den Streik noch wochenlang auszuhalten. Mit überwältigender Majorität wurde die Annahme der Vereinbarung und der Abbruch des Streiks beschlossen.

Verband der Handlungsgehilfen.

Eine in den „Germania-Brachflächen“ tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen nahm den Geschäfts- und Kassensbericht vom 1. Quartal 1919 entgegen. Die Kasse balanciert mit 598 477,57 M. Besonders zu erwähnen sind die Ausgaben von 35 833,46 M. für Agitation und 17 697,60 M. für Stellenloshunterstützung. An die Hauptkasse wurden 125 229,60 M. abgeführt. Die Mitgliederbewegung nahm einen erfreulichen Aufschwung. Der Mitgliederbestand beträgt am Schluß des Quartals 48 715, davon 28 874 weiblich. Jetzt ist bereits das 50. Tausend überschritten. Frey Schmidt gab im Geschäftsbericht zunächst einen Überblick über das Erwachen der Angestellten und das Anwachsen der Bewegung. Bemängelt wurde, daß vielfach keine genügende Anteilnahme am inneren Organisationsleben vorhanden sei. Er legte ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Verbänden auch weiterhin ab und gab dann des längeren eine Uebersicht über die stattgefundenen Streikbewegungen der Angestellten für ihr Selbstbestimmungsrecht. Den letzten Beschluß der Mitgliederversammlung,

den „Vorwärts“ zu boykottieren,

hält er für eine große Dummheit, da wir uns nicht selbst ein Mittel nehmen sollten, für den Verband zu wirken. In der nachfolgenden Diskussion wurde ein Antrag, auf der nächsten Mitgliederversammlung ein Referat über das Räteystem zu legen gestellt. Daran und an die letzten Ausführungen Schmidts schloß sich eine über zweistündige Debatte, die zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen führte. Allgemein wurde die Aufhebung des „Vorwärts“-Boykotts gefordert, selbst von Gegnern des „Vorwärts“, da man sich keines Agitationsmittels bedauern dürfe. Der Arbeit der Ortsverwaltung sprachen sämtliche Redner ihre Zufriedenheit aus.

Der „Vorwärts“-Boykott wurde wieder aufgehoben;

der Antrag betreffs Referat über Räteystem angenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Ein Antrag auf Einsetzung einer Kommission bei Einstellung neuer Angestellter der Ortsverwaltung mußte vertagt werden.

Bergarbeiterkongress.

Auf der 21. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Dielefeld, Vorsitzende Sachse und Husemann, fand ein Antrag, die Nichtbergarbeiter Däumig oder Erdmann als Mitberichterstatter zum Geschäftsbericht (11) heranzuziehen, überaus lebhaft Zustimmung. Die Regierung wurde drähtlich aufgefordert, diejenigen Verhafteten, die nicht gemeiner Verbrechen beschuldigt sind, freizulassen.

Der Verband hat jetzt 422 160 Mitglieder, 7,8 Millionen Mark

Vermögen und 133 Proz. mehr Mitgliederbeiträge als 1913. Leider beugen sich die alten Mitglieder nur zu leicht dem Terror der neuen. — Korreferent ist der Unabhängige Rosentann. Paul Umbreit appellierte an den guten Geist der Bergarbeiter, dem Trugbild der Sonderorganisation nicht zu folgen.

Weilegung des drohenden Eisenbahnerstreiks.

Den Beamten der Eisenbahndirektion sind von der Direktion weitgehende Zugeständnisse gemacht worden. Das Ministerium will zunächst die sofortige Zahlung eines Vorrückes auf das am 1. Juli fällige Gehalt in Höhe von 300 M. für alle Beamten ohne Unterschied gewähren. Die Gesamthöhe der Entschädigungszulage steht noch nicht fest, weil bei der Bewilligung der Zulage außer dem Finanzministerium und dem Staatsministerium auch noch die Landesparlamentarier gehört werden muß. Es ist anzunehmen, daß die einmalige Zulage in gleicher Höhe wie den Gemeindebeamten, nämlich 1200 M. gewährt wird. Die Betriebszulage soll auch den Direktionsbeamten zu teil werden.

Bevorstehender Tarifkampf in der Metallindustrie des Erzgebirgischen Vogtlandes.

Der Zentralverband des Handlungsgehilfen, der Werkmeisterverband und der Bund der technischen Angestellten im Industriebezirk Erzgebirge-Vogtland haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um die Tarifbewegung gemeinsam durchzuführen. Die Metallindustriellen weigerten sich bisher, mit dieser Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln, sie wollen lieber mit den nationalen Angestelltenverbänden teilmehdeln. In einer am Sonntag in Jwizkau stattgefundenen, zahlreich besetzten Versammlung der Angestellten aus dem Industriebezirk Erzgebirge-Vogtland wurde beschlossen, den Metallindustriellen eine letzte Frist bis 21. Juni zu setzen; erklären sie sich bis dahin zu Verhandlungen nicht bereit, dann wollen die Angestellten in den Ausstand treten.

Die Schließung der Spandauer Staatswerkstätten.

In der Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde, wie wir im „Vorwärts“ vom 4. Juni berichteten, von dem Referenten Eichler-Spandau behauptet, daß die Firma Plafowski bei einem Lederverkauf 1 300 000 M. verdient habe. Wir erhalten mit Bezug auf diese Behauptung von dem Anwalt genannter Firma folgende Darstellung:

Die deutsche Sattlerleder-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W. 8, Leipziger Straße 92 und der Verband der Portefeuller- und Feinleder-Hersteller und Händler E. B. in Berlin S. 42, Prinzeßinnenstraße 28 haben gegen Ende Januar 1919 von der Artillerie-Werkstatt zu Danzig etwa 130 000 Kilogramm Leder verschiedener Qualitäten zum Durchschnittspreis von ca. 9,50 M. per Kilo gekauft und zwar der Verband der Portefeuller etwa 60 000 Kilogramm und die Sattlerleder-Gesellschaft etwa 70 000 Kilogramm. Herr Eugen Plafowski, seit langen Jahren Mitglied dieser beiden Verbände, erhielt von diesen den Auftrag, die Abnahme und Expedition des gekauften Leders zu besorgen. Er hat nicht nach eigenem Ermessen über das Leder verfügen dürfen, sondern er hatte lediglich als sachkundiger Expeditur die Anweisung seiner Auftraggeber zu befolgen. Der Verband der Portefeuller ließ den größten Teil des von ihm gekauften Leders nämlich 58 000 Kilogramm, nach Dielefeld befördern und nur 2000 Kilogramm an einige Lederfabrikanten verteilen, welche im Osten ihren Sitz haben. Zu diesen gehört auch Herr Plafowski, der den auf ihn entfallenden Anteil erhalten hat. Die Sattlerleder-Gesellschaft ließ von ihrem Leder 48 000 Kilogramm nach Königsberg weiter leiten, der Rest ging an die Lederhändler der Stadt Danzig. Sowohl in Königsberg wie in Danzig wurden an die Lederhändler Zuteilungen gemäß ihrem Bezuge im letzten Friedensjahre gemacht, so daß diejenigen Firmen, die im letzten Friedensjahre größere Mengen Leder bezogen hatten mehr erhielten und andere weniger. In Danzig verblieben von diesem Leder 23 000 Kilogramm; hieron erhielt eine Firma allein 13 000 Kilogramm zugewiesen, während alle anderen Lederhändler, darunter auch Herr Plafowski, zusammen nur 10 000 Kilogramm erhielten.

Die Lederhändler sowohl in Königsberg wie in Danzig wurden angewiesen, das ihnen zugegangene Leder an die Sattler in Stadt und Land zu verteilen, die so Gelegenheit erhielten, sich nach längerer Zeit wieder einmal mit brauchbarem Leder zu versehen. Bekanntlich sind für Leder Höchstpreise festgelegt; es ist weiter genau festgelegt, welchen Prozentsatz der Großhändler und welchen Prozentsatz der Kleinhändler auf seinen Verkaufspreiszuschlag darf. Die ganze Berechnung ist von dem Verband der Portefeuller zum Höchstpreise erfolgt. Die Großhändler buchten einen Aufschlag von 5 Proz., die Kleinhändler einen solchen von 12 Proz. zu ihren Gunsten berechnen. Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Firma Eugen Plafowski weder einen unzulässigen, noch gar den behaupteten Riesengewinn von 1 300 000 gemacht hat. Es ist auch nicht wahr, daß sie das Leder sofort für 19 M. weiter verkauft hat; sie war lediglich beauftragte Expeditiionsfirma.

Mit 31½ Jahr zu alt.

* Daß ein im bestem Mannesalter stehender Mensch zu alt ist, Beschäftigung zu erhalten, mußte dieser Tage wieder ein Leser

unseres Blattes erfahren, dem durch Fürsprache die Gelegenheit geboten wurde, bei der Großen Berliner Straßenbahn eingestellt zu werden. Von dem Einstellungsbureau wurde dem Arbeitsfreudigen, der um alles in der Welt sich nützlich machen wollte, eröffnet, daß er mit 31½ Jahr für den Betrieb zu alt sei. Diese Auskunft hat den Arbeitsfreudigen bitter enttäuscht, und das ganz mit Recht. Eine solche Abweisung sollte man in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr für möglich halten.

Deutscher Werkmeister-Verband.

Eine Versammlung der Betriebsvertrauensleute der Werkmeister Groß-Berlins, die in Havelands Festhallen stattfand und sich hauptsächlich mit der Reorganisation des Bezirks X Groß-Berlin auf freigeberlicher Grundlage befaßte, wurde in welcher auch bekanntgegeben wurde, daß der Deutsche Werkmeister-Verband gegenwärtig schon die Mitgliederzahl 100 000 überschritten hat, folgte folgende Entschädigung: Die Betriebsvertrauensleute des Deutschen Werkmeister-Verbandes erklärten sich mit aller Entschiedenheit für die Reorganisation des Verbandes, wie sie in der vom Vorstand des Bezirks X herausgegebenen Denkschrift vorgeschlagen ist. Sie halten diese Reorganisation für unbedingt notwendig, um moderne gewerkschaftliche Arbeit zu leisten und fordern alle Kollegen auf, für diese Reorganisation in den Bezirksvereinen energisch zu wirken.

Mißstände auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide.

Vom Verband der Gärtner wird uns geschrieben: Auf den Berliner Friedhöfen, sowohl den Friedhöfen der politischen Gemeinden, als auch auf den Friedhöfen der Kirchgemeinden, evangelischen, katholischen, jüdischen und freireligiösen Gemeinden, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit dem Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiten tariflich geregelt. Auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide ist es nur nach vieler Mühe möglich gewesen, eine den Tarifen gleiche Regelung zu erreichen. Namentlich hat dies die Verwirklichung verhindert. Die Folge war, daß der Vertrauensmann des Verbandes gemahnt wurde. Es hieß erst, Entlassung erfolge „wegen Einschränkung der gärtnerischen Arbeit“. Nach einer Woche jedoch wurde schon wieder ein neuer Gärtner sowie sechs weitere Arbeiter für die gärtnerischen Arbeiten eingestellt, so daß für jeden denkenden Menschen die Form der Entlassung des Vertrauensmannes als Maßregelung klar in Erscheinung tritt. Dazu kommt, daß der Garnisonfriedhof für die Kriegsopfer ein recht trostloses Bild bietet. Trotz der hohen Summen, die für diese Ehrenfriedhöfe zur Verfügung standen und noch vorhanden sind, befindet sich der Friedhof in einem wüsten Zustand. Eine große Anzahl der Gräber ist völlig ungeschützt. Die gärtnerische Unterhaltung der Gräberfelder nicht sachgemäß und darum hinausgeworfenes Geld. Die ganze Anlage läßt vermuten, daß jede sachliche Leitung fehlt. Wie kann anderes auch von Leuten, die keine Fachkenntnis in diesen Fragen, sondern nur eine mehr als zehnjährige Tätigkeit als Soldat mitbringen, erwartet werden. So werden auf der einen Seite Gelder fortgeworfen, eine würdige Ausgestaltung des Friedhofes verhindert und außerdem noch die Arbeiter nach Richtlinien behandelt, wie sie vor der Revolution vielfach üblich waren. Hier tut Abhilfe dringend not.

Die beim Magistrat Neußän beschäftigten Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen saßen in einer Versammlung im Idealkassino folgende Beschlüsse: I. Wahl einer vierköpfigen Kommission aus den Reihen der Kriegsteilnehmer, welche den Angeklagtenauschuss überwacht und an Verhandlungen teilzunehmen hat. II. Einberufung einer Vollversammlung innerhalb 5 Tagen. III. Ein Resolution, in der es heißt: Die hier versammelten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen erheben Protest gegen die Auslegung des Berliner Schiedspruchs und fordern Erfüllung der gleichen Bedingungen wie in Berlin, insbesondere: 1. Zahlung der gleichen Gehälter wie bei den Berliner Angestellten; 2. Zahlung der Entschädigungssumme an jämliche am 30. April beschädigt Gewesene, auch an die Gefährdeten; 3. Anerkennung der Vereinbarung bezüglich der Kriegsteilnehmer, daß diese die höchste Stufe ihrer Gehaltsklasse erhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Dienstag, den 17. Juni, Bezirksversammlungen für die gesamte Verwaltungskreise Berlin in folgenden Lokalen: Warten: Warten-Säle, Müllerstr. 142, abends 6 Uhr. Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 146, abends 7 Uhr. Rosab: Schulau, Kottb. Str. 32, abends 7 Uhr. (Neuwahl des ersten Bezirksleiters.) Werten, Schöneberg, Steglitz, Lokal wird noch bekannt gemacht. Wittenberg: Aula des Realgymnasiums, Parlaue, abends 7½ Uhr. Strauß-Kummelsburg: Plum, Alt-Borghagen 56, abends 7 Uhr. Welkenlee: Zum Trälsten, Berliner Allee (Ode Lehdere Straße), abends 6 Uhr. Südbenitzke: Gewerkschaftshaus, Engel-Wer (Restaurant), abends 6 Uhr. Neußän: Kndl-Brauerei, Hermannstraße, abends 6 Uhr. Zegel, Reimendorfer-Beck: Giamann, Reimendorfer, Söllingerstr. 34, nachmittags 4 Uhr. Oberhörnseide, Niederhörnseide, Jolannisthal und Umgegend: Aula der Schule, Fritschstr. 89, abends 7 Uhr. Köpenick, Friedrichshagen: Courads, Besäule, Friedrichshagen, Friedrichstr. 137, abends 7 Uhr.

Verantwortlich für den Inhalt: Walter Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neußän; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlags-Bureau: Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 7, Str. 3 51 30.

A. WERTHEIM

Leipziger Straße · Königstraße · Moritzplatz · Rosenhaler Straße / Versand-Abteilung Berlin W 66

Kleiderstoffe

Kostümstoffe klein kariert, etwa 130 cm breit Meter	29 ⁰⁰
Kammgarn schwarz, reine Wolle, etwa 120 cm breit Meter	58 ⁰⁰
Kammgarn reine Wolle, etwa 120 cm breit, marine und schwarz Meter	67 ⁵⁰
Kammgarn reine Wolle, etwa 130 cm breit, marine und schwarz Meter	72 ⁰⁰
Kammgarn reine Wolle, etwa 130 cm breit, marine und schwarz Meter	83 ⁰⁰

Waschstoffe

Krepon bedruckt, kleines Blumenmuster und Streifen Meter	12 ⁵⁰
Baumwolle Mussella, dunkel bedruckt Meter	13 ⁰⁰
Perkal gestreift, etwa 80 cm breit Meter	14 ²⁵
Satin gestreift, etwa 80 cm breit Meter	15 ⁷⁵

Zephyr hellblau und mode, für Kleider, etwa 100 cm breit Meter	16 ⁵⁰
Weiß Batist feinfädig, für Wäsche etwa 100 cm breit Meter	17 ²⁵
Glasbatist etwa 110 cm breit Meter	18 ⁵⁰
Krepon einfarbig, für Kleider, große Farbauswahl, etwa 100 cm breit Meter	23 ⁵⁰

Seidenstoffe

Blusenstoffe gestreift und kariert Meter	14 ⁵⁰
Bedruckte Schleierstoffe etwa 100 cm breit Meter	29 ⁰⁰
Bastseide für Kostüme, naturfarbig, etwa 100 cm breit Meter	55 ⁰⁰
Einfarbige Bastseide in vielen modernen Farben, 85 cm breit, Meter	59 ⁰⁰
Japanische Rohseide etwa 85 cm breit Meter	26 ⁰⁰

Unterröcke

Waschunterrock a. leicht Leinen, Ansatz farb. gepaspelt, verschied. Farben	32 ⁰⁰
Unterrock a. festem, dunkel gemust. Waschstoff, mit gezogenem Ansatz	37 ⁰⁰
Unterrock a. gestickt. Batist, Ansatz mit Quersäumen u. Hohlsaumgarnitur	59 ⁰⁰

Unterrock aus reiner Seide, feste Ware, in verschiedenen Changeant-Farben	89 ⁰⁰
Unterrock-Ansätze aus Wasch- und Seidenstoffen, in reicher Auswahl, zu verschiedenen Preisen.	

Morgenröcke

Morgenrock aus gedecktem gemustertem, waschbarem Schleierstoff, lose Form	85 ⁰⁰
Morgenrock aus dunklem Punktbatist, Blümchenmuster, großer Schulterkragen	129 ⁰⁰
Morgenrock aus feinem gemusterten, baumwollenem Krepp, aparte Farbstellungen, Glasbatistkragen mit Hohlstich, vornehme Ausführung	170 ⁰⁰

Schürzen

Tändelschürzen weiß gemustert, Mull, mit Stickerel	6 ⁵⁰	Hauschürzen blau-weiß gestreifter Zellstoff, mit Tasche	4 ⁸⁵
Tändelschürzen weiß, glatter Batist, mit Ein- und Ansatz	7 ⁵⁰	Hauschürzen glatt, blauer Zellstoff, mit Satinblende	8 ⁵⁰
Teeschürzen weiß, Spitzen-Einsatz	10 ²⁵	Blusenschürzen gestreifter Zellstoff, mit Blenden	7 ⁵⁰
Teeschürzen gemustert, Batist, mit Stickerel	16 ²⁵	Blusenschürzen gestreifter Zellstoff, Wiener Form	8 ⁵⁰
Knabenschürzen Zellstoff in verschiedenen Ausführungen Größe 40 bis 55 cm	2 ⁹⁵		